

# Politische Berichte

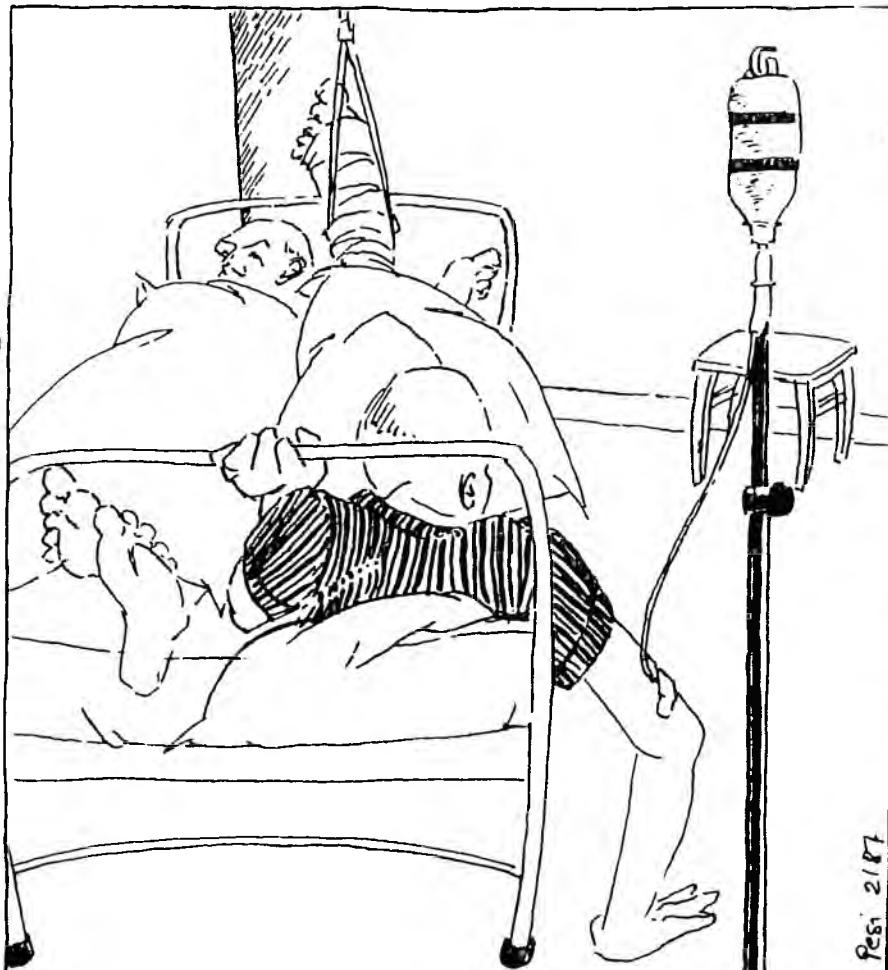


22. August 1987  
Jg. 8 Nr. 17

G 7756 D

Preis:  
2,50

## Kostendämpfung



Pres 2/87

„Der Tod, abgeschoben ins Krankenhaus und damit verdrängt! Ein fast heilloser Wettbewerb zwischen Diagnose und Therapie, ein Wettbewerb, den die Therapie nie gewinnen kann, weil am Ende immer das Sterben steht. Vielleicht ist diese Verdrängung des Todes auch ein Grund für die Kostenträgtheit und die Züge von Unmenschlichkeit, die unser Gesundheitssystem bedrohen.“ (Norbert Blüm am 7.12.84 im Bundestag)



§218-Prozesse: Lohnfortzahlung bei erlaubtem Schwangerschaftsabbruch verweigert Seite 8



BRD-Kurdistan: „Der Vorwurf des Terrorismus ist ein falscher Vorwurf und eine Verleumdung“ Seite 10



Südafrika/Azania: Die Gewerkschaft der azanischen Bergarbeiter NUM stellt sich auf einen langen und schweren Kampf ein Seite 15

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

**Golf-Krieg:** Imperialistische Intervention zur Sicherung der US-Interessen. BRD weitet Einfluß aus . . . 4

**VW-Streik Mexiko:** Gewerkschaftliche Unterstützung überfällig . . . 7

**Fernmeldewesen:** Regierungskommission für Privatisierung . . . . . 7

**§218-Prozesse:** Lohnfortzahlung bei erlaubtem Schwangerschaftsabbruch verweigert . . . . . 8

Lohnfortzahlung bei Abtreibung „Bereicherung“ . . . . . 9

**BRD-Türkisch-Kurdistan:** „Der Vorwurf des Terrorismus ist ein falscher Vorwurf und eine Verleumdung“ . . . . . 10  
Grußadresse des BWK an eine Veranstaltung von Feyka-Kurdistan . 10  
Unterstützt den kurdischen Widerstand! . . . . . 11

## Auslandsberichterstattung

**Kampuchea:** Verhandlungslösung in Sicht? Mit oder ohne die Roten Khmer? . . . . . 12  
Acht-Punkte-Plan des Demokratischen Kampuchea 1986 . . . . . 13

**Schweiz:** Kapitalisten wollen Flexi-Mindestnormen sollen fallen . . . 13

**Südafrika / Azania:** NUM stellt sich auf langen Kampf ein . . . . . 14

**Indien-Sri Lanka:** 5000 indische Soldaten in Sri Lanka . . . . . 14

**Türkei / Kurdistan:** Hungerstreiks und Todesfasten weiten sich aus . 15

**Panama:** Massive imperialistische Einmischung bedroht die Unabhängigkeit . . . . . 15

**Internationale Meldungen** . . . . . 16

## Aus Verbänden und Parteien

## Veröffentlichungen:

Foltergeständnisse verrechtlicht . 18  
Rheuma und Arbeit . . . . . 18  
Vorschläge für eine „alternative Stahlpolitik“ . . . . . 18  
Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften . . . . . 18  
Untersuchungen zur Wohnungsfrage . . . . . 19

**Frauenarbeit:** Schwere Arbeit „Leichter Lohn“ Arbeit in Einzelhandel und Elektroindustrie . 19

## Anzeige

C.E.D.R.I.  
COMITÉ EUROPÉEN POUR LA DÉFENSE DES RÉFUGIÉS ET MIGRANTS  
EUROPAISCHE KOMMISSE FÜR VERTEIDIGUNG DER FLÜCHTLINGE UND GEMIGRIERTE  
EUROPEAN COMMITTEE FOR THE DEFENCE OF REFUGEES AND MIGRANTS



**Die Kampagne gegen die Kurdische Arbeiterpartei - P.K.K.**

„Die Kampagne gegen die Kurdische Arbeiterpartei - P.K.K.“, 2. erweiterte Auflage, Mai 1987, 80 Seiten DIN A-5, zu beziehen bei: CEDRI, Postfach 2780, CH-4002 Basel, Schweiz

**Koalitionsverhandlungen in Hamburg abgeschlossen**

**Hamburg.** Am Wochenende 15./16.8. 1987 haben die Verhandlungskommissionen von SPD und FDP die Vereinbarung über das gemeinsame Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre fertiggestellt. Das Papier beinhaltet in allen wesentlichen Punkten eine Verschärfung der bisher schon reaktionären „Standort-Politik“ des SPD-Senats: So soll mit dem Verkauf bzw. der Teilprivatisierung von Staatsunternehmen begonnen werden. Betroffen sind die Hamburger Gaswerke, städtische Wohnungs-, Hafen- und Verkehrsunternehmen. An mindestens vier Tagen im Jahr soll künftig der Ladenschluß aufgehoben werden. Der von der SPD versprochene Ankauf der Neue-Heimat-Wohnungen durch die Stadt soll jetzt neu verhandelt werden. Der Angriff auf das Hamburger Personalvertretungsgesetz soll mit einem demnächst erwarteten Spruch des Bundesverfassungsgerichts im Rücken konkretisiert werden. Die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 435 auf 415 Prozent (ca. 58 Mio. DM) und die weitere Ausdehnung der Wirtschaftsförderung verschärfen den Druck zu der geplanten „außerordentlich restriktiven Haushaltsführung“ bis 1991. Weitere Angriffe auf die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und auf staatliche Sozialleistungen sind damit vorprogrammiert. Über die Ergebnisse müssen noch die Parteigremien befinden (Einzelheiten siehe Pol.Ber. 18/87). (ulj)

**Strauß: Keine Partei rechts von der Union provozieren**

In seinem Ferienhaus an der Côte d'Azur hat F.J. Strauß am 9. August

1987 dem ZDF („Bonner Perspektiven“) über „Blüm, Chile und Geisslers Neue Strategie“ Rede und Antwort gestanden. Vom gleichen Ort aus hat Strauß dann der „Welt“ (15. August 1987) ein Interview gegeben.

Strauß, der schon zeitweise an seine Memoiren denkt, Mitarbeiter und die wissenschaftliche Beratung sondiert und in den verschiedenen Archiven herumstöbert („Und da steckt doch vieles, was der Umwelt oder den Zeitgenossen nicht bekannt ist“), bringt mit seinen 72 Jahren diesen Richtungsstreit zwischen CDU und CSU etwas realitätsfern auf die Fragestellung: „Zerstören, was seit Adenauer aufgebaut wurde?“ Diese aufgeblasene „Sorge über den Zustand der Union“ malt den Teufel dramaturgisch an die Wand: „Niemand kann doch von mir erwarten, daß ich einer Entwicklung tatenlos zuschaué, die allmählich das wieder zerrinnen läßt, was wir seit Konrad Adenauers Zeiten aufgebaut haben.“ Eine der inhaltlichen Fragen bezieht sich darauf, ob es eine „demokratisch legitimierte Partei“ rechts von der CDU/CSU geben darf. Strauß spricht sich – zur Zeit – wieder einmal dagegen aus, was nicht heißt, daß F.J. Strauß schon jemals Berührungsängste mit extrem rechten, nationalstischen und faschistischen Parteien gehabt hätte. „Diese neue Gruppierung bräuchte nur die fünf Prozent zu erreichen, dann wäre die gesamte bisherige Konstellation und Konstruktion hinfällig. Wenn es eine demokratische Rechtspartei gibt, die fünf Prozent oder mehr hat, haben CDU, CSU und FDP keine Chance mehr, die absolute Mehrheit gegen Rot-Grün auf der einen und gegen diese Partei auf der anderen Seite zu gewinnen ...“

Wird jedoch nicht gerade durch diese Diskussion den im CSU-Nährboden so erfolgreich operierenden Republikanern dieser Heiligenschein „demokratisch legitimierte Rechte“ angehängt? Schönhubers REP werden offensichtlich nicht zu den „rechtsradikalen Narren“ gezählt, die im bayerischen Verfassungsschutzbericht unter dem „Bereich Rechtsextremismus“ aufgeführt werden. Dort wird nur die Annäherung von NPD und DVU registriert und kein Wort über die Republikaner verloren. – (dil)

**Sie fischen im trüben ...**

Sie sollen gemäß der Weisung ihres höchsten Herrn und Heilandes „Menschenfischer“ sein. Und das sich der Seelenfang dieser Fischer in klingende Münze umsetze, dafür sorgt das Gesetz über die Kirchensteuer. Mit einer reichlich dreisten Aktion wollten die Kirchenoberen der Evangelischen Nordelbischen Kirche Mitgliederwerbung machen und so alte Geldquellen neu zum Fließen bringen: 28000 Hamburger flatterte ein kirchlicher

**Brief in das Haus.** In dem Schreiben heißt es, das Kirchenamt gehe davon aus, daß der Angeschriebene weiter Mitglied sei, wenn dieser nicht bis 14.8. eine anderslautende schriftliche Mitteilung schicke. Die zu zahlende Kirchensteuer wäre dann auch unmittelbar fällig. Erhalten haben diesen Brief Leute, die zwar nicht laut ihrer Steuerkarte, wohl aber laut Kartei des Kirchenamtes als Mitglieder der Kirche geführt werden. Eine Aktion „Projektgruppe Glaubensinformation“, die sich derzeit verstärkt darum bemüht, in der Großstadt verlorengegangene Kontakte zur Kirche schonend wieder aufzubauen, fürchtet nun, daß durch diese recht brutale Werbemaßnahme des Klerus erhoffte geistliche Früchte ihres missionarischen Wirkens verhagelt und Leute verschreckt werden, Mitglied zu werden. Die Kirchengemeinschaft solle einladenden Charakter haben. Und nicht auf Menschen Druck ausüben. Die Gruppe beklagt die „unhöfliche Form und provokante Diktion“ des Schreibens. Die Kirchenverwaltung versucht nun abzuwiegeln und betont, alles sei nicht so bös gemeint. Doch hinter diesem Brief steckt nicht nur die Stilblüte eines übereifigen Klerikers. Vielmehr verrät er die Panik der Kirchenoberen über eine durchaus erfreuliche Entwicklung: Mitgliederschwund, verbunden mit Arbeitslosigkeit und veränderten Steuergesetzen reißt in aller nächster Zeit ein 33-Millionen-Mark-Loch in den kirchlichen Haushalt. – (hel)

#### KOMKAR protestiert gegen neue Fälschung

Wir dokumentieren Auszüge aus einer Mitteilung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes von KOMKAR vom 15.8.87:



In mehreren Städten der BRD führen zur Zeit türkische und kurdische Organisationen Solidaritätsaktionen mit dem Hungerstreik in türkischen Gefängnissen durch. Am 11.8. demonstrierten mehrere hundert Leute vor der türkischen Botschaft in Bonn. Sie wandten sich gegen die Türkeihilfe der BRD. (Bild: in Köln besetzte das Solidaritätskomitee das Foyer des WDR) – (uld)

„Wie bekannt, sind seit März dieses Jahres mehrere Angriffe auf unsere Organisation KOMKAR und andere kurdische und türkische Organisationen durchgeführt worden. Die gewaltigen Angriffe seitens der PKK, die Brandanschläge auf unser Zentralbüro und unsere Mitgliedsvereine, die Morde an unserem Bundesvorstandsmitglied Ramazan Adigüzel und an dem Vorsitzenden von KOMKAR in Frankreich und anderen Demokraten haben eine Situation geschaffen, die der faschistischen Junta und deren Geheimdienst MIT zugute kam. Sie nutzten die Lage aus, kurdische Organisationen gegeneinander aufzuhetzen ... In den letzten Tagen ist erneut ein verschärftes Flugblatt mit der Überschrift „Wir erklären PKK für Verräter“ vom 10. Juli 1987, diesmal auch in deutscher Sprache, wieder im Umlauf. Wir betonen noch einmal, daß ein solches Flugblatt seitens KOMKAR nicht verfaßt wurde. Hinter beiden Flugblättern stehen ganz offensichtlich der türkische Geheimdienst und seine in Europa eingesetzten „Anti-Terror-Einheiten“ ... Das beachtenswerte ist daran, daß beide Flugblätter an zahlreiche türkische und kurdische Demokraten und unsere Mitglieder zugesandt wurden ... Hierzu erweckt sich in uns die Frage, wie man denn an diese Adressen herangekommen ist, und zwar trotz Datenschutz! Offenbar ist eine Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten der Türkei und der BRD auch in diesem Bereich im Gange ... Wir rufen alle demokratischen Organisationen, Institutionen und Personen dazu auf, gegen solche abscheulichen Provokationen gemeinsam und entschieden vorzugehen und sich mit unserem Volk zu solidarisieren.“

#### Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten . . . . . 21
- Hafenstraße: Jetzt werden sie räumen wollen . . . . . 22
- DVU: Mehr als tausend bei Gegendemonstration . . . . . 22
- NH-Wohnungen: Mieterinitiativen protestieren gegen Stadtratspolitik 23
- Ulm: Universitätsaufbau für Konzerne . . . . . 23
- Niedersächsischer Landtag: Schnipkigkeit will die Kuren auf den Jahresurlaub anrechnen . . . . . 24
- Krankenhaus Barmbek: Aktionen gegen „gefährliche Pflege“ . . . . . 25
- Kostendämpfung: „Kostentransparenz“ ist gegen die Versicherten 25
- Hochschulen: 50% Abbrecherquote in den ersten Semestern . . . . . 26
- Fachhochschulstudium: Die reinste Paukerei . . . . . 27
- Nachrichten aus der Arbeiterbewegung . . . . . 28
- „Internationale BAYER-Coordination“: Enthüllungen kratzen am Lack des Konzerns . . . . . 29

#### Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

- Romane und Novellen: Seuchen und wie die Gesellschaft sie behandelt . . . . . 30
- Defoe: Die Pest zu London . . . . . 30
- Unterdrückung, Glaube, Hunger, Krieg, Pest . . . . . 30
- Soldaten gegen Cholera . . . . . 30
- Von der wertsetzenden Kraft des einzelnen . . . . . 30
- „Die Maske des roten Todes“ . . . . . 31
- Ein Afrikaner kann heilen . . . . . 31
- Schäuder von Liebe und Tod . . . . . 31
- Die Pest in Bergamo . . . . . 31

- Iran: Entwicklung der Klassenkämpfe und Klassenverhältnisse . . . . . 32

#### Spezialberichte

- Peru: Ein Jahr nach dem Massaker an den politischen Gefangenen – Interview mit einer Rechtsanwältin und einer Angehörigen . . . . . 36

## Golf-Krieg

## Imperialistische Intervention zur Sicherung der US-Interessen

### BRD-Imperialisten weiten Einfluß aus

Was will die US-Flotte im persisch-arabischen Golf? Warum hat die Regierung Reagan drei Kreuzer, einen Zerstörer, vier Fregatten, einen Flugzeugträger mit Bombern und Jagdflugzeugen, einen Hubschrauberträger und drei Landungsschiffe in der Region zusammengezogen? Er wolle die „zivile Handelsschiffahrt und die Freiheit der Meere“ schützen, erklärte Präsident Reagan. Aus diesem Grund habe man zugestimmt, elf kuwaitische Tanker unter US-Flagge zu registrieren und durch militärische Geleitzüge vor iranischen Angriffen zu schützen.

Die Sorge um die „Freiheit der Schiffahrt“ liefert nur den äußersten Anlaß für das Eingreifen, das Ziel ist die Isolierung des Iran. Seitdem am 21. Mai 1981 das erste Handelsschiff im persisch-arabischen Golf angegriffen wurde, attackierten beide Seiten insgesamt 334 zivile Schiffe. Mehr als 60% dieser Angriffe gehen auf das Konto des Irak.

Seit Kriegsausbruch ist dem Irak der Seeweg für seine Ölexporte versperrt. Sein einziger Zugang zum Golf, der Schatt el-Arab, wurde zur Frontlinie und ist durch 93 teils vom Iran versenkte Schiffe blockiert. Der Irak exportiert deshalb sein Öl mit zwei Pipelines durch Saudi-Arabien und das Nato-Land Türkei über die Häfen dieser Länder. Die Kapazitätsverweiterung der Türkei-Pipeline um etwa 50% ging gerade Ende Juli in Betrieb.

Der Iran dagegen muß weiter den Seeweg durch den Golf benutzen. Die

Pipelines von den Ölfeldern im Norden des Landes führen zum Verladehafen Kharg. Eine Pipeline zu Häfen außerhalb des Golfs ist zwar im Bau, aber noch nicht fertiggestellt. Für den Irak sind die Angriffe auf diese Tanker und damit die Behinderung bzw. Einschränkung der iranischen Ölexporte ein Kernpunkt seiner Kriegsstrategie. Der Iran antwortet mit Angriffen auf Schiffe, die, nach iranischer Vermutung, Nachschub an den Irak über saudische oder kuwaitische Häfen befördern oder Öl aus diesen Ländern transportieren. Die Regierung in Teheran hat mehrfach erklärt, sie werde keine Schiffe angreifen, wenn der Irak seinerseits die Angriffe einstelle.

Wollte der US-Imperialismus allein seine „Freiheit der Meere“ sichern, müßte er die für den Iran fahrenden Zubringertanker eskortieren, die von Kharg das Öl zu den Umladestationen Sirri und Larrak an der Straße von Hormuz bringen. Darum geht es den USA also nicht in erster Linie. Auch die direkte Ölversorgung der USA ist nicht gefährdet. Nur 6% des dort verbrauchten Öls kommt durch die Straße von Hormuz (auch für die BRD sind es nur 6%) – das meiste davon wird vom Iran geliefert.

Zum Verständnis der tatsächlichen Interessen ist ein Blick auf die Geschichte des Krieges nötig.

Der Irak (Bevölkerung etwa 16,5 Mio. Einwohner) griff am 20. September 1980 den Iran (48 Mio. Einwohner) an. Vorangegangen waren langjährige Grenzstreitigkeiten und

schließlich ultimative Forderungen des Irak: Die Grenzlinie im Grenzfluß Schatt el-Arab sollte wieder, wie vor dem vom Iran erzwungenen Grenzabkommen von 1975, statt in der Mitte des Mündungslaufs auf dem iranischen Ufer verlaufen. Außerdem forderte der Irak die Rückgabe dreier ehemals irakischer Inseln in der Straße von Hormuz, die der Iran 1971 annektiert hatte. Schließlich wurde die „Übergabe“ der iranischen Provinz Khusistan an die arabische Bevölkerung des Gebiets verlangt. In Khusistan werden etwa 90% des iranischen Erdöls produziert.

Vor dem Angriff hatte sich der Irak offensichtlich mit Saudi-Arabien verständigt. Die irakische Bourgeoisie und ihre Verbündeten hofften auf einen raschen Sieg angesichts der innerpolitischen Kämpfe im Iran nach der islamischen Revolution 1979 und auf Unterstützung durch die arabische Volksgruppe im Westen des Iran. Die Hoffnung trog. Die arabische Bevölkerung Irans unterstützte die irakische Armee nicht. Der Iran konnte im Oktober 1980 zum Gegenangriff übergehen und ein Jahr später, im September 1981, die Hafenstadt Khoramchahr am Schatt el-Arab zurückerobern. Seither verläuft die Front weitgehend auf irakischem Gebiet.

Wiederholte Waffenstillstandsangebote des Irak lehnt der Iran ab und führt den Krieg seinerseits zur Erlangung der Vorherrschaft in der Region. Er verlangt den Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, die

#### Urteil gibt Euthanasiebefürwortern Auftrieb

Lediglich straflose Beihilfe zur Selbsttötung leistete Hackethal, als er einer an Hautkrebs im Gesicht leidenden Patientin Zyankali zukommen ließ, um das sie ihn gebeten hatte. So entschied der erste Strafsenat des Oberlandesgerichts München Anfang August und lehnte das von der Staatsanwaltschaft geforderte Hauptverfahren wegen „Tötung auf Verlangen“ ab und bestätigte das Urteil des Landgerichts Traunstein. Begründung: Frau E. habe bis zuletzt die freie Entscheidung darüber gehabt, ob sie das Gift einnimmt oder nicht. Ein Verdacht auf unterlassene Hilfeleistung liege ebenfalls nicht vor, weil es nicht mehr als Hilfe habe gewertet werden können, wenn er den Selbstmord verhindert hätte. Der Patientin wäre nur eine Verlängerung ihrer Leiden aufgezwungen worden. Die Bild-Zeitung berich-

tet begeistert über dieses „historische Urteil“. Es stützt ihre Euthanasiepropaganda für behinderte, alte und aidskranke Menschen. Jetzt will Hackethal der schwerbehinderten Daniela „helfen“. Tötung von „lebensunwertem Leben“ aus Mitleid soll als normal gelten, um „aktive Sterbehilfe“ vollends legalisieren zu können. – (evo)

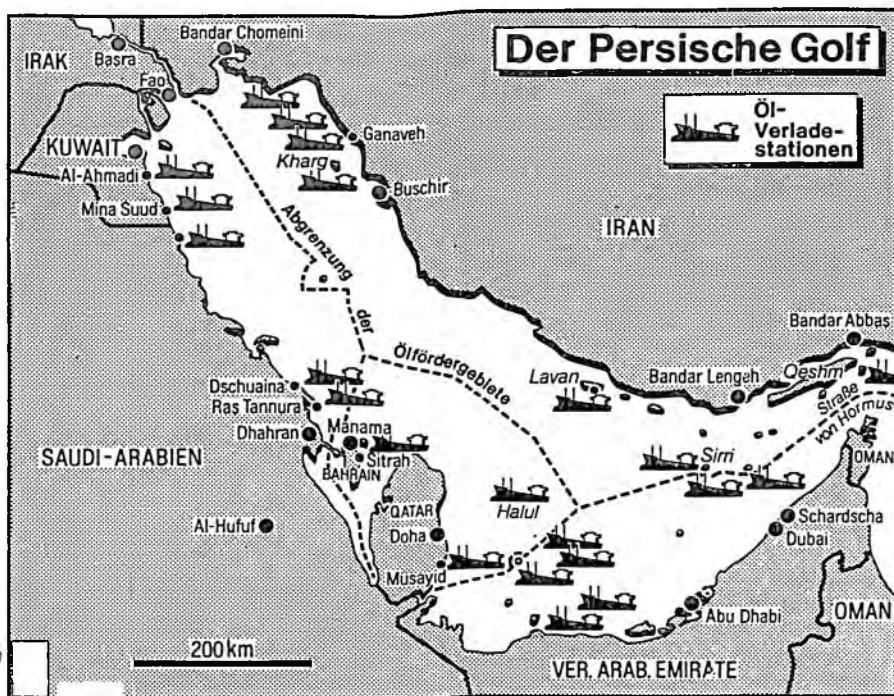
#### Späth mit Kabinett erneut für Vermummungsverbot

Sieben Monate vor den Landtagswahlen startet die Landesregierung von Baden-Württemberg per Kabinettsentwurf den Entwurf eines Verbots von Vermummung und passiver Bewaffnung. Der Antrag soll noch im August in den Bundesrat. Ein Punkt der Begründung besteht für Justizminister Eyrich in den „Ausschreitungen“ an Pfingsten in Freiburg. Vor einem Jahr war die Landesregierung im Bundesrat knapp gescheitert. Der Kommentar des „Mannheimer Morgen“ sieht

rechte Überholmanöver. Wenige Wochen vorher hatte der baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende Döring ein generelles Vermummungsverbot gefordert. (FDP-Motto: Widerstand gegen das Vermummungsverbot sei nicht mehr zeitgemäß!). Der Kommentar bezweifelt die Wirksamkeit der Maßnahme in der Praxis. Bereits jetzt stehe die Gewaltanwendung bei Demonstrationen unter Verbot und seien bei Vermummung Bußgelder bis 1000 DM möglich. – (erl)

#### Zahl der Totalverweigerer stieg kräftig an

Der Bremer Pastor Ulrich Finckh von der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer hat bekanntgegeben, daß die Zahl der Totalverweigerer aus politischen Gründen 1986 auf 126 Fälle gegenüber 22 im Jahr 1985 angestiegen ist. Gegen diese anwachsende Ablehnung des Kriegsdienstes in jeder Form, also auch des



Zahlung von Reparationen und die Verurteilung des Irak als Aggressor. Trotz erheblichen Widerstands und Kriegsmüdigkeit in beiden Ländern konnten die werktätigen Klassen im Iran und Irak das Abschlachten bislang nicht durch revolutionäre Kämpfe beenden.

Bei aller religiösen Verkleidung stehen materielle Widersprüche zwischen den kriegsführenden Bourgeoisien hinter dem Krieg. Grundlage der Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Golf-Region ist die Konkurrenz zwischen Ölproduzenten, nicht allein zwischen dem Irak und dem Iran, sondern zwischen den bedeutendsten arabischen Produzenten

(vor allem Saudi-Arabien) einerseits und dem Iran andererseits. Nach einer Periode gedämpfter Widersprüche zwischen den Hauptproduzenten im Rahmen der OPEC-Kartellbildung verschärfte sich die Konkurrenz Ende der siebziger Jahre dramatisch: Die imperialistischen Länder erhöhten die Öl- und Energieproduktion (Nordseeöl, Atomkraft), während sich die OPEC-Staaten für teure Entwicklungspolitiken hoch bei ihnen verschuldet hatten. Der Zwang zum Verkaufen auf dem Weltmarkt wurde immer stärker. Mehr als eine Million Menschen haben die Bourgeoisien dafür in den Tod geschickt – 1985 schon wurde die Zahl der Kriegstoten für den Iran auf

Zivildienstes, schlagen die Gerichte mit immer härteren Strafen zurück. Hohe Gefängnisstrafen ohne Bewährung sind mittlerweile die Regel. In diesem Zusammenhang sprach Finckh von einer „Sonderjustiz zugunsten des Militärs“. – (jok)

#### Vorruhestand künftig ganz flexibel?

Um wieviel lassen sich ältere Arbeiter die Rente kürzen, wenn sie nur mit der Schinderei aufhören könnten? Mit dieser und ähnlichen Fragen beschäftigt sich eine Studie der Bundesanstalt für Arbeit. Im Durchschnitt 200 Mark weniger würden akzeptiert, ist die Antwort, und Heinrich Franke, der Präsident der Bundesanstalt, zieht daraus Schlüsse: Die jetzige Gesetzeslage sei unbefriedigend, der Zwang zur Entscheidung zwischen „voller Erwerbstätigkeit und vollem Ruhestand“ ein Hemmnis für arbeitsmarktgerechte Lösungen. Das Ende 1988

auslaufende Gesetz zum Vorruhestand könnte aber der Ausgangspunkt für ein „umfassendes Ruhestandskonzept“ sein, mit „gleitendem, abgestuften Übergang, bei dem der Betroffene den Umfang seiner Weiterbeschäftigung selbst bestimmen kann“. Die „hohe Flexibilität“ einer solchen Regelung, so Franke, ließe sie als „Ausgleichsfaktor für unterschiedliche Arbeitsmarktkonstellationen“ wirken. Weniger technokratisch ausgedrückt: Wer für hochintensive Arbeiten verschlissen ist, soll als flexibler Teilruhestandler trotzdem den Druck auf dem Arbeitsmarkt aufrechterhalten. – (alk)

#### Klaus Jünschke weiter lebenslänglich in Haft

Klaus Jünschke, wegen Mitgliedschaft in der RAF im Jahr 1977 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt, hat im August dieses Jahres fünfzehn Jahre im Gefängnis verbracht. Gewöhnlich können lebenslänglich Ver-

urteilte zu diesem Zeitpunkt aus der Haft entlassen werden. Im Fall von Klaus Jünschke lehnt die Staatsanwaltschaft Koblenz jedoch die Entlassung ab, „wegen Schwere der Schuld“. Die Staatsanwaltschaft handelt mit Rückendeckung des Justizministerium Rheinland-Pfalz und der Bundesregierung. Tatsache ist, daß Jünschke zwar öffentlich die Strategie der RAF kritisiert hat, aber nicht bereit ist, deshalb vor dem Staatsapparat zu Kreuze zu kriechen. Nach seiner öffentlichen Kritik und der Nichtbeteiligung am letzten Hungerstreik haben ihn im Januar 1985 zwei Beamte des Bundeskriminalamtes aufgefordert, sich als Zeuge gegen andere RAF-Mitglieder zur Verfügung zu stellen, und ihm dafür eine gesicherte Existenz im Ausland angeboten. Jünschke hat abgelehnt. Die Reaktion will ein weiteres Exempel statuieren: entweder lebenslänglich schwere Haft oder Zusammenarbeit mit dem Staat. (uld)

Die imperialistischen Mächte, voran die USA, verfolgten seit Kriegsbeginn die Taktik, den Krieg möglichst lange auf kleiner Flamme in Gang zu halten. Für sie ergaben sich unmittelbar Vorteile:

- Da beide Seiten den Krieg vor allem durch Ölannahmen finanzierten, scheiterten die Versuche der OPEC, den Ölpreis stabil zu halten.
- Das Ausbluten der Kriegsgegner erleichtert die imperialistische Einflussnahme auch auf andere Staaten der Region.
- Der Krieg zwischen zwei Hauptgegnern Israels entlastet den zionistischen Kolonialstaat.

Alle imperialistischen Länder liefern und liefern Waffen, einschließlich der USA, deren Versorgung des Iran durch die „Irangate“-Affäre ans Licht kamen. Aus der Bundesrepublik kommen zahlreiche Rüstungsgüter für beide Seiten (u.a. Panzertransporter von Daimler-Benz, Hubschrauber von MBB, Spezialzünder von MBB für Exocet-Raketen, Waffen-Produktionsanlagen, chemische Anlagen, die auch für die Giftgasproduktion dienen). Daimler-Benz montiert LKWs im Iran, AEG und Siemens sind an Firmen beteiligt, die dort unter Lizenz Fernmelde- und elektrisches Gerät produzieren.

Doch spätestens seit der Eroberung der Halbinsel Fao durch den Iran im



Bundesdeutsche „Neutralität“: Panzertransporter von Faun für den Irak (rechts), von Titan-Kässbohrer für den Iran (Fotos: Bremer AG gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel)

Februar 1986 und der Bedrohung der zweitgrößten irakischen Stadt Basra durch eine – schließlich zurückgeschlagene – Offensive Ende 1986/Anfang 1987 ist klar, daß der Irak den Krieg militärisch nicht gewinnen kann. Den USA geht es mit ihrer gegenwärtigen Flottenpolitik darum, einen Sieg des Iran zu verhindern.

Ein solcher Sieg hätte weitreichende Folgen. Die auf der arabischen Halbinsel, vor allem in Saudi-Arabien, regierenden Regimes mit ihren guten Beziehungen zu den Imperialisten wären unter ernsthaftem Druck. Wenn sie nicht gestürzt würden, so würde sich doch ihre Politik drastisch ändern. Außerdem: Der Sieg des Iran würde die islamische Opposition in Ägypten und anderen arabischen Ländern stärken, den Einfluß der USA schwächen und Israel weiter isolieren.

Die westeuropäischen Imperialisten zögern, die Marineintervention der USA mitzumachen. Zwar schicken

sowohl Frankreich wie auch Großbritannien Verstärkung für ihre Flotten in den Golf, doch hat die britische Regierung bereits klargestellt, daß die Minenräumer nicht die US-Konvoys begleiten würden.

Die Bundesregierung verweigert ebenfalls die direkte Marine-Unterstützung im Golf, will aber „indirekt helfen“, indem sie z.B. Schiffe ins Mittelmeer schickt. Mit einer derartigen „Hilfe“ hätte der westdeutsche Imperialismus sein militärisches Operationsgebiet direkt in den Nahen Osten erweitert.

Im Golfkrieg gibt sich die Bundesregierung neutral. Die anti-iranische Politik der USA erscheint dem westdeutschen Kapital unzweckmäßig für seine Interessen, obgleich es auch gegen das weitere Erstarken der aufstrebenden iranischen Bourgeoisie ist.

Doch ist der Iran einer der wichtigsten Abnehmer westdeutscher Produkte im Nahen Osten. Obwohl bundes-

deutsche Lieferungen 1986 um 32% fielen, belieben sie sich immer noch auf 3,27 Mrd. DM. In den Irak liefern westdeutsche Konzerne im gleichen Jahr nur für 1,4 Mrd. DM, nach Saudi-Arabien für 3,38 Mrd. DM, mit stark rückläufiger Tendenz. Und während der Iran zahlt, ist der Irak hoch verschuldet und verschuldet sich weiter.

Der westdeutsche Imperialismus will sich alle Optionen offenhalten, vor allem die Option, den US-Imperialismus auf bestimmten Gebieten zu überbieten – zum Beispiel als Hauptlieferant von Industrieprodukten in den Iran und als Konzessionsträger für die Ölförderung.

Quellen: „Der profitable Krieg Iran-Irak“, Broschüre der BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport“, Buchtstr. 14/15, 28 Bremen, Financial Times, (vor allem 3.8., 5.8.), Economist, Neue Zürcher Zeitung, FAZ, Süddeutsche Zeitung – (hef)

### Skinhead-Aufmarsch am Bodensee

Am 15.8. marschierten in Lindau etwa 120 bewaffnete Skinheads aus der BRD (einige davon NF-Mitglieder) und anderen europäischen Ländern auf, griffen Ausländer an, schlugen einen Farbigen nieder und rissen einer türkischen Frau das Kind aus dem Kinderwagen und verletzten es. Auf ihrem Weg gerieten sie in eine Taufe, deren Teilnehmer und zwei Priester sie ebenfalls angriffen. Erst nachdem die Skins „geschlossen wie SA-Truppen abmarschierten“ (ein Augenzeuge), griff die verstärkte Lindauer Polizei ein und nahm 68 fest, ließ aber nach der Personalien-Aufnahme 67 davon wieder laufen. So konnten sich die Skins erneut im nahegelegenen Friedrichshafen sammeln, um dort erneut mit „Ausländer Raus“- und „Deutschland erwache“-Parolen ein Konzert zu verhindern und Asylbe-

werber und Punker anzugreifen. Auch hier hielt sich die Polizei zurück: Nur zwei Skins wurden festgenommen. Ein Sprecher der Bunten Liste Lindau vermutet, daß die Polizei schon vorher von dem Treffen gewußt haben muß. Überrumpelt waren auf jeden Fall die Antifaschisten der Region, ihnen gelang keine nennenswerte Gegenaktion. – (uba)

### Arbeitsverweigerung bei Abschiebungen angekündigt

Bisher vier Lufthansa-Piloten und -Flugbegleiter wollen mit Unterstützung der ÖTV durchsetzen, daß sie nicht mehr gezwungen werden, abgeschobene Asylsuchende „ins Gefängnis oder in den Tod zu fliegen“. Die Abgeschobenen, so ihre Begründung, würden vielfach sofort nach der Landung verhaftet, und man müsse davon ausgehen, daß sie in vielen Fällen ins Gefängnis geworfen, verfolgt und gefoltert würden. Wahrscheinlich noch im Au-

gen ist werden sie, so haben sie angekündigt, eine entsprechende Klage einreichen. Falls sie zukünftig dazu gezwungen werden sollten, an solchen Abschiebungen mitzuwirken, wollen sie die Arbeit verweigern. Ihr mutiger Schritt wird den bisher vereinzelten Widerstand von Lufthansa-Beschäftigten gegen ihren Einsatz bei Abschiebungen stärken. Die Lufthansa hat für den Fall der Arbeitsverweigerung mit „Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis“ gedroht. – (scc)

### I'DP drängt auf nächste Runde bei Ladenschlußänderung

Die FDP will jetzt zu der Koalitionsabsprache über die Einführung eines Diebstahlsteuergesetzes Fakten setzen. Bei Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, Handels- und Handwerksverbänden fordert sie bis Oktober konkret Vorschläge an, die beim Abreißverkauf – als Eckwerte – berücksichtigt werden sollten. Einige

**VW-Streik Mexiko****Gewerkschaftliche Unterstützung längst überfällig**

Die Streikenden bei Volkswagen de Mexico in Puebla haben am Mittwoch (12.8.) fünf Autohäuser des Konzerns besetzt. „Wir werden die anderen (Autohäuser) im ganzen Land besetzen, bis die Direktion Verhandlungen akzeptiert ...“, erklärte ein Gewerkschaftsvertreter der SITVV (Sindicato Independiente de Trabajadores de Volkswagen). Die Gewerkschaft hatte eine Lohnforderung von 100% gestellt. Die Inflationsrate in Mexiko beträgt gegenwärtig 120%. Die Direktion des Werkes legte daraufhin einen brutalen Zielkatalog vor: Die Löhne sollten um 15% gekürzt, Prämien und Gewinnbeteiligung gestrichen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld unter Hinweis auf eine Absatzkrise um die Hälfte reduziert werden. Zudem sollten 723 Arbeiter aus Rationalisierungsgründen entlassen werden. Ab 1. Juli befindet sich daraufhin die Belegschaft in einem unbefristeten Streik. Ein Zwischenangebot der Direktion nach 29 Streiktagen lautet: Verhandlung über eine fünfprozentige Lohn erhöhung bei: Lohnkürzung bei 1200 relativ gut verdienenden Arbeitern, 800 Entlassungen, Prämienstreichungen und Streichung des freien Sonntags (!). Der durchschnittliche Tageslohn bei VW de Mexico beträgt 7000 Pesos (zwölf DM). Im Monat macht das rund 150000 Pesos. Selbst einfachste Hütten kosten monatlich 50000 Pesos Miete. Die Kaufkraft des Mindestlohns ist nach Gewerkschaftsangaben seit 1982 um 70% gesunken. „Was wir wollen, ist nur eine teilweise Angleichung der Löhne an die gestie-

genen Lebenshaltungskosten“, faßt ein Gewerkschaftssekretär zusammen. Der VW-Konzern hat in Mexiko 1986 160 Mio. DM investiert, 1987 sind 360 Mio. DM geplant. Die Fahrzeugproduktion ging zwar in Mexiko zurück, doch der Standort bekommt eine immer wichtigere Bedeutung für den Export an Fahrzeugen und Zulieferteilen nach Europa und die USA. Der gesunkene Binnenabsatz wurde damit kompensiert. Mit Niedrigstlöhnen und verschlechterten Arbeitsbedingungen sollen Nissan, Ford, Chrysler und GM geschlagen werden. „Das Unternehmen stellt uns nicht einmal Handschuhe für das Schweißen zur Verfügung“, berichtet eine Gewerkschaftsdelegierte. Bei Ford in Mexico City wird zur Zeit ebenfalls für Lohnforderungen gestreikt, bei Ford in Hermosillo wurde im Frühjahr 61 Tage lang gestreikt. Die breite Solidarität mit dem Streik der VW-Arbeiter – so übernimmt die Universität von Puebla den Transport und die Versorgung der Streikenden mit Lebensmitteln – zeigt, daß dieser Auseinandersetzung große Bedeutung zukommt, wieweit sich die Konzerne gegen die mexikanischen Automobilarbeiter durchsetzen können. Der Gesamt betriebsrat des VW-Konzerns hat telegraphisch den Streikenden seine Solidarität versichert. Der Betriebsrat des VW-Werks Kassel hatte zugestimmt, daß ein Hilfsrahmen für den zur Zeit absatzstarken Audi 80, der in Mexiko gefertigt wird, in einer zusätzlichen dritten Schicht in Kassel produziert wird. Der Betriebsrat „hat damit ... Streikbrecherarbeit zugestimmt“, so Betriebsratssprecher Stassek (taz, 12.8.). Dieser Rahmen war ursprünglich in Kassel gefertigt und aus „Kostengründen“ nach Mexiko verlagert

worden. Augenfälliger kann eigentlich das Interesse der Kasseler Belegschaft an hohen Löhnen in Mexiko nicht werden. Inzwischen hat der Betriebsrat seine Entscheidung revidiert. Selbst Kurzarbeit soll in Kauf genommen werden, wenn Teile durch den Streik in Mexiko fehlen (Tagesschau 17.08.). Die IG Metall unterhält nur Kontakt zur mexikanischen Dachgewerkschaft CTM, aus der die Arbeitergewerkschaft bei VW de Mexico bereits 1972 ausgetreten ist. Aktivitäten zur Unterstützung des Streiks hat sie bislang nicht ergriffen. VW-Vorstandschef Hahn allerdings ist schon länger für die Internationalisierung der Tarifpolitik. Kann sich die mexikanische VW-Direktion gegen die Arbeiter durchsetzen, werden die Folgen für die VW-Belegschaft, und nicht nur die, nicht ausbleiben. Gewerkschaftlicher Internationalismus gegen Konzernexpansion ist gefordert. Streikanschrift: SITVV, 16 Poniente 5315, Puebla, Puebla, Mexico

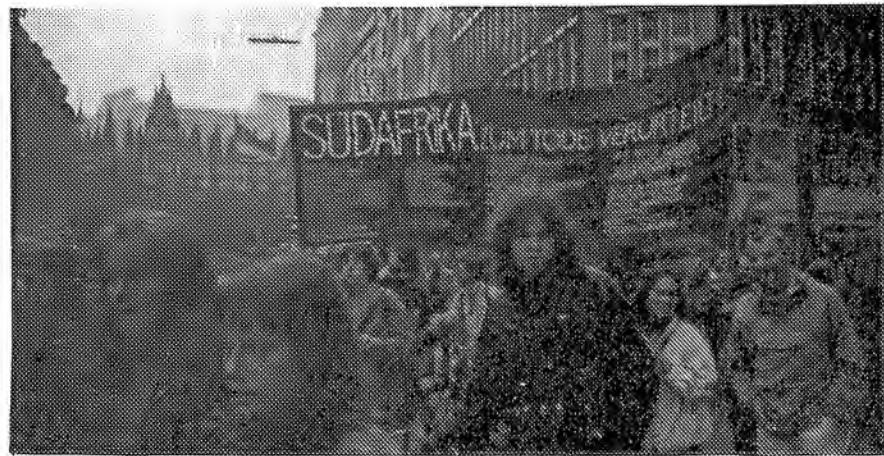
Quellenhinweis: taz, versch. Ausg.; NZZ, 13.08.; HAZ, 09.04. – (gka)

**Fernmeldebewesen****Regierungskommission für Privatisierung**

Anfang der zweiten Augustwoche wurden Auszüge aus dem Bericht der Regierungskommission „Fernmeldebewesen“ vorab veröffentlicht. Die endgültige Fassung wird am 16. September vorgelegt. Die Kommission war im März 1985 eingerichtet worden und umfaßte zwölf Mitglieder. Ihre Aufgabe bestand in der Erstellung eines Berichtes über die notwendigen strukturellen Maßnahmen im deut-

Eckwerte hat Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) in diesen Tagen benannt. Für jede Stadt wahlweise hat er den Mittwoch oder Donnerstag für einen Abendverkauf bis 22 Uhr vorgeschlagen. Dieser Plan ist nicht ungeschickt, weil damit die angebotene Einkaufszeit für die vielzitierten Verbraucher auf zwei Abend/Nachtverkäufe in der Woche ausgedehnt wäre. Weiter fällt auf, daß Bangemann den Dienstleistungsabend, der über das Ladenschlußgesetz nur begrenzt abgedeckt wird, in dieser Runde nicht ausfechten kann. Deshalb rät er, in Ämtern, Behörden und freien Berufen „Überzeugungsarbeit“ zu leisten, damit dort auch des nachts Sprechstunden durchgesetzt werden.

Die HBV hat diese Pläne als „familien- und frauenfeindlich, unsozial und zum Teil abenteuerlich und abwegig“ bezeichnet und Protestaktionen gegen die Gesetzesänderung angekündigt. – (ccs)



Genscher hat dem südafrikanischen Botschafter den Wunsch der Bundesregierung übermittelt, die gegen 32 Azanier verhängten Todesurteile aufzuheben. Die BRD ist eine Hauptstütze der Rassisten: 260,1 Mio. DM investierten BRD-Kapitalisten 1986 in der RSA, von den Kohleexporten Südafrikas nimmt die BRD das meiste ab, die Waffenexporte der BRD dauern an. Da ist der Protest billig. – Unter den 32 Verurteilten befinden sich die Sechs von Sharpeville sowie drei Funktionäre der Bergarbeitergewerkschaft NUM. Bild: Protest gegen die Todesurteile in Azania auf der Chile-Demonstration in Hamburg. – (uld)

schen Fernmeldewesen zur optimalen Nutzung der durch die Kommunikationstechnologien geschaffenen Möglichkeiten. Als Ergebnis kam heraus:

– Das Fernmeldewesen soll vom übrigen Bereich der Bundespost getrennt werden, „damit die Volkswirtschaft die Möglichkeiten, die das rasche Zusammenwachsen des Fernmeldewesens mit der Datentechnik künftig bieten wird, besser nutzen kann.“ (FAZ, 10.8.87)

– Dienstleistungen auf dem Fernmelde- netz und der Markt für Telekommunikations-Endgeräte sollen privatisiert werden.

– Das staatliche Monopol am Netz und an den Telefondiensten (reiner Sprachverkehr) soll bestehen bleiben.

Der Fernmeldebereich der Bundespost soll in eine eigenständige Gesellschaft „Telekom“ überführt werden. Diese ist in die betriebswirtschaftlich getrennten Bereiche Netz, Monopolleistungen, Pflichtleistungen, freie Leistungen und Endgeräte gegliedert. Es soll verboten sein, mit evtl. im Monopolbereich (Telefon) gemachten Gewinnen durch Dumpingpreise bei den freien Leistungen private Konkurrenten auszustechen. Die Preise für die angebotenen Leistungen müssen sich streng an den durch sie verursachten Kosten orientieren. Was die Kommission zu der Forderung führt, die Nahtarife beim Telefonieren zu erhöhen, die Ferntarife zu senken. Die Subventionierung des Postwesens durch das Fernmeldewesen soll in fünf Jahren abgebaut sein.

Der Kommissionsbericht wurde einstimmig verabschiedet. Ein zusätzliches Minderheitsvotum fordert, daß die Post bei den Fernmeldediensten und Endgeräten zu privaten Anbietern nicht in Konkurrenz treten darf.

Am Tag nach der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes ist das Institut der Deutschen Wirtschaft nachgestoßen und hat mit dem Hinweis auf das Ausland eine weitergehende Liberalisierung gefordert. Die Kapitalisten fordern die Privatisierung unter zwei Aspekten: Die großen Elektronik-Konzerne, IBM, Siemens, SEL, versprechen sich auf dem Markt für Fernmeldedienste und -geräte riesige Gewinne, die sie ungern mit der Post teilen wollen.

Als Benutzer der Dienste wollen die Kapitalisten ein möglichst breites und variables Dienstleistungsangebot zu geringem Preis. Finanziert wurde und wird das modernisierte Fernmelde- netz zum überproportionalen Teil von den privaten Telefonbenutzern. Private Software-Firmen, die sich auf die Datenvermittlung spezialisieren, sind flexibler einsetzbar, da sie keiner direkten staatlichen Aufsicht unterstehen und deren Beschäftigten einen wesentlich geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen wie z.B. die Deutsche Bundespost. (thh)

## § 218-Prozesse vor Arbeitsgerichten

# Lohnfortzahlung bei erlaubtem Schwangerschaftsabbruch verweigert

Vor dem Bundesarbeitsgericht steht seit Anfang Juli 1987 folgender Fall an (AZ: 5 AZR 495/87): Eine Arbeitnehmerin war nach einem legalem Schwangerschaftsabbruch (Notlagenindikation) drei Wochen krankgeschrieben. Der Kapitalist verweigerte ihr die Lohnfortzahlungsgesetz § 1 Abs. 2 ausdrücklich die Arbeitsunfähigkeit infolge eines nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbruchs durch einen Arzt eingeschlossen ist. Die AOK zahlte ihr Krankengeld und fordert den Betrag von 775,60 DM per Arbeitsgerichtsklage vom Arbeitgeber zurück.

Das Arbeitsgericht Iserlohn hat die Klage am 16.1.87 abgewiesen und entschieden, daß der Frau keine Lohnfortzahlung zusteht (AZ: 3 Ca 1083/86). Die Entscheidungsgründe: Der Eingriff sei von der Frau „vorsätzlich eingeleitet“ worden, „die Herbeiführung der Arbeitsunfähigkeit ... erfolgte im Sinne der § 1 Abs. 1 LFZG damit schuldhaft“. Außerdem sei die

Das Schwerpunktthema des Landesparteitages der CDU Baden-Württemberg ist die Verschärfung der § 218-Praxis auf Landes- und Bundesebene. Die „Initiative Straffreiheit bei Abtreibung“ ruft deshalb u.a. zu einer Demonstration am 29. August 11.00 Uhr in Friedrichshafen/Bodensee auf. Am Abend soll eine Podiumsdiskussion zum Thema Straffreiheit bei Abtreibung stattfinden. – Der DGB unterstützt die Aktionen landesweit mit einer von S. Pommerenke unterzeichneten Erklärung.



Abtreibung nach der Notlagenindikation, auch wenn das gesetzliche Verfahren mit Beratung, Indikationsstellung und Fristen korrekt eingehalten worden ist, nur *straflos* im Sinne des Strafgesetzbuches aber nach wie vor *rechtswidrig*: „Die Kammer geht davon aus, daß die Indikationstatbestände des § 218a StGB bei verfassungskonformer Auslegung grundsätzlich nicht Rechtfertigungsgründe, wohl aber Entschuldigungs- oder Strafausschließungsgründe sein können.“ „Gegenüber dem Leben sind alle anderen Rechtsgüter weniger hochwertig, auch etwa die Gesundheit und die Bewer-

tung der sozialen Lage. Danach muß ein Schwangerschaftsabbruch, insbesondere wenn er, wie hier, aufgrund der sogenannten Notlagenindikation erfolgte, stets rechtswidrig sein.“ Aus schuldhaftem und rechtswidrigem Handeln könne kein Anspruch auf Lohnfortzahlung abgeleitet werden. „Von der Entscheidung beeinflußt sind die Rechtsbeziehungen aller derjenigen arbeitenden Frauen, die (für, d. V.) Schwangerschaftsabbrüche Lohnfortzahlung erwarten.“

In der 2. Instanz (LAG Hamm) zitierte der beklagte Arbeitgeber namhafte Vertreter seiner Position, so z.B. den Bundesarbeitsgerichtspräsidenten a.D. Gerhard Müller (siehe Kasten), und stellte den Hilfsantrag, das Verfahren auszusetzen, um durch das Bundesverfassungsgericht die entsprechende Bestimmung im Lohnfortzahlungsgesetz für verfassungswidrig erklären zu lassen.

Am 13.5.87 hob das LAG Hamm das Urteil der ersten Instanz auf. In seiner Urteilsbegründung (AZ: 1 Sa

443/87) setzt sich das LAG mit der Entstehungsgeschichte der Indikationsregelung auseinander und weist nach, daß das Bundesverfassungsgericht nicht zwischen rechtfertigenden und entschuldigenden Indikationen unterscheidet. Das Urteil des LAG Hamm ist jedoch nicht rechtskräftig, denn wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließ das LAG Revision beim Bundesarbeitsgericht zu, die am 9.7. eingereicht wurde. Mit einer Entscheidung ist nicht vor Ende nächsten Jahres zu rechnen.

In beiden Urteilen ist mit keinem Wort problematisiert, woher der Ar-

### Lohnfortzahlung bei Abtreibung „Bereicherung“

„Die rechtliche Stellung des Ungeborenen als ein, noch dazu mit Menschenwürde begabter Höchstwert führt dazu, daß der den Abort vornehmende Arzt unerlässlich das Vorliegen des eng zu sehenden Indikationsfalles prüfen muß. Andernfalls muß der Abbruch notwendig jetzt erst recht als rechtswidrig mit allen weiteren zivil- und arbeitsrechtlichen Folgen gewertet werden ... Bei einem Verstoß ist die Tötung des Ungeborenen nun einmal schlechthin rechtswidrig. Damit entfallen aber nicht nur arbeitsrechtlich begründete Entgeltpflichten des Arbeitgebers, vielmehr ist auch eine Leistung der gesetzlichen oder der Ersatzkrankenkassen unzulässig.“

Der Vollständigkeit halber sei bemerkt, daß die Gerichte – und zwar eines jeden Zweiges der Rechtsprechung – berechtigt und verpflichtet sind zu prüfen, ob ein gerechtfertigter Abort vorgelegen hat. Eine Bindung an die Beurteilung der im Beratungsverfahren beteiligten Institutionen und Personen ... ist nicht angeordnet. Eine Entscheidung der Fachgerichtsbarkeit, also der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, ... ist also ohne Anrufung des Bundesverfassungsgerichts möglich.

Nach alledem ergibt sich: Bis auf die nach besonderen Maßstäben zu beurteilende vitale medizinische Indikation im eigentlichen Sinne dieses Begriffes können sämtliche Tatbestände des § 218a StGB nur als Schuldausschließungsgründe qualifiziert werden. Bei der Situation der Frau gilt dies zwar für alle Rechtsgebiete. Da die Rechtswidrigkeit der Abtreibung als solche jedoch unter

verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten bestehen bleibt, kann hinsichtlich dieser Schwangerschaftsabbrüche eine Verpflichtung zu den hier in Rede stehenden Leistungen nicht erwachsen.“

Auch im Fall einer „vitalem medizinischen Indikation“ – „beide, Mutter und Kind“ müßten sonst sterben, „kann der Eingriff als solcher nicht als legitim angesehen werden ... Die Mutter befindet sich in einer echten und tiefgreifenden Notlage, die sie nur mit letztem Heroismus entsprechend dem Rechtsgedanken bestehen könnte. Würden ihr die Ansprüche versagt, fühlte sie ihre Notlage nicht sachgemäß gewürdigt. Letztere, nicht die rechtliche Bejahung des Abortes, ist der eigentliche Rechtsgrund für die Verpflichtung des Arbeitgebers und der Kassen.“

Da lediglich die vitale medizinische Indikation unter dem oben aufgezeigten Gesichtspunkt zu Leistungsverpflichtungen gegenüber der Frau zu führen vermag, können darüberhinaus Kollektivvereinbarungen und kollektivrechtsähnliche Regelungen, insbesondere betriebliche Einheitsregelungen, keine Leistungen des Arbeitgebers im Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch vorsehen ... Gleichwohl erfolgende Zahlungen sind bei dem Fehlen eines rechtlichen Grundes nach den Grundsätzen der ungerechtfertigten Bereicherung zu beurteilen.

Der Vater dieser Gedanken, Prof. Dr. Gerhard Maria Müller, Jahrgang 1912, war von 1963 bis 1980 Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Er ist u.a. Träger des Bundesverdienstkreuzes I.Kl, des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der BRD, zweier Ehrenzeichen von Österreich, er ist Ehrenmitglied des Weltrichterbundes, Kom-



tur (Ritter) des Gregorius Ordens durch Papst Paul VI. und Berater der Kommission für Verfassung, Recht und Politik des Zentralkomitees der dt. Katholiken (Kürschners Dt. Gelehrten-Kalender 1987). Er präsentiert seinen späten Erfuß als neunseitiges, enggedrucktes Pamphlet in einer der Hauspostillien der Kapitalisten, der Wochenzeitschrift „Der Betrieb“ (Handelsblattverlag) vom 1.12.86.

beitgeber überhaupt die Diagnose kannte, die unter das Arztgeheimnis und unter Datenschutz fällt. Es ist also anzunehmen, daß er sich die Informationen erspitzt oder erpreßt hat oder aber Krankschreibungen durch Frauenarztpraxen grundsätzlich anzweifelt.

Bereits am 14.3.86 hat das Arbeitsgericht Iserlohn in einem ähnlichen Fall ein rechtskräftiges Urteil gesprochen (AZ: 3 Ca 2578/85), das sogar noch Anforderungen an die Darlegungspflicht der Arbeitnehmerin hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Schwangerschaftsabbruchs aufstellt. Die Vorlage der Arbeitsunfähigkeitbescheinigung allein reiche nicht aus. Nur bei festgestellter Rechtmäßigkeit wird das nicht vorhandene Verschulden an der Arbeitsunfähigkeit angenommen. Das Beweisangebot, den Gynäkologen zu vernehmen, wurde nicht akzeptiert. „Mangels entspre-

chendem Sachvortrag der Klägerin zur nicht vorhandenen Rechtswidrigkeit waren die Voraussetzungen zur Verurteilung der Beklagten auf Lohnfortzahlung nicht feststellbar.“ (zit. nach: Der Betrieb, Heft 37, 1986).

Wie verbissen am Klassencharakter des Abtreibungsverbots gearbeitet wird, zeigen diese neusten dreisten Angriffe auf sogar legal abtreibende Frauen: Getroffen werden diejenigen Frauen, die auf Krankenkassenleistungen und Lohnfortzahlung angewiesen sind. Und die Kapitalisten selbst schlagen zu, um ihres eigenen Profits willen. Sie können es offenbar nicht einmal mehr abwarten, bis ihre Regierung die entsprechenden Pläne auf den Tisch bringt, sie benutzen ihre Justiz. Und diesmal soll es nicht nur ein Propagandafeldzug sein, wie die Sozialgerichtsklage im Jahr 1981 (keine Krankenkassenfinanzierung außer bei medizinischer Indikation), wenn

auch die widerwärtige „Argumentation“ mit „vorsätzlich“ und „straffrei/rechtswidrig“ die selbe ist. Jetzt werden die Prozesse feige in aller Stille durchgezogen, damit möglichst kein Protest wie damals mehr aufkommt. Denn diesmal soll es gelingen, es geht schließlich um Lohnbestandteile, die die Kapitalisten direkt bezahlen müssen, und nicht „nur“ um Krankenkassenleistungen. Die angewandte Methode ist abgrundtief frauenvorachtend: § 218-Prozesse nach den schon genug demütigendem *legalen* Abtreibungsverfahren, erniedrigenden Verhöre, vor einem „ordentlichen Gericht“, mit dem eigenen Arbeitgeber als Gegenseite. Und nicht genug: Das alles wird durchexerziert am rechtlosesten und gedrücktesten Teil der Arbeiterklasse, an einer türkischen Arbeiterin und an einer alleinerziehenden Arbeiterin, die kein viertes Kind wollte. – (bar)

BRD – Türkisch Kurdistan

## „Der Vorwurf des Terrorismus ist ein falscher Vorwurf und eine Verleumdung“

Rechtsanwalt Hüseyin Yildirim erklärt am 7. August in Bonn für die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK):

„Wenn man in die Historie des kurdischen Volkes zurückblickt, wird man dort nur Unterdrückung, Raub und Massaker an Säuglingen, die noch gestillt werden müssen, sehen. Blickt man in die Geschichte des Kolonialismus, wird man sehen, daß es heute in unserem Zeitalter kein anderes Land in dieser Größe und mit dieser Einwohnerzahl mehr gibt, das in kolonialer Abhängigkeit steht. Heute ist das kurdische Volk, das der barbarische türkische Kolonialismus zu vernichten versucht, erneut auferstanden. Der bewaffnete Kampf, den unser Volk seit dem August 1984 gegen den barbarischen türkischen Kolonialismus führt, hat eine Stufe erreicht, auf die man stolz sein kann. Die Legende von der Unbesiegbarkeit der faschistischen türkischen Armee ist dem Erdbothen gleich gemacht worden. Der türkische Kolonialismus, der noch gestern die Existenz unseres Volkes negierte, setzt heute die imperialistischen Vorschläge zur Lösung auf die Tagesordnung.“

Trotz der eine Million Mann starken türkischen Armee ist der türkische Kolonialismus gegenüber unserem legitimen Kampf hilflos. Aus dieser Hilflosigkeit heraus hat er unserem Volk einen Spezialkrieg aufgezwungen, der Deportationen, Massaker, Reuegesetze, die die Menschenwürde mit Füßen treten, faschistische Milizen beinhaltet und keine Regeln

kennt. Eine Nachricht, die noch vor wenigen Tagen über die Agenturen verbreitet wurde, zeigt den Charakter des türkischen Kolonialismus. Die Leichen von drei unserer Genossen, die während einer Auseinandersetzung fielen, wurden per Helikopter über den Bergen abgeworfen. Zeigt nicht allein dieses Beispiel die Hilflosigkeit, die Niederlage des türkischen Staates?

Der türkische Kolonialismus, der gegenüber dem sich entwickelnden nationalen Befreiungskampf eine Niederlage erlitten hat, bittet offen um Hilfe bei seinen europäischen Freunden und der NATO. Einer der ersten Staaten, der diesen Aufruf sozusagen im Laufschritt zugestimmt hat, ist die BRD. Die Bundesregierung hat bis heute der faschistischen türkischen Junta sehr umfangreiche Hilfe gewährt. Sie hat bei internationalen Institutionen die Rolle der Sprecherin der Türkei übernommen. Sie hat sich als Mittäterin an den Massakern gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans gestellt.

Am 15. August hat sie in Hamburg in Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst und einigen Kollaborateuren ein Komplott inszeniert. Trotz aller Bemühungen ist dieses Komplott aufgedeckt worden und erlitt eine große Niederlage. Mit der Entwicklung unseres Kampfes in Kurdistan kann man hier eine Entwicklung der anti-demokratischen Maßnahmen gegen Kurden erkennen. Mit dem Newroz 1987 ist die Bundesregie-

rung mit Hilfe ihrer Polizei zum Angriff übergegangen und hat begonnen, mit Personalienkontrollen, Vereinsdurchsuchungen, in Bayern sogar mit Großrazzien und Verhaftungen, die Patrioten zu schikanieren. Die kurdischen Patrioten wurden während der Verhöre wie auch mit Briefen in drei Sprachen bedroht, man versucht, sie als Spitzel anzuwerben. In Bayern dauern diese Maßnahmen an.

Am Morgen des 27. Juli 1987 hat die deutsche Polizei offenen Terror durchgeführt. Spezialeinheiten mit kugelsicheren Westen und Spezialhelmen überfielen die Wohnungen von vier unserer Freunde. Sie brachen die Türen auf. Sie sprangen mit ihren Stiefeln auf unsere Freunde, die noch schliefen, zogen sie über den Boden und traten sie. Die Verhöre wurden in Zimmern durchgeführt, in denen die türkische Fahne gemeinsam mit der deutschen auf dem Tisch stand. Einige unserer Freunde, die diesen Maßnahmen ausgesetzt waren, sind Frauen. Von ihnen hat eine Freundin über acht Jahre lang die Leiden des Militärgefängnisses von Diyarbakir über sich ergehen lassen müssen, sie ist erst vor drei Monaten in die BRD gekommen und hat hier einen Asylantrag gestellt. Die Polizei hat bei ihrer Aktion Dokumente unseres Kampfes, interne Schriftmaterialien, wichtige Kontaktadressen und Telefonnummern in der Türkei und unserer Heimat, über 700000 DM Bargeld sowie 152 diverse Wertgegenstände beschlagnahmt. Dieses Geld ist Geld, das von den werktätigen Kurden mit Schweiß erarbeitet wurde. Dieses Geld gehört dem Kurdistan Komitee in Paris. Dieses Geld wurde von unserem Volk gespendet, um damit tausenden von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen, von denen

### Grußadresse des BWK an eine Veranstaltung von Feyka-Kurdistan, Hannover, 8.8.87

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, daß die heutige Solidaritätsveranstaltung mit der ARGK, der Volksbefreiungssarmee Kurdistans, in einer schwierigen Situation stattfindet. Um so wichtiger ist es uns, den Teilnehmern dieser Veranstaltung und allen, die für die nationale und soziale Befreiung des kurdischen Volkes kämpfen, unsere internationalistischen Grüße zu überbringen. Der Bundesvorstand des BWK wünscht der Solidaritätsveranstaltung von Feyka Kurdistan viel Erfolg.

Die Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD sind nicht erst seit den letzten Tagen großer Unterdrückung ausgesetzt. In den letzten Tagen jedoch haben die westdeutschen Staatsschutzorgane ihre Angriffe auf die Anhänger des Befreiungskampfes verschärft. Während die Bundesregierung das terroristische türkische Regime finanziert und aufrüstet, während westdeutsche Armee-Einheiten an NATO-Manövern in Kurdistan teilnehmen, während die westdeutsche GSG-9 Eliteeinheiten zur Bekämpfung des kurdischen Befreiungskampfes ausbildet, entfesseln die Staatsschutzorgane eine sogenannte „Anti-Terror-Kampagne“ gegen patriotische Kurden und ihre Organisa-

tionen in der BRD. Sie haben Wohnungen und Vereinsräume überfallen, Materialien, die der türkischen Regierung bei der Verfolgung patriotischer Kurden nutzen, und über 700000 Mark, die für die materielle Unterstützung der politischen Gefangenen gesammelt wurden, beschlagnahmt. Wie hergeholt ihre Vorwände und wie willkürlich ihr Vorgehen ist, wird daran deutlich, daß die Staatsschutzorgane keine juristische Handhabe für Verhaftungen gefunden haben. Daß sie die beschlagnahmten Materialien und das beschlagnahmte Geld trotzdem nicht zurückgeben, macht deutlich, daß sich ihre Aktionen direkt gegen den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan richten.

Der BWK unterstützt Euch im Kampf gegen die Verfolgungsmaßnahmen der westdeutschen Staatsschutzorgane. Mit den Kurdistan Komitees in Frankreich, BRD, Schweiz, Niederlande, Griechenland, Belgien, Österreich, Dänemark fordern wir die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Materialien und des beschlagnahmten Geldes. Zusammen mit den anderen Organisationen der Aktionsgruppe gegen die türkische Junta und die Türkeipolitik der BRD wollen wir in den nächsten Wochen unsere Anstrengungen verstärken und die Aufklärung über den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes, dem unsere Solidarität gehört, verbessern. Christiane Schneider, für den Bundesvorstand des BWK

viele vom Hunger bedroht sind, zu helfen. Wir haben die Befürchtung, daß die Polizei die Kontaktadressen an die Türkei weiterleitet. Ein solcher Schritt wird zu Massakern führen. Wir wenden uns über die freie Presse an die Welt: An den Massakern, die aus diesem Grund geschehen werden, ist die BRD schuld.

Der Polizeiterror in der BRD geht weiter. Am Morgen des 4. August 1987 wurden 39 Vereine und Privatwohnungen erneut durchsucht. Wieder wurden unsere Anhänger vorläufig festgenommen und verhört. Der Generalbundesanwalt erklärte, nach Tagen ohne jede Erklärung und fortwährender Nachrichtensperre, die Operation würde laufen, weil er daran glaube, daß sich eine terroristische Vereinigung in uns gebildet habe. Welche Tatsachen der Generalbundesanwalt für diesen Vorwurf ohne Beweise nimmt, ist unbekannt. Der Generalbundesanwalt hat damit eine Haltung angenommen, die weit über seinen Zuständigkeitsbereich hinausreicht. Glaube und Glauben sind mit den Worten eines schwedischen Richters nicht die Sache der Justiz, sondern der Kirche. Der Vorwurf des Terrorismus ist ein falscher Vorwurf und eine Verleumdung. Sie versuchen ihre wahren Absichten hinter diesen falschen Vorwürfen zu verstecken. Lassen sie uns ihre wahren Absichten Ihnen verraten. Ihr Ziel ist es, die Geburt eines unabhängigen Kurdistans zu verhindern. Genauso wie sie die türkische Linke und die kleinbürgerlichen kurdischen Kräfte unter Kontrolle gebracht haben, versuchen sie, auch die PKK und ERNK unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie versuchen der PKK und ERNK die imperialistischen Lösungen aufzuzwingen. Nur werden sie dies nicht errei-

chen können, denn hinter der PKK und ERNK steht das kurdische Volk. Das kurdische Volk mußte viele große Schwierigkeiten überwinden, um auf diese Stufe zu gelangen. Das kurdische Volk wird es verstehen, diese anti-demokratischen Maßnahmen der Bundesregierung zurück zu schlagen. Hinter diesen anti-demokratischen Maßnahmen stehen die NATO, der CIA, die MIT, der BND und MAD.

Als wenn es nicht genügt, daß deutsche Firmen wie Thyssen, Siemens, AEG, Krupp, MBB, Bayer seit Jahren unsere Heimat ausbeuten, beschlagnahmt nun auch die deutsche Polizei das Geld unseres Volkes. Die Bundesregierung muß mit ihren antide-mokratischen Maßnahmen gegen die patriotischen Kurden aufhören. Das Geld und die Dokumente, die gewalt-sam beschlagnahmt wurden, müssen sofort zurückgegeben werden. Bei Nickerfüllung dieser Forderung wird das kurdische Volk es verstehen, alle Wege der Ausbeutung zu verschließen und alles, was man ihm weggenommen hat, Stück für Stück mit Gewalt zurückzuholen!

Mit diesen Maßnahmen wird die BRD nichts gewinnen können.

Hunderttausende von patriotischen Kurden, die vor der Unterdrückung und Ausbeutung als politische Flüchtlinge oder Arbeiter in den westeuropäischen Staaten sind und ein Leben im Exil führen, ergreifen hier Besitz von ihrem allerlegitimsten Recht, ge-stützt auf die traditionell-demokratischen Verhältnisse in diesen Staaten, und unterstützen ihr Volk, ihre Heimat, und fühlen sich verbunden mit der Sache der nationalen Befreiung Kurdistans. Gegen die Befreiung der Völker zu sein ist eine Schuld gegen die Menschlichkeit.

An die freie Presse, demokratischen Organisationen und das deutsche Volk, wir geben bekannt, daß wir in Europa kein anderes Ziel haben, als Unter-stützung für unseren Kampf zu sam-meln. Wir rufen die gesamte for-schrittliche Menschheit dazu auf, ge-gen die gegen die nationale Befreiungsbewegung unseres Volkes gerich-teten Angriffe und Maßnahmen zu protestieren und uns zu unterstützen."



An den Demonstrationen von Feyka-Kurdistan in Hannover (links) und Köln (rechts) am 8. August beteiligten sich jeweils 1000. Darunter auch Antiimperialisten, BWK, VSP und Volksfront.

### Unterstützt den kurdischen Widerstand!

Am 27.7. und 4.8. führte das BKA Razzien gegen Anhänger kurdischer Organisationen durch. In 11 Städten wurden 44 Wohnungen durchsucht, in Köln 700 000 DM Spendengelder beschlagnahmt. Das BKA ließ durchblicken, es ermittelte wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a. Feyka-Kurdistan protestierte gegen diese Willkürakte. Als am 7.8. der Sprecher der ERNK, Rechtsanwalt Yildirim, den Standpunkt seiner Organisation darlegte, setzte Bundesanwalt Rebmann ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung von Staatsorganen (§ 105 StGB) dagegen. Am 10.8. kam die Forderung nach Rückgabe des beschlagnahmten Geldes vor ein Kölner Amtsgericht, das erklärte, in Terrorsachen sei der BGH zuständig. Dort wurde am 14.8. verhandelt. Die

Rückverweisung der Sache ans Kölner Amtsgericht bedeutet, daß die Ausbeute der Hausdurchsuchungen, Verhöre, Beschlagnahmungen nichts be-weist. Allgemein wird nun erwartet, daß das Amtsgericht diese Woche auf Herausgabe des Geldes entscheidet. Ende gut, alles gut? Leider nein. Die Mutmaßungen, die in türkisch-deut-schen Geheimdienstkreisen über die inneren Verhältnisse der kurdischen Organisationen angestellt wurden und die leider auch in linken Blättern als hochwahrscheinlich erörtert wurden, genügten dem BKA und Rebmann zu ihrer Aktion. Es wird zum Risiko, in der BRD für die Sache der Kurden aufzutreten. Zerstört werden sollen auch die Ansätze von Solidarität. Zweifellos sollte die Großfahndung auch die Widersprüche zwischen den Organisationen des kurdischen Wider-standes anheizen. Aber gerade KOMKAR, die schwere Auseinander-

setzungen mit Feyka-Kurdistan hat, veröffentlichte dieser Tage den Beweis für ein Mitmischen von Geheim-dienstkreisen und KOMKAR ver-sichert, daß ihr Organisationsname für Hetzschriften im Sinne Rebmanns mißbraucht wurde. In nächster Zeit starten türkische und kurdische Orga-nisationen Aufklärungskampagnen gegen das Regime in der Türkei und über die Interessen der BRD an diesem Regime. Es ist zu hoffen, daß die linken Organisationen und Zeitungen dies nachdrücklich unterstützen. Sie brauchen sich durch zweifelhafte Ge-rüchte über innere Verhältnisse der kurdischen Organisationen nicht gehindert fühlen, werden diese doch nicht nur von den Betroffenen bestritten, sondern können auch von einem so dreisten Anschuldiger wie Reb-mann vor einem so staatsbewußtem Gericht wie dem BGH nicht aufrecht-erhalten werden. - (jöd)

## Kampuchea

## Verhandlungslösung in Sicht? – Mit oder ohne die Roten Khmer?

Fast acht Jahre, nachdem die vietnamesische Regierung ihre Truppen in Kampuchea einmarschierten ließ und mit Hilfe einer Fraktion kampucheanischer Kommunisten ein von ihr abhängiges Regime in Kampuchea installierte, scheint die vietnamesische Kampuchea-Politik in eine schier ausweglose Lage geraten zu sein: Militärisch ist es den vietnamesischen Besatzungstruppen nicht gelungen, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Gegenteil: Der von der Drei-Parteien-Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea geführte Guerillakrieg hat inzwischen alle Landesteile erfaßt und erreicht auch die großen Städte, die vor Jahren noch als „sicher“ galten. Guerillavorstöße auf Battambang oder etwa den Flughafen von Phnom Penh sind keine Seltenheit mehr.

Politisch ist das vietnamesische Kaliküll, die Isolierung der Roten Khmer um Pol Pot, der bis zum vietnamesischen Einmarsch Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea war, sei so groß, daß jedermann oder wenigstens die Mehrheit der kampucheanischen Bevölkerung die vietnamesische Besetzung als „Befreiung“ empfinden werde, offensichtlich nicht aufgegangen. Weder gehören die vielen Berichte über Schießereien zwischen vietnamesischen Verbänden und den Soldaten des von Vietnam etablierten Heng Samrin-Regimes einfach in die Kategorie westliche Desinformation, noch können die massenhaften Desertionen von Soldaten des Heng Samrin-Regimes zu den Guerillakämpfern weiter verschwiegen werden. Die von Vietnam anvisierte teilweise „Kampucheanisierung“ des Krieges gegen die Guerilla kommt nicht voran. Ebenso wenig ist es den vietnamesischen Besatzern bislang gelungen, eine neue Führungsschicht aus kampucheanischen Kadern aufzubauen.

Sollte Vietnam mit der Besetzung Kampuchea auch ökonomische Ziele wie den Zugriff auf kampucheanische Rohstoffe und Agrarprodukte und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums verfolgt haben, der Vietnam, Laos und Kampuchea umfaßt als Gegengewicht zu dem westlich orientierten ASEAN-Staatenbund, so ist Vietnam heute mit der Realisierung solcher Ziele kaum weiter als direkt nach der Besetzung Kampuchea. Auch wenn Berechnungen westlicher Geheimdienste über die Kosten des Krieges und den täglichen sowjetischen Zuschuß von umgerechnet ca. drei Mio. US-\$ an Vietnam nicht stimmen, sind dennoch die Lasten der

Besetzung Kampuchea für die vietnamesische Volkswirtschaft und damit für die vietnamesischen Arbeiter und Bauern enorm hoch.

Denn die Besatzungstruppen müssen aus Vietnam verpflegt werden; außerdem hat der Krieg dazu geführt, daß in Kampuchea große Anbauländer brachliegen und die Ernährung der Bevölkerung in den von Vietnam kontrollierten Gebieten durch Lieferungen aus Vietnam und anderen RGW-Ländern sichergestellt werden muß. Hunderttausende Kampucheanner wurden unter vietnamesischem Kommando eingesetzt, um einen Grenzwall an der Grenze zu Thailand zu bauen. Das Heng Samrin-Regime hat den Militärdienst für Männer zwischen 18 und 30 Jahren auf 5 Jahre heraufgesetzt. Diese Arbeitskräfte fehlen in der Landwirtschaft. Allerdings sollen inzwischen ca. 100000 vietnamesische Bauern aus den übervölkerten vietnamesischen Flußdeltas in Kampuchea angesiedelt worden sein –

der US-Imperialismus der Hauptschuldige auch an der jetzigen Lage in Kampuchea ist, davon redet kaum jemand. Vietnams Isolierung macht es zunehmend erpreßbar; die Regierung bietet ausländischen Investoren immer profitablere Geschäftsbedingungen.

Ist die Lage also reif für eine politische Lösung? Muß die vietnamesische Regierung versuchen, die Besetzung Kampuchea unter allen Umständen und möglichst schnell zu beenden? Die Drei-Parteien-Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea, die den Krieg gegen die Besatzer leitet, hat schon vor einem Jahr einen Acht-Punkte-Plan vorgelegt, der erstmals das von Vietnam etablierte Heng Samrin-Regime nicht total als Marionette von Vietnams Gnaden behandelt, sondern als eine Gruppierung, die Interessen von Teilen der kampucheanischen Bevölkerung vertritt. Tatsächlich handelt es sich bei dieser Gruppierung vor allem um Intellektuelle und Arbeiter, die aus den östlichen, an Vietnam angrenzenden Provinzen Kampuchea kommen und die z.T. jahrelang in Vietnam und zusammen mit den Vietcong gekämpft hatten und die nach der Befreiung Kampuchea 1975 im Gegensatz zu Pol Pot und



Guerillaverbände des Demokratischen Kampuchea im Gebiet des Tonle Sap-Sees in Zentralkampuchea. Die weiten Landgebiete können von den vietnamesischen Besatzern nicht mehr kontrolliert werden.

als „Wehrbauern“ zur Verewigung der vietnamesischen Besetzung?

Schließlich ist Vietnam international weitgehend isoliert. Es ist den westlichen Imperialisten gelungen, den vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea zu nutzen und die öffentliche Meinung – und auch fortschrittliche Kräfte – umzudrehen, so daß z.B. Forderungen für US-Wiedergutmachung für den Vernichtungskrieg gegen die Völker Indochinas nicht nur nicht gehört, sondern von Vietnam auch nicht mehr gestellt werden. Daß

anderen ein Entwicklungskonzept vertraten, das auf rasche Industrialisierung und Entwicklung der Städte setzte. Das Interesse der Regierung des Demokratischen Kampuchea, mit diesen Kräften eine Aussöhnung zu erreichen, schafft eine wichtige Voraussetzung für die Befreiung des Landes.

Die vietnamesische Regierung hat ihrerseits wiederholt ihre Bereitschaft zum Truppenabzug erklärt, als Zeitpunkt ist 1991 vorgesehen. Ferner behauptet die vietnamesische Regierung, schon Truppen abgezogen zu

haben. Das ist angesichts der militärischen Lage allerdings kaum glaubhaft; denn die letzte vietnamesische Großoffensive im Winter 1985/86, die als Ergebnis die Zerschlagung der wesentlichen Guerillastützpunkte im Grenzgebiet zu Thailand hatte, führte im Ergebnis dazu, daß die Guerilla-verbände sich tief im Land festsetzen und jetzt viel schwerer zu treffen sind als zuvor. Als Voraussetzung für den Truppenabzug sieht Vietnam eine Einigung zwischen dem Heng Samrin-Regime und den bürgerlichen Kräften der Dreier-Koalition des Demokratischen Kampuchea; von dem Eingangsprozeß sollen nach Vietnams Vorstellungen die Roten Khmer ausgeschlossen bleiben.

Ähnlich hat sich Gorbatschow vor einigen Monaten zur Kampuchea-Frage geäußert, als er die Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung

unter Ausschluß der Roten Khmer vorschlug. Diese Vorschläge zielen auf eine Spaltung der ohnehin ungefestigten Koalition aus den Roten Khmer, den Guerillaverbänden der Nationalarmee Prinz Sihanouks und den Verbänden der KPNLF unter Son Sann, früher unter Sihanouk einmal Verteidigungsminister. Während die Roten Khmer, die das größte Kontingent an Guerillakämpfern stellen und bislang die Hauptlast des Kampfes getragen haben, offenbar nach wie vor Unterstützung unter den Bauern haben, ist die Basis der bürgerlichen Kräfte in der Koalition schwierig auszumachen: Sihanouk genießt wohl nach wie vor unter Teilen der Bauern und in der Stadtbevölkerung Ansehen, während die KPNLF unter Son Sann eher ein Produkt der westlichen Imperialisten ist.

Die praktische Kooperation der

Guerillaverbände scheint aber intensiver zu sein, als es die weltweit publizierten Querelen in der Dreier-Koalition vermuten lassen. Außerdem haben auch die Geld- und Waffenlieferanten der Dreier-Koalition – von der VR China über die ASEAN-Staaten bis zu den USA – gegenwärtig ein Interesse am Bestand dieser Koalition. Deswegen sind die Aussichten für die vietnamesischen Spaltungsversuche im Moment trübe.

Warum verweigert aber Vietnam Verhandlungen mit und eine Regierungsbildung unter Beteiligung der Roten Khmer? Weil die von den Roten Khmer um Pol Pot bestimmte Politik des Demokratischen Kampuchea nach 1975 jeder Kooperation und Verflechtung mit Vietnam entgegengesetzt war, weil diese Politik ausdrücklich innen- wie außenpolitisch auf Abgrenzung zu Vietnam zielte. Aber ohne die Anerkennung der Tatsache, daß die von den Roten Khmer vertretene Politik auf den Entwicklungserfordernissen des Landes beruhte, daß darin der sog. „Nationalismus“ der Roten Khmer seine Grundlage hatte, ist keine „Lösung der Kampuchea-Frage“ denkbar.

Quellenhinweis: Südostasien aktuell, div. Ausgaben; Asia Yearbook 1987, Hongkong 1986; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Michael Vickery, Cambodia, Boston 1985; Publikationen der permanenten Delegation des Demokratischen Kampuchea bei der Unesco, Paris – (wom)

### Acht-Punkte-Plan des Demokratischen Kampuchea 1986

Dieser Vorschlag ist inspiriert von dem ehrlichen Wunsch des kampuchanischen Volkes und der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea, eine politische Lösung für das Kampuchea-Problem zu finden. Er basiert auf den relevanten Entschließungen der UNO, die in den letzten Jahren von der Vollversammlung verabschiedet wurden, sowie auf der Erklärung der internationalen Kampuchea-Konferenz von 1981

1. Die aus drei Parteien bestehende Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea fordert die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zu Verhandlungen über den Prozeß des Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea auf.

Wir verlangen nicht von der Sozialistischen Republik Vietnam, alle Truppen auf einmal aus Kampuchea abzuziehen.

Wir akzeptieren den Abzug der vietnamesischen Truppen in zwei Etappen innerhalb eines definierten Zeitraums. Andere Länder können nach ihrem eigenen Ermessen an den Verhandlungen teilnehmen, um bei der Formulierung einer politischen Lösung für das Kampuchea-Problem zu helfen.

2. Nach Abschluß einer Vereinbarung über den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea soll ein Waffenstillstand in Kraft treten, um den vietnamesischen Truppenabzug entsprechend der Vereinbarung zu ermöglichen.

3. Sowohl der Waffenstillstand wie auch der Abzug der vietnamesischen Truppen sollen von einer UN-Beobachtergruppe überwacht werden.

4. Nach der ersten Phase des vietnamesischen Truppenabzugs treten Heng Samrin und seine Fraktion in Verhandlungen mit der aus drei Parteien bestehenden Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea ein, um eine Vier-Parteien-Koalitionsregierung von Kampuchea zu bilden mit Samdech Norodom Sihanouk als Präsident und seiner Exzellenz Son Sann als Ministerpräsident. Das soll im Geiste der großen nationalen Einheit und Aussöhnung stattfinden. Jede der vier Parteien soll die gleichen Rechte als politische Kraft in der nationalen Gemeinschaft genießen.

5. Die Vier-Parteien-Koalitionsregierung wird freie Wahlen unter der Überwachung einer UN-Beobachtergruppe durchführen.

6. Kampuchea soll wieder ein unabhängiges, in seiner territorialen Integrität geeintes, friedliebendes, neutrales und blockfreies Land werden mit einer liberal-demokratischen Regierungsform und ohne ausländische Truppenstützpunkte auf seinem Boden.

Kampuchea's Neutralität wird durch die UN und die Anwesenheit einer UN-Beobachtergruppe in den ersten zwei oder drei Jahren garantiert.

7. Kampuchea heißt alle Länder aus Ost und West und alle neutralen und blockfreien Länder willkommen, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken.

8. Was die Sozialistische Republik Vietnam angeht, so ist ... Kampuchea bereit, mit Vietnam einen Vertrag über gegenseitigen Nichtangriff und friedliche Koexistenz zu unterzeichnen sowie für immer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen.“ (eig. Übersetzung)

### Schweiz

#### Kapitalisten wollen Flexi – Mindestnormen sollen fallen

Die Schweizer Kapitalisten drängen verstärkt auf Arbeitszeitflexibilisierung. In der Maschinenbauindustrie handeln 1987 der Arbeitgeberverband der schweizerischen Maschinen- und Metallindustriellen (ASM) und die Gewerkschaft, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) einen neuen Gesamtarbeitsvertrag aus. Dabei sollen, so die Ankündigung der Metallkapitalisten, erstmals tarifvertraglich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Flankierend blasen die Arbeitgeberverbände zum Angriff auf das 1966 in Kraft getretene Arbeitsgesetz, das Mindestnormen des Arbeitsvertragsrechts in der Schweiz regelt, wie z.B. Arbeitsschutznormen, Höchstarbeits- und Mindestruhezeit. Die Kapitalisten fordern für eine vom staatlichen Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit geplante Neufassung vor allem die Freigabe von Nacht- und Wochenendarbeit. „Bei der Revision des Arbeitsgesetzes muß der Vertragsfreiheit größerer Spielraum gewährt werden“, so ein Spre-

cher des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Durch zahlreiche Ausnahmen, per staatlicher Verordnung oder durch von Kapitalistenseite beantragte Sonderbewilligung in den vergangenen Jahren durchgesetzt, sind Schutzregelungen des Gesetzes durchlöchert worden; jetzt scheint es sturmreif.

Schützenhilfe bekommen die Kapitalisten von den konservativen und liberalen Parteien. Die Schweizerischen Volkspartei (SVP) beispielsweise spricht sich ebenso wie die freisinnige FDP vehement für Flexi-Modelle aus. „Das heutige Arbeitsrecht erschwert oder verhindert sogar die Realisierung einiger neuer Arbeitszeitmodelle. Die SVP setzt sich für die notwendigen Gesetzesmaßnahmen ein und unternimmt entsprechende parlamentarische Vorstöße“, heißt es in einer SVP-Broschüre dazu.

Betrieblich haben die Kapitalisten in Sachen Flexi Einbrüche schon erzielen können. Als zukunftsweisend feiern die Arbeitgeberverbände dabei einen Vertrag über die Arbeitszeitgestaltung zwischen der zum Uhrenkonzern SMH gehörenden EM Micro-electronic Marin SA und dem SMUV. Er sieht für den Dreischichtbetrieb kürzere Arbeitszeiten (30 bis 40 Stunden, je nach Schicht) bei Streichung der Schichtzulagen und eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit vor, die Schwankungen bis zu 10 Stunden zuläßt; Überstundenzahlungen entfallen. Zunächst 20 Arbeiter sollen außerdem reine Wochenendschichten leisten, von Freitag bis Sonntag oder von Samstag bis Montag täglich 10 Stunden.

Quellenhinweis: Weltwoche 29.1., 26.2., 23.7., NZZ 7.3., WOZ 1.5. – (jüg)

## Südafrika/Azania

### NUM stellt sich auf langen Kampf ein

Um 340000 azanische Bergarbeiter streiken seit Montag, dem 10. August, in 44 Gold- und Kohlebergwerken sowie in weiterverarbeitenden Betrieben. Der Streik ist der größte in der Geschichte der Siedlerrepublik. Die Bergarbeitergewerkschaft NUM hat nach einer Urabstimmung unter etwa 200000 Mitgliedern zum Streik aufgerufen. Die Bergarbeiter kämpfen für folgende Forderungen: Erhöhung aller Löhne um 30%; Gefahrenzulagen; 30 Tage bezahlter Urlaub; fünf Jahre Rentenzahlung an Hinterbliebene, wenn ein Arbeiter durch die Arbeitsbedingungen stirbt; Anerkennung des Jahrestages des Soweto-Aufstandes als bezahlter Feiertag. Nach Angaben der NUM verdienen die Arbeiter in den Gold- und Kohlebergwerken im

Durchschnitt etwa 345 Rand monatlich (ca. 310 DM). Im vergangenen Jahr sind 800 Arbeiter bei Unfällen in den Minen umgekommen; Arbeiter, die an Krankheiten sterben, die sie sich bei der mörderischen Arbeit in zwei bis fünf Kilometer Tiefe holen, werden gar nicht registriert. Die Angehörigen erhalten bislang keinen Pfennig von den Kapitalisten.

Die Bergwerkskammer, in der die sechs größten Minenkonzerne Genecor, Anglo-American Corporation, Anglovaal, JCI und Goldfields zusammengekommen sind, hatte in Verhandlungen vor der Urabstimmung eine nach Lohngruppen gestaffelte Erhöhung der Löhne zwischen 17% und 23% in den Gold- und zwischen 15% und 23,4% in den Kohlebergwerken angeboten und alle anderen Forderungen der Bergarbeiter abgelehnt. Seit Beginn des Streiks verweigern die Kapitalisten bislang jede Verhandlung mit der NUM. Sie behaupten, sie könnten einen Streik lange aushalten. Dennoch versuchen die Kapitalisten, den Streik mit Gewalt zu zerschlagen. Über 80 Funktionäre der NUM sind inzwischen auf Antrag der Bergwerkskapitalisten verhaftet worden, die Anklagen lauten auf Verschwörung zum Mord, worauf hohe Strafen bis zur Todesstrafe verhängt werden können. In einigen Minen versuchte der Werkschutz, Streikende mit vorgehaltenem Gewehr und mit Gummigeschossen an die Arbeit zu treiben.

Die NUM hat sich jedoch auf eine lange Streikdauer eingestellt, deshalb hat sie ihre Mitglieder, die als Wanderarbeiter in den Lagern der Bergwerkskapitalisten wohnen, aufgefordert, nach Hause zu gehen. Der NUM ist verboten, eine Streikkasse zu führen. Die Kapitalisten haben mit Streikbeginn alle Lohnzahlungen eingestellt und angekündigt, daß die Arbeiter für Verpflegung und Unterkunft in den Lagern während des Streiks zahlen sollen (diese Kosten ziehen die Kapitalisten sonst direkt vom Lohn ab). Am Streik beteiligen sich zur Zeit weitaus mehr Bergarbeiter, als die NUM Mitglieder hat, darunter z.B. auch ein Drittel der relativ hochbezahlten Arbeiter in der einzigen Goldscheideanstalt, die das Gold für den Export aufbereitet.

Der Streik trifft die Rassisten an ihrer empfindlichsten Stelle. Die Goldausfuhr macht etwa 60% und die Kohleausfuhr ca. 9% der Exporte Südafrikas aus. Das Parlament der Europäer reagierte auf den Streik, indem es die Beschränkung, daß nur Weiße Sprengscheine erwerben können, aufhob. Die Maßnahme wirkt jedoch nur auf lange Sicht. Die NUM gibt an, daß schwarze Bergarbeiter frühestens in fünf Jahren die nötige Ausbildung abgeschlossen haben könnten.

Quellenhinweis: Intern. Herald Tribune v. 15./16.8.; NZZ v. 1.8. - (uld)

## Indien-Sri Lanka

### 5000 indische Soldaten in Sri Lanka

Am 28. Juli 1987 landeten 1500 indische Soldaten im Norden von Sri Lanka. Binnen 14 Tagen wurden es dann 5000. Offizieller Grund für die Anwesenheit der Truppe: Überwachung der Einhaltung des Vertrages zwischen Sri Lankas Präsident Jayewardene und R. Gandhi über die Einstellung der Kampfhandlungen zwischen den tamilischen Guerillaorganisationen und Sri Lankas Militär bzw. singhalesischen Milizen. Inzwischen haben den Zeitungsberichten zufolge alle Guerillaorganisationen ihre Waffen an die indischen Truppen abgeliefert.

Was sieht der Vertrag im einzelnen



Nach Vertragsunterzeichnung griff ein Soldat der Ehrengarde Sri Lankas R. Gandhi an

vor?

– Der überwiegend von Tamilen bewohnte Norden Sri Lankas soll autonome Provinz Sri Lankas werden; die Bewohner der östlichen Landeshälfte können in einem Referendum abstimmen, ob sie sich mit dem Norden zusammenton oder eine eigene Provinz gründen wollen. Das Referendum ist für Ende 1988 vorgesehen.

– Waffenstillstand und Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

– Repatriierung von nach Indien geflohenen und ehemals von den Briten nach Süddiindien verschleppten Tamilen.

– Neben Singhalesisch und Englisch wird Tamil offizielle Landessprache.

– Indien garantiert, daß es sein Territorium nicht für gegen Sri Lanka gerichtete Aktionen zur Verfügung stellt.

Interessant bei diesem Vertrag ist die weitgehende Aufgabe der Souveränität Sri Lankas, auch über den Zeitraum der Waffenübergabe und der Klärung der politischen Vertretung tamilischer Interessen in Sri Lanka hinaus. Der srikanische Präsident Jayewardene stimmte zu, daß der Hafen Trincomalee an der Ostküste nicht für „militärische Zwecke genutzt wer-

den darf, die indischen Interessen zuwiderlaufen“. Eine Konsultation Indiens in Militärfragen ist vorgesehen, damit die „ gegenseitigen Beziehungen nicht getrübt werden“. Sri Lanka hatte sich nämlich pakistansche und israelische Hilfe gegen die tamilischen Guerillatruppen geholt, was Indien für die Zukunft ausschließen will.

Auffällig ist die Reaktion der indischen Opposition. In den Presseorganen der beiden kommunistischen Parteien wird einhellig davon gesprochen, daß das Friedensabkommen allen Interessen diene und vor allem gegen ein Eindringen der US-Imperialisten nützlich sei. Über Interessen, die die indische Regierung verfolgt, wird nicht berichtet.

Dabei hat die indische Regierung schon unmißverständlich mit einer direkten militärischen Invasion der Insel gedroht, als die srilankische Armee ihre Frühjahresoffensive begonnen hatte. Eine Hilfsaktion mit Rot-Kreuz-Schiffen zur Unterstützung der Tamilen im Norden Sri Lankas entpuppte sich als erster Versuch in dieser Richtung.

Die Situation im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, augenblicklich von der Congress(I) Partei regiert, hat sicher auch dazu beigetragen, daß R. Gandhi eine militärische Lösung forciert hat. Hier erhofft er sich einen Wahlauschwung durch die Unterstützung der Tamilen in Sri Lanka. Die Kontakte der Tamilen in Tamil Nadu und auf Sri Lanka sind traditionell eng, und nach der Wahlniederlage in Haryana muß R. Gandhi sich Stützpunkte schaffen.

Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, div. Ausgaben, Juli-August 1987; TAZ, 05.08.87; Newsweek, 10.08.87; Frontier, 13.06.87. – (cog)

#### Türkei/Kurdistan

#### Hungerstreiks und Todesfasten weiten sich aus

Die andauernden Widerstände der politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan gehen in manchen Gefängnissen in die achte Woche des Hungerstreiks und Todesfastens – bei dem auch das Trinken verweigert wird. Nunmehr sind es beinahe 1000 Gefangene in den Gefängnissen in Sogmacilar, Eskisehir, Bursa, Antep, Canakkale, Erzincan, Mersin, Malatya und Bartin. Ihre Forderungen sind:

- Beendigung der unmenschlichen Lebensbedingungen und der Folter;
- Erhöhung der Besuchszeiten;
- Beendigung der Einheitskleidungs-Regelung;
- Besseres Essen und Waschmöglichkeiten;
- Zulassung von legal erscheinenden

Publikationen in den Gefängnissen;

- Internationale Untersuchungskommissionen, die vor Ort erscheinen und mit den Gefangenen reden sollen.

Der Gesundheitszustand insbesondere derer, die im Todesfasten sind, hat sich erheblich verschlechtert, die Gefangenen führen ihren Widerstand z.Zt. in den Gefängniskrankenhäusern fort. Nunmehr wird die erste Todesnachricht täglich erwartet.

Gleichzeitig mit den politischen Gefangenen haben deren Angehörige draußen verschiedene Solidaritätsaktionen durchgeführt, die sehr viel Aufmerksamkeit erregten, dabei sind inzwischen 15 Angehörige verhaftet worden. Eine Gruppe von türkischen Intellektuellen, der Schriftsteller Yaser Kemal (Verfasser von „Mehmet, mein Falke“), Aziz Nesen, der Schauspieler Tarik Akan (Yol) und andere haben ihre Solidarität erklärt und sich zeitweise an den Aktionen, wie befristete Hungerstreiks, Sitzstreiks usw. beteiligt. In Ankara, wo die Angehörigen der kurdischen Gefangenen aus Eskisehir Aktionen durchführen, hat sich

der Generalsekretär der sozialdemokratischen SHP solidarisch gegenüber dem Sprecher der Angehörigen erklärt. An einer Demonstration dieser Angehörigen, die auch vor einer Universitäts-Fakultät vorbeizogen, beteiligten sich nach Angaben der Angehörigen spontan mehrere Tausend Studenten. Trotz dieser Entwicklung rückt der faschistische Justizapparat nicht einen Millimeter von seinen Positionen ab, und die Unmenschlichkeit wird fortgesetzt.

Demgegenüber ist es in der BRD bei der Solidaritätsbewegung sehr still. Es gibt kaum Anteilnahme, und dies muß sich schleunigst ändern. Aus diesem Grund rufen wir dazu auf, in Kontakt zu treten mit dem „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in Kurdistan“, c/o Kurdistan Komitee, Postfach 101086, 5000 Köln 1, Tel. 0221/125264. Außerdem finden in vielen europäischen Städten Solidaritätsaktionen von Kurden und Türken in Form von Besetzungen und Solidaritätshungerstreiks statt. – (vic/Kurdistan-Komitee)

#### Panama

### Massive imperialistische Einmischung bedroht die Unabhängigkeit

Die Auseinandersetzungen in Panama, die vor über zwei Monaten begannen, halten an. Tagtäglich demonstrieren Tausende, aufgerufen entweder von der bürgerlichen Opposition, von den Regierungsparteien oder den Gewerkschaften und den linken Parteien.

Mitte Juli zogen erstmals Tausende von Arbeitern in einem Protestmarsch durch die Straßen der Hauptstadt und

forderten eine „Demokratie des Volkes und nicht der Unternehmer“. Mit dieser Arbeiterdemonstration ist eine dritte Kraft neben der konservativen Opposition auf der einen und den Regierungsparteien und der Armee auf der anderen Seite an die Öffentlichkeit getreten. Die von der Gewerkschaftszentrale CONATO, dem Verband der öffentlichen Beschäftigten und linken Organisationen veranstal-





Die Streiks und Demonstrationen gegen die Militärregierung und die Anhänger des gestürzten Diktators Duvalier halten an. Zur Zeit boykottieren Tausende von Schülern die Prüfungen, Abschlußprüfungen und den Schulunterricht. Der Schülerboykott wird unterstützt von den 57 Oppositionsorganisationen, die gemeinsam mit den Gewerkschaften in der letzten Woche einen weiteren Generalstreik durchführten. In der Hauptstadt Port-au-Prince demonstrierten Anfang August über 2000 Studenten. Zum ersten Mal wurden auch Guerillaaktionen bekannt. Bei einem bewaffneten Überfall auf eine Polizeistation wurden mehrere Polizisten erschossen und Waffen erbeutet. – (sie)

#### Brasilien: Gewerkschaften bereiten Streiks vor

Die beiden Gewerkschaftsdachverbände CUT und CGT wollen Mitte bzw. Ende August größere – wahrscheinlich aber getrennte – Streikaktionen durchführen. Sie mobilisieren ihre Mitglieder gegen die von der Sarney-Regierung Mitte Juni beschlossenen Wirtschaftsmaßnahmen. Der gesetzliche Mindestlohn ist mit umgerechnet 70 DM/Monat auf dem niedrigsten Stand seit 1947, und der Preisstopp wurde größtenteils aufgehoben. Seit Januar entließen die Kapitalisten über eine Million Arbeiter. Bereits Ende Juli beteiligten sich bei Demonstrationen gegen die Regierungspolitik mehrere zehntausend Menschen, dabei

entging Präsident Sarney nur knapp und leicht verletzt wütenden Demonstranten. – (sie)

#### Israel riegelte besetzten Gaza-Streifen ab

Nachdem der Kommandant der israelischen Militärpolizei bei einer Guerilla-Aktion erschossen worden war, riegelten die Besatzer Anfang August den Gaza-Streifen (ca. 700000 palästinensische Einwohner) für mehrere Tage ab. Sie verhängten eine Ausgangssperre, die die Fischer ebenso traf wie die rund 60000, die in Israel arbeiten. Die israelischen Terrormaßnahmen gegen die Bevölkerung des Gaza-Streifens zielen darauf ab, das besetzte Land von Palästinensern zu entvölkern. – (scc)

tete Demonstration richtete sich gegen die Einmischung der USA und gegen die bürgerliche Opposition. Die Demonstranten lehnten es ab, daß „eine Oligarchie gegen eine andere ausgetauscht werde“. Der konservativen Opposition warfen sie „Vaterlandsverrat“ vor und beschuldigten sie der Kollaboration mit den USA, die bis ins nächste Jahrtausend die Kanalzone besetzt halten und zu diesem Zweck aus der Krise in Panama politisches Kapital schlagen wollen. Zugleich kritisierten sie die Regierung, die den ausländischen Gläubigern Panamas, der Weltbank und dem IWF zu weitgehende Zugeständnisse gemacht habe und bezichtigten die Militärs der Korruption.

Tatsächlich sind die derzeit stattfindenden Auseinandersetzungen in Panama Ergebnis der Einmischung der Imperialisten, insbesondere der USA.

#### Mittelamerikanische Staaten verabschieden Friedensplan

Anfang August verabschiedeten die Präsidenten der fünf mittelamerikanischen Länder Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua den vom Präsidenten Costa Rica, O. Arias, vorgelegten Friedensplan. Er umfaßt folgende Punkte: Einsetzung von Kommissionen bestehend aus Vertretern der Regierung, der Kirche und der politischen Parteien zum Zwecke der „nationalen Aussöhnung“; Amnestie für politische Gefangene; Waffenstillstand innerhalb von dreieinhalb Monaten zwischen den kriegsführenden Parteien in den mittelamerikanischen Ländern; Demokratisierung im Sinne eines „pluralistisch-demokratischen Systems“ mit bürgerlichen Freiheiten wie Zugang oppositioneller Parteien zu den Medien und Beendigung des Ausnahmezustandes; Durchführung von „freien Wahlen“. Ferner verpflichten sich die Regierungen, ihre Unterstützung von regierungsfeindlichen Organisationen in einem anderen Unterzeichnerland einzustellen und nicht zuzulassen, daß von ihrem Territorium Organisationen gegen einen Unterzeichnerstaat operieren. Die Reaktionen auf dieses Abkommen waren höchst unterschiedlich. Die US-Imperialisten hatten vergeblich einen eigenen „Friedensplan“ plaziert. Die EG-Imperialisten sehen ihrerseits wachsende Einmischungsmöglichkeiten in Mittelamerika. Die Guerilla in El Salvador hat die Aufforderung von Präsident Duarte abgelehnt, die Waffen zu strecken. Die Regierung Nikaraguas hofft auf eine Verringerung des US-imperialistischen Drucks. Ihre bürgerliche Opposition fühlte sich jedoch sogleich zu Provokationen ermuntert. – (sie)

Die ersten öffentlichen Proteste der bürgerlichen Opposition fanden statt nach den „Enthüllungen“ des pensionierten Oberst Herrera. Er hatte den Armeechef Noriega beschuldigt, im Drogenhandel verwickelt und für die Ermordung von Oppositionellen verantwortlich zu sein. Herrera hatte bereits vor zwei Jahren versucht, durch einen Putsch Noriega abzulösen, der allerdings gescheitert war. Hinter dem damaligen Putsch standen die USA. Im Dezember 1985 forderten die USA bereits öffentlich den Rücktritt Noriegas. Die Kampagne gegen Noriega wurde im Juni 1986 durch „vertrauliche Dokumente“ der US-Regierung über die angebliche Beteiligung Noriegas an Drogengeschäften und Mordanschlägen fortgesetzt, inzwischen wurde in den USA ein Verfahren gegen Noriega wegen Rauschgiftschmuggels eingeleitet. Hintergrund der Angriffe der US-Imperialisten und

ihrer Einmischung ist der Versuch, die Souveränität Panamas zu untergraben und die Einhaltung des Torrijos-Carter-Vertrages von 1979, der die Rückgabe der Panama-Kanal-Zone an Panama im Jahre 1999 festlegt, zu hintertreiben. 1985 sprach sich der Kommandant der US-Truppen in der Kanalzone offen dafür aus, die US-Truppen auch über das Jahr 1999 dort zu belassen. Rund 10000 Soldaten, Dutzende von Kampfbombern und Spionageflugzeuge sowie anderes Kriegsgerät sind auf den US-Basen stationiert. Im Oktober 1986 erklärte der US-Botschafter in Panama, die Rückgabe der Kanalzone sei abhängig von der „Demokratisierung des Landes“. US-Präsident Reagan wettete bei verschiedenen Anlässen gegen den „unverantwortlichen Ausverkaufvertrag“. Insbesondere auch die Außenpolitik Panamas ist den Imperialisten ein Dorn im Auge, die guten Bezie-

**Portugal: EG betreibt  
Liquidation der Stahlindustrie**

Die portugiesische Stahlindustrie soll dem EG-Konkurrenzdruck zum Opfer fallen. Diese Schlußfolgerung zieht die Föderation der Gewerkschaften der Metallurgie, des Maschinenbaus und der Grubenindustrie aus den EG-Ministerratsbeschlüssen. Diese diktieren Portugals Stahlindustrie ein „Umstrukturierungs- und Modernisierungsprogramm“ bis 1991: Einschränkung der Produktion, Entlassung von 2000 der jetzt 5600 Beschäftigten, Öffnung des Binnenmarktes für Stahlimporte aus der EG. – (scc)

**Italien: Haftbefehle wegen  
„antinationaler Betätigung“**

Die italienische Justiz hat gegen 17 Mitglieder des rechtsradikalen Südtiroler „Heimatbundes“ Haftbefehle wegen „antinationaler Betätigung im Ausland“ erlassen. Die Heimatbündler, die für die Lostrennung Südtirols von Italien eintreten, hatten im November 1986 während der KSZE-Tagung in Wien gegen den italienischen Außenminister Andreotti demonstriert. Die Staatsanwaltschaft stützt sich auf einen Paragraphen, den die Faschisten 1931 zur Verfolgung der antifaschistischen Emigration eingeführt hatten. Dieser Paragraph ist nach wie vor in Kraft – wie fast das gesamte politische Strafrecht des Faschismus. So sind in den letzten Jahren Hunderte von „Terroristen“ wegen Bildung einer „subversiven Vereinigung“ verfolgt worden. Für eine Strafverfolgung ist jeweils die Zustimmung des Justizministers erforderlich. Mit Ausnahme der Faschisten, die in Südtirol den italienischen Chauvinismus schüren, haben alle politischen Kräfte gegen die Anwendung dieses Gesinnungsparagraphen protestiert.

Aber nur einige linke Gruppen haben den Vorfall zum Anlaß genommen, die Abschaffung des ganzen faschistischen Strafrechts zu fordern, das sich die demokratische Republik in Reserve hält. – (ulg)

**Philippinen: Aquino für  
faschistische Banden**

Die US-Regierung, Regierungsinstitutionen wie die CIA und antikommunistische Stiftungen (Heritage Foundation) arbeiten am Aufbau von Bürgerwehren und Todesschwadronen, die den Kreuzzug gegen die kommunistische NPA führen und vor allem die

Landbevölkerung terrorisieren sollen. In vielen Städten und Dörfern sind Bürgerwehren entstanden – mit der ausdrücklichen Billigung von Präsidentin Aquino –, die die Wohngebiete Tag und Nacht kontrollieren und des Kommunismus Verdächtige verschleppen oder gleich ermorden. Bevorzugtes Ziel sind Gewerkschaften, Bauernorganisationen und die Verbände der Einheitsfrontorganisation NDF. Die explosive Mischung aus politischem Terror und gewöhnlichem Verbrechen hat schon Militärs und Polizeioffiziere auf den Plan gerufen, die die Entwaffnung der Banden fordern. – (wom)



In der letzten Woche bestreikten südkoreanische Arbeiter und Angestellte über 120 Betriebe im ganzen Land. Die Streiks, die zunächst in Betrieben der Großkonzerns Hyundai, Samsung, Goldstar und Daewoo ausbrachen, erfassen auch Klein- und Mittelbetriebe, den Bergbau und den öffentlichen Nahverkehr. Streikzentren sind die Industrie- und Hafenstädte Pusan, Ulsan, Masan und Inchon. Die Streikenden fordern höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und unabhängige Gewerkschaften. Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters beträgt ca. 670 DM monatlich bei 54,5 Std. Arbeitszeit in der Woche. Eine Arbeiterin z.B. in einem Betrieb eines BRD-Textilkonzerns (Adler) erhält weniger als 220 DM monatlich. Die Regierung hat inzwischen gedroht, in die Streiks einzutreten. – (wom)

hungen zu Kuba und Nicaragua sowie die Politik innerhalb der Contadora-Gruppe, in der Panama für die Beendigung der ausländischen Einmischung in Mittelamerika eintritt.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht haben die Imperialisten die Destabilisierung Panamas betrieben. Seit Frühjahr 1987 verweigern die imperialistischen Banken Panama jeglichen Kredit, damit ist das Land zahlungsunfähig. Gleichzeitig haben die 250 ausländischen Banken in Panama ihre Geldanlagen drastisch reduziert. Panama ist ein Zentrum des internationalen Bank- und Versicherungswesens; 3/4 des panamesischen Bruttosozialprodukts entstammt dem Handels- und Dienstleistungsbereichs. Insbesondere in der Hauptstadt sind große Teile der Lohnabhängigen dort beschäftigt, Teile der Kleinbourgeoisie und der Kapitalisten profitieren von der Anwesenheit des imperialistischen

Kapitals. Das dürfte ein Grund sein für die Proteste gerade dieser Kreise.

Die Liste der Einmischung der US-Imperialisten in Panama ist lang. Mit einer bewaffneten Intervention hatten die US-Imperialisten 1903 die Abtrennung Panamas von Kolumbien erzwungen und sich von der eingesetzten Regierung „die ewige Verfügung“ und „alle Rechte und Befugnisse zur Einhaltung und Verteidigung des Kanals“ garantieren lassen. Der Kanal ermöglichte den US-Imperialisten, seit dem 1. Weltkrieg durch die Verkürzung des Seeweges ihrer Kriegs- und Versorgungsschiffe Kriegskosten und Zeit einzusparen. Seither dient er den US-Imperialisten als entscheidende Kriegsbastion zur Beherrschung Süd- und Mittelamerikas. Die Bauern und Arbeiter Panamas hatten bereits nach Fertigstellung des Kanals gegen die Ausbeutung durch die imperialistischen Nahrungsmittelkonzerne und

für Agrarreform und die sofortige Übergabe der Kanalzone an Panama und die Verteilung des umliegenden Landes an die Bauern Streiks und Demonstrationen durchgeführt. Nach dem 2. Weltkrieg wurden die US-Imperialisten aus verschiedenen Provinzen Panamas vertrieben, Demonstranten drangen mehrfach in die besetzte Kanalzone ein. Nach Sturz der Kompradorenbourgeoisie durch die Nationalgarde, gestützt durch die Bauern und Teile der nationalen Bourgeoisie, konnten die US-Imperialisten zu Verhandlungen gezwungen werden. Die USA mußten 53% des Kanalgebietes übergeben und ihren Rückzug bis 1999 erklären. Panama erhielt künftig statt 2,5 Mio. US-\$ jährlich 80 Mio. US-\$ Erlöse aus dem Kanal. Seither betreiben die US-Imperialisten die Revision der Kanal-Verträge. Quellenhinweis: KVZ, 01.10.79; AdG, 20.04.78; taz, 11.07. u. 29.07.; (sie)

## - Veröffentlichungen -

BRD verrechtlicht  
Foltergeständnisse

Politisches Asyl erhalten Chilenen in der BRD nur, wenn sie für die BRD keine „Sicherheitsrisiko“ darstellen. Im Falle der 14 von der Todesstrafe bedrohten Chilenen lehnte Bundesinnenminister Zimmermann im Juni diesen Jahres es kategorisch ab, sie in die BRD einreisen zu lassen. Nachdem der chilenische Außenminister die Bereitschaft bekundet hatte, die politischen Gefangenen ausreisen zu lassen, wenn die BRD darauf dränge, bedeutet eine Ablehnung faktisch, daß die BRD die Unrechtmäßigkeit der chilenischen Militärjustiz leugnet und das Pinochet-Regime zur Tötung der politischen Gegner ermuntert. 1985 hatte die Bundesregierung die Aufnahme des Gefangenen Zuniga abgelehnt, kurz danach wurde er – angeblich auf der Flucht – erschossen. Für die Abschaffung der obligatorischen „Sicherheitsüberprüfung“ für Chilenen setzen sich Medico international, die Deutsche Kommission für Menschenrechte in Chile (DEUMECH), die Europäische Solidaritätskommission für Chile (COSECH), FDCL und die Lateinamerika-Nachrichten ein. Die von ihnen herausgegebene Broschüre „In Chile von der Todesstrafe bedroht, in der Bundesrepublik zum Sicherheitsrisiko erklärt“ enthält Argumente für diese Forderung sowie Material über die Situation der 14 politischen Gefangenen auf dem Hintergrund der chilenischen Militärgerichtsbarkeit, dokumentiert die Reaktionen der Bundesregierung und Auszüge aus Briefen der Gefangenen. Preis: 2,- DM, Bezug: Medico International, Obermainanlage 7, 6 Frankfurt 1. – (düb)

Rheuma und Arbeit  
Dokumentation des WSI

Die Projektgruppe „Humanisierung der Arbeit“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) behandelt in ihrem Arbeitspapier Nr. 10 das Thema „Rheuma und Arbeit“. In über 100 Kurzrezensionen werden Forschungsarbeiten aus 17 Ländern (Australien, BRD, Britannien, Dänemark, DDR, Finnland, Frankreich, Japan, Jugoslawien, Kanada, Niederlande, Österreich, UdSSR, Ungarn, USA, Schweden, Schweiz) vorgestellt.

Die Untersuchungsarbeiten behandeln ausschließlich verschleißbedingte Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates. Nur solche Forschungsarbeiten wurden berücksichtigt, die ausdrücklich einen Bezug zu Berufen, Tätigkeiten oder Personengruppen aufweisen.

Für jede behandelte Forschungsarbeit werden Titel, Bearbeiter, Institut,

Laufzeit des Forschungsprojekte und Art der Veröffentlichung angegeben. Die Kurzbeschreibung skizziert die Fragestellung des Forschungsprojekts, stellt die Bedingungen und den Umfang des Projekts dar. Die Ergebnisse werden z.T. in Tabellenform vorgestellt. Den Abschluß bildet die Konsequenz, die der Bearbeiter fordert.

Eine Übersicht führt 70 Berufe bzw. Tätigkeiten in alphabetischer Reihenfolge auf, die in den rezensierten Forschungsarbeiten behandelt werden und verweist unter drei Gesichtspunkten auf die entsprechenden Forschungsarbeiten: 1. Welche Körperlregionen waren bei der entsprechenden Berufsgruppe von rheumatischen Beschwerden betroffen, 2. welchen Be-



lastungen war die entsprechende Berufsgruppe ausgesetzt, 3. welche Vorbeugemaßnahmen werden vorgeschlagen.

Insgesamt ist die Dokumentation eine wertvolle Bibliografie für Betriebs- und Personalräte. Um vorbeugend tätig werden zu können, finden sie in der Dokumentation schnell wertvolle Literaturhinweise für ganz konkrete Belastungssituationen im Arbeitsprozeß. Allen, die sich mit der Therapie degenerativer Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates befassen, wird damit Literatur an die Hand gegeben, die dazu dienen kann, daß sie sich nicht darauf beschränken, Auswirkungen harter Arbeit zu lindern, sondern medizinische Therapie als Änderung unmenschlicher Arbeitsbedingungen zu begreifen.

WSI-Dokumentation „Rheuma und Arbeit“, 130 S., 15 DM; zu beziehen über: WSI des DGB, Projektgruppe HdA, Roßstr. 126/128, 4000 Düsseldorf – kar

Vorschläge für eine  
„alternative Stahlpolitik“

Im Juni hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik die Stellungnahme „Gegen Massenentlassungen und regionale Zerstörung: gesellschaftliche Steuerung der Stahlindustrie – Vorschläge zur Sicherung der Stahlstandorte“ herausgegeben. Der erste, analytische Teil enthält nützliches Material zur Entwicklung der westdeutschen Stahlkonzerne. Nachgewiesen wird, daß es ihnen weniger um Kapazitätsabbau als um Rationalisierung und Modernisierung geht. Die im zweiten Teil entwickelten Vorschläge zu einer „gesellschaftlich verantwortlichen Stahlpolitik“ gehen jedoch über die z.B. in der IG Metall ohnehin erörterten Forderungen nicht hinaus. Es ist ein Fehler der Autoren, daß sie den Erhalt von Arbeitsplätzen und Stahlproduktion als weitgehend ausreichende Definition der Interessen der Lohnabhängigen in den Stahl-Regionen ansehen. Die Angriffe der Stahlkonzerne auf Löhne, Tarifverträge, ihre Gier nach Flexibilisierung werden zu wenig beachtet. („Memo-Forum“ Nr. 11, AG Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 330474, 2800 Bremen 33 – wof)

## Neue Heimat, Gemeinwirtschaft, Gewerkschaften

Unter diesem Titel (mit dem Untertitel: Zwischen Marktwirtschaft und Bankenmacht) hat das Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) im Frühjahr 87 ein Buch herausgebracht, welches die Entstehung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft, sowie die aktuellen Probleme der Gewerkschaften mit ihrer Gemeinwirtschaft darstellt und bewertet. Zunächst wird die sehr unterschiedliche Entstehungsgeschichte von „Konsum“, Bauwirtschaft, Versicherungskasse und Hausbank beschrieben. Schon frühzeitig, zu Beginn dieses Jahrhunderts setzte sich unter dem Stichwort „Säulentheorie“ die Verselbständigung der gewerkschaftlichen Unternehmensziele durch. Die Ideologie der Gemeinwirtschaft der Gewerkschaften verändert sich im Laufe der Jahrzehnte mit den SPD-Positionen bis hin zu rein marktwirtschaftlicher Orientierung (seit 1963). Damit entfiel die politische Grundlage für die Kontrolle der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft durch die Gewerkschaften. Es gab keine Schranke mehr gegen die Entwicklung in Richtung privatwirtschaftlich orientierter Unternehmen.

Außerdem werden viele Beispiele angeführt, wie der Staat und die Kapitalisten die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft behindert, eingeengt und angegriffen haben. Die Strategie der Reaktion gegen die Gemeinwirtschaft wird allerdings nicht systematisch untersucht und letztlich auch beschönigt.

Besonders ausführlich wird die „Bankenmacht“ dargestellt und die Politik der CDU seit 1982. Die Politik der SPD wird dagegen nicht dargestellt. Ebenso bleibt die Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen der Gemeinwirtschaft im Kapitalismus bzw. im Imperialismus sehr allgemein und ungenau. Dennoch ist es wegen der Fülle des verarbeiteten Materials ein lesewertes Buch. (12,80 DM, 168 Seiten)

Dagegen ist das Buch von F. Kusch „Der Ausverkauf der Neuen Heimat/Macht, Profit & Kollegen II“ vom Verlag Bonn Aktuell (März 87, 236 Seiten) ein konservativ-demagogischer Aufreißer gegen die Gewerkschaften, der unter dem Vorwand, die Gemeinwirtschaft zu verteidigen, die Reaktion verteidigt. – (jeb)

#### Zwei nützliche Untersuchungen zur Wohnungsfrage

1. Zum Zusammenhang von Arbeit und Leben außerhalb des Werktors: Kooperatives Forschen in der Stahlindustrie. Von I. Krau/M. Walz; Hrg.: BUMI für Forschung und Technologie, Schriftenreihe „Humanisierung des Arbeitslebens“ Bd. 62; Campusverlag, Frankfurt/New York 1986; 320 Seiten, 68 DM. Dieses 3-jährige Forschungsprojekt mit 20 bis 30 Duisburger Stahlarbeitern und deren Familien untersucht die Belastungen der Kontischicht auf die Familien, wie diese bewältigt werden und welche Rolle die Wohnungen dabei spielen (sollten). „Doch mit steigendem Alter werden die Gesundheitsschäden immer schwerer; immer deutlicher wird, daß Wohnung und Umgebung zusätzlich belasten, weil sie kaum so benutzt werden können, wie es zur Erholung und Entfaltung der Schichtarbeiter und ihrer Familien nötig wäre.“

2. Die Verteilungswirkungen wohnungspolitischer Subventionsformen im städtischen Raum. Von D. Ipsen/H. Glasauer/V. Lasch; Campus Forschung Band 509, Frankfurt/New York 1986; 250 Seiten, 49 DM. Es werden in Mannheim an Hand zweier Eigenheimsiedlungen und eines sozialen Mietwohnungskomplexes die Wirkungen der Förderung von Wohneigenheimen und sozialen Mietwohnungen empirisch darauf untersucht, ob die „Sickertheorie“ - Eigentumsförderung für die höheren Einkommen schafft billigen Wohnraum auch für die unteren Einkommen - zutrifft. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis - von Teilbereichen abgesehen - , daß die Wohnungsmärkte gegeneinander abgeschottet sind und die öffentliche Wohnungseigentumsförderung die unteren sozialen Schichten zusätzlich benachteiligt.

Beide Beschreibungen sind der Rezension in der Bauwelt 12/87 vom 27.3.87, Seite 453/454 entnommen. – (jeb)

#### Frauenarbeit

## Schwere Arbeit – „Leichter Lohn“: Arbeit in Einzelhandel und Elektroindustrie

Zu Niedrigsteinkommen werden in Industrie und Handel zumeist Frauen und ausländische Arbeiter und Arbeitnehmerinnen beschäftigt. Typische Frauenarbeitsplätze aus dem Einzel- und Versandhandel und der Elektroindustrie sollen hier vorgestellt werden.

Im Einzel- und Versandhandel arbeiten 70% Frauen. Von ihnen werden bundesweit rund 65% in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen beschäftigt. Bei Arbeiten, die als Hilfs- bzw. Anlerntätigkeiten bezahlt werden, sind das 12,7% bundesweit, wobei in einzelnen Bundesländern wie Baden-Württemberg hier 34,4% der Frauen arbeiten (Statistik Januar 1986).

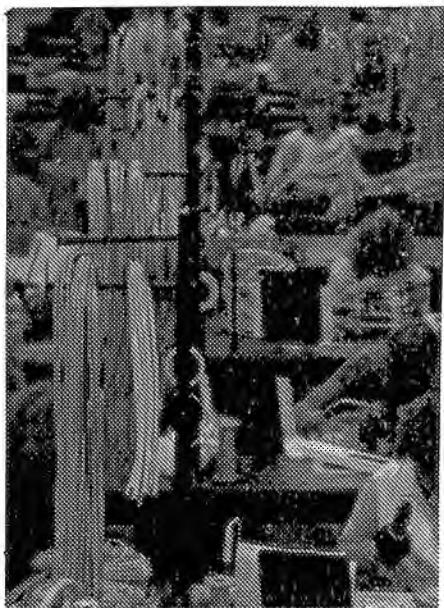
Anhand der Monatsbruttoeinkommen wird deutlich, daß Forderungen nach Wegfall der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und nach einem Mindesteinkommen, unter dem überhaupt nicht beschäftigt werden darf, bittere Notwendigkeiten sind. Die Monatsverdienste ermöglichen keine selbstständige Lebenshaltung und Reproduktion. Anhand der Arbeitszeiten im Einzelhandel wird deutlich, wie die geplante völlige Entkoppelung von Betriebsnutzungszeiten und Arbeitszeiten die Lebenszeit zu reiner flexiblen Arbeitszeit unter dem Kommando der Kapitalisten werden läßt. Ohne Setzen von Eckpunkten, wann gearbeitet werden darf und wann nicht, Freihaltung von Nacht und Sonntag von Arbeit, Bekämpfung der geplanten Neuregelungen von Arbeitszeit- und Ladeschlußgesetz werden die Zustände nicht beseitigt.

Beschrieben werden Verkaufstätigkeit und Kassenarbeitsplatz, wie sie in

einem Bekleidungs- und einem SB-Lebensmittelmarkt vorkommen, und der Kommissionier- und Packarbeitsplatz eines Karlsruher Versandhauses.

Die Verkäuferin im Bekleidungsmarkt und die Kassiererin im SB-Markt haben beide rollierende Freizeitsysteme. Mit diesem System wird eine Samstagöffnung mit der Existenz einer 5-Tage-Arbeitswoche „vereinbar“. Das System sieht vor, daß umschichtig (= rollierend) jede Woche eine andere Gruppe einen Tag frei hat und somit in regelmäßigen Abständen auch ein Samstag arbeitsfrei ist. Im Regelfall wird die Belegschaft in sechs Gruppen eingeteilt, von denen immer eine Gruppe ihren „Rolltag“ hat und fünf Gruppen arbeiten. Für die Einzelhandelskapitalisten ermöglicht das Rollier-System, daß an sechs Arbeitstagen immer 5/6 der Beschäftigten arbeiten, für die Beschäftigten heißt es, daß nicht an sechs Tagen gearbeitet werden muß, aber nur jeder sechste Samstag frei ist. Seit 1986 sind diese Rollier-Systeme außer in Waren- und Kaufhäusern auch in SB- und Verbrauchermärkten üblich, was ein Ergebnis der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit ist. Für ein Drittel der Beschäftigten im Einzelhandel gilt aber heute noch, daß an allen sechs Werktagen gearbeitet wird und dafür als Ausgleich ein freier halber Tag gewährt wird. Freie Samstage haben sie nicht.

Im Bekleidungs- und SB-Markt besteht das 6-Gruppen-vorwärtsroulierende Modell, d.h. in allen Gruppen wechselt der freie Rolltag von Montag bis Samstag. Alle sechs Wochen entsteht so eine Blockfreizeit von Samstag bis Montag. Damit werden zu-



sammenhängende, im voraus festgelegte regelmäßige Freizeiten erreicht. Fallen die Freizeit/Rolltage auf Wochenfeiertage, so entfällt der Freizeitausgleich. Bei beiden Kolleginnen sind das drei Wochenfeiertage, einmal der 17.4., 8.6. und 25.12. bei den anderen der 20.3., 18.4., 26.12. Die Gruppe im Bekleidungsmarkt arbeitet an 14, die im SB-Markt an 13 langen Samstagen. Die Brutto-Arbeitszeit pro Woche beträgt in beiden Betrieben ca. 47 Stunden, mit langen Samstagen 50 Stunden. Die Netto-Arbeitszeit beträgt je nach Rolltag 39 bis 42 Stunden in der Woche. Allein im Jahrsdurchschnitt kommt so eine 40-Stunden-Woche heraus. Die 1,5 Stunden Arbeitszeitverkürzung wird in beiden Häusern durch individuellen Freizeitausgleich geregelt. In beiden Fällen kommen noch abends Zeiten hinzu, die bei der Endabrechnung unter den Tisch fallen: Kassentagesabschluß und Aufräumarbeiten, Einräumen von Waren, Inventur usw. Die Verkäuferin ist gelernte Frisöse. Im Gehaltstarifvertrag wird das nicht anerkannt. Sie ist eingestuft nach Beschäftigungsgruppe I, 2. Berufsjahr. Das macht 1435 DM brutto im Monat. Die Kollegin an der Kasse ist gelernte Verkäuferin und im vierten Berufsjahr. Ihre Einstufung ist Gruppe II, 4. Berufsjahr. Mit dem 40 DM-Zuschlag für einen Kassenarbeitsplatz in einem SB-Markt erhält sie 1648 DM brutto.

Die Versandhausarbeiterinnen arbeiten als „Pickerin“ und Packerin. Die Pickerin war früher Kommissioneerin, die in einem Lager Sendungen zusammenstellte. Nach Einrichtung eines neuen Lager- und Versandsystems ist sie völlig abhängig von der Umlaufgeschwindigkeit des Förderbandes. Pro Umlauf muß sie einmal einen festgelegten Weg um Regale laufen und eine festgelegte Anzahl von Artikeln (in diesem Fall Kleidungsstücke) aus den Regalen nehmen (picken) und auf einen Wagen legen. Früher hat sie einen ganzen Lagerbereich an Artikeln gekannt, jetzt greift sie in bestimmte Regalfächer, die pro Umlauf des Förderbandes auf ihrer „Picker“-Liste stehen und nimmt irgendwelche Artikel heraus. Eine „Packerin“ schmeißt dann die Artikel von dem Wagen in die Gondeln des Förderbandes. Die „Pick“-Kollegin ist in Lohnstufe 3 und verdient 1909 DM brutto. In Pforzheimer Versandhäusern sind diese Kolleginnen teilweise zurückgestuft auf Lohnstufe 1 und haben 1706 DM im Monat. Das ist der Verdienst der Packerin, die die Artikel aus den Gondeln nimmt und versandfertig verpackt. Wählte sie früher die Verpackungsform, so erhält sie heute immer nur eine bestimmte Päckchen- oder Paketgröße zugeordnet, die vom Computer nach Gewicht und Artikelmaßen berechnet wird. Bis 500 Päckchen muß eine Packerin täglich bewälti-

tigen. Die Wochenarbeitszeit beträgt 40 Stunden, die Arbeitszeitverkürzung ist auf freie Tage im Jahr verteilt.

In der Elektroindustrie sind 40,6% der Lohnarbeiter Frauen. Von ihnen arbeiten 34,2% in Anlerntätigkeiten und 63,3% als Hilfsarbeiterinnen (Statistik Oktober 1985). Als Beispiel hier Siemens-Schichtarbeitsplätze:

Die Kolleginnen arbeiten in der Blechbearbeitung. Ihre Arbeiten sind Stanzen und Gewindeschneiden im Einzelakkord mit Vorgabezeiten zwischen sechs und 12 Minuten für 100 Teile. Die Arbeitsbelastung ist äußerst intensiv, die Arbeitshaltung an den Maschinen einseitig belastend. Lärmbelästigung, Dreck und gefährliche Arbeitsstoffe wie Athanol oder Spiritus sind die äußere Umgebung. Wo die Arbeit besonders schwer und dreckig ist, arbeiten überwiegend Ausländerinnen. Die Frühschicht geht von 6.00 bis 14.30 Uhr mit zwei viertel-

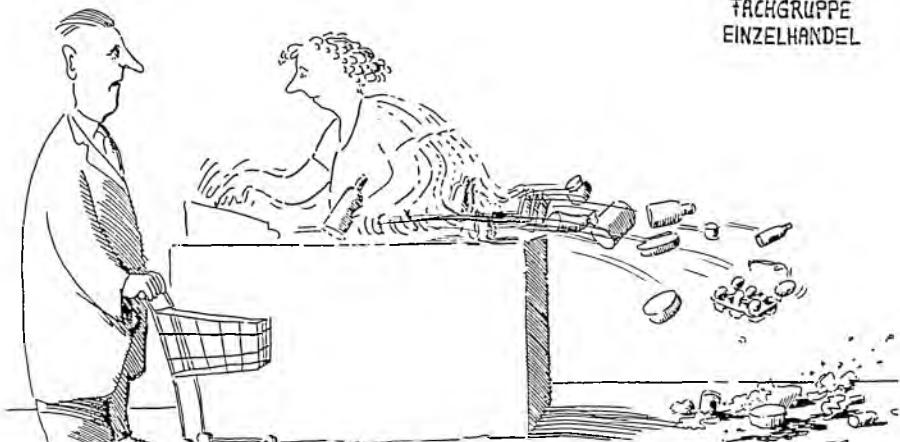
DM, Fall II/Stkl. V = 1178,45 DM.

Keines dieser Nettoeinkommen ermöglicht eine selbständige Haushaltsführung. An den Arbeitszeiten im Einzelhandel ist erkennbar, welche Vorreiterrolle der Einzelhandel bei der Flexibilisierung der Arbeitszeiten hat. Seit Bestehen des Ladenschlußgesetzes – das sind 30 Jahre – sind Ladenöffnungen von Montag bis Freitag zwischen 7.00 und 18.30 Uhr und Samstags von 7.00 bis 14.00, an 15 Samstagen im Jahr bis 18.00 Uhr, erlaubt. Das Gesetz ermöglicht eine maximale Regelöffnungszeit von 64,5 Stunden pro Woche, einmal monatlich und in den vier Wochen vor Weihnachten 68,5 Stunden pro Woche. Tatsächliche Öffnungszeiten sind in der Regel 50 bis 60 Stunden. Die Folgen sind gravierend: Arbeiten bis in den Abend hinein, regelmäßige Wochenendarbeit, unregelmäßige Ersatzfreizeiten, ständige Verschiebung

## LEISTUNGSDRUCK IM EINZELHANDEL ...



FACHGRUPPE  
EINZELHANDEL



stündigen Pausen, die Spätschicht von 14.30 bis 22.00 Uhr mit einer halben Stunde Pause. Die Ausgleichszeiträume für die Arbeitszeitverkürzung werden über Brückentage oder individuell geregelt. Ihr Bruttomonatslohn im Juni 1987 errechnet sich folgendermaßen: Lohngruppe II Baden-Württemberg = 10,19 DM/Stunde. Akkord verrechnet im Fall I 140% = 14,36 DM/Stunde, im Fall II 130% = 13,24 DM/Stunde. Der Juni hatte 19 Arbeitstage und 3 bezahlte Feiertage = 22 Tage. Im Falle I waren das 2432,58 DM, im Falle II 2242,85 DM. Durch die Wechselschicht kommen Schichtzulagen von 135,26 DM hinzu. Das ergibt einen Bruttolohn von 2567,84 DM im Fall I und im Fall II 2378,11 DM.

Als Nettoeinkommen wird errechnet: Verkäuferin/Stkl. I = 1013,68 DM, Kassiererin/Stkl. II = 1282,85 DM, „Pickerin“/Stkl. II, I = 1420,75 DM, Packerin/Stkl. V = 985,04 DM, Siemens Fall I/Stkl. IV, I = 1698,77

von Arbeitszeiten und Freizeit, unbezahlte Mehrarbeit und Verweigerung von Freizeitausgleich. Die tarifliche Regel-Wochenarbeitszeit wird bei solchen Betriebsnutzungszeiten zu einer Durchschnittsgröße, die rein rechnerisch existiert, kollektive Regelungen sind kaum mehr durchzusetzen. Möglichkeiten für solche Systeme sind nicht mehr an feste Wochenarbeitszeiten gebunden. In Bereichen ohne Kundenzugang wie Wareneingang, Lager, Verwaltung oder auch Versandhaus wird die Arbeitszeit ähnlich wie in der Industrie geregelt, aber zunehmend am Verkaufsbereich und dessen Arbeitsanfall ausgerichtet.

Quellen: Löhne und Gehälter, Reihe 2.1 und 2.2 1985/1986, Stat. Bundesamt Wiesbaden; „Dienst am Kunden – Der Handel zwischen Flexibilisierung und Ladenschluß“, VSA 1987; Betriebsvereinbarungen Hertie, Mona, Heine; Gehaltstarif Einzelhandel Bad.-Württ.; Haustarifvertrag Adler – DAG. – (rub)

### Mun-Sekte: Polizeischutz und Grenzverletzungen

**Westberlin.** Zum Abschluß des CARP-Studentenkongresses veranstaltete die Mun-Sekte eine Demonstration, bei der es zu Festnahmen und 157 Personalienfeststellungen kam. Betroffen davon waren aber nicht die Mun-Anhänger, die mit Stöcken und Karatekampfmethoden auf antifaschistische Gegendemonstranten losgingen. Von Anfang an jagte die Polizei unter Einsatz auch von SEK die Gegner der Mun-Sekte, die mit Rufen „Nazis raus“, „Tod dem Faschismus“, „Die Mun muß weg“ ihre Ablehnung kundtaten. So konnten die Anhänger eines 3. Weltkriegs zur Vernichtung des Kommunismus unter Polizeischutz die Friedrichstraße erreichen und gingen ca. 10 Meter auf DDR-Gebiet vor. Gegendemonstranten und DDR-Grenzposten drängten die Provokateure gemeinsam zurück. Verständnis fand die CARP bei dem Präsidenten der TU Braunschweig, der sich in einer Grußansprache wegen der Gegendemonstration für „Land und Volk“ schämte und begrüßte, daß „Mun dem Marxismus-Leninismus als einer der großen Lügen unserer Zeit entgegentreten“ würde. – (chk)

### DGB-Aktionen zum Antikriegstag

**Mannheim.** Wie in zahlreichen anderen Städten plant der DGB auch in Mannheim Aktionen zum Antikriegstag 1987. Am 1. September sollen eine Kundgebung sowie eine Informationsveranstaltung gegen die Ausdehnung des sog. „Panzerwaldes“ durch die US-Army stattfinden; am darauffolgenden Samstag beteiligt sich der DGB wieder am „Mannheimer Friedensmarkt“, der vom „Mannheimer Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung“ ausgerichtet wird. Die erneute Stellungnahme des DGB gegen den Panzerwald ist von Gewicht, da sie weiteren Druck auf SPD-Oberbürgermeister Widder ausübt und ihn vielleicht doch noch dazu veranlassen könnte, gegen die neuen Gestattungsverträge zu votieren. In diesen räumt die Bundesvermögensverwaltung den US-Streitkräften das Recht ein, ca 2000 ha Naherholungswald und Wasserschutzgebiet als Übungsgelände für ihren neuen Kampfpanzer M 1 zu nutzen und für Zivilisten zu sperren. Bis her ist „nur“ eine wesentlich kleinere Fläche gesperrt. Verhandlungsführer für den Bund ist die hessische Forstverwaltung. Die inzwischen abgelöste hessische Landesregierung hatte versprochen, nichts gegen den Willen der betroffenen Kommunen zu unterzeichnen. Die hessischen Nachbargemeinden Mannheims, Lampertheim und Vierneheim, haben ihre strikte Ablehnung des Gestattungsvertrages schon längst bekundet. – (tht)



**Hamburg.** 2500 beteiligten sich an der norddeutschen Chile-Demonstration, in deren Mittelpunkt die Forderung nach politischem Asyl für die 15 Chilenen stand. Aus dem Aufruf: „Die Herrschenden in der BRD, als dritt wichtigstem Handelspartner der Diktatur, haben nicht nur den Putsch unterstützt und begrüßt, sie sind Nutznießer dieses auf der Ausbeutung und Niederknüppelung des Volkes beruhenden und funktionierenden Systems.“ – (wal)

### Türkei-Kurdistan-Aktionseinheit

**Hamburg.** Die in Hamburg vertretenen Organisationen der bundesweit gebildeten „Aktionseinheit gegen türkische Junta und Türkeipolitik der BRD“, BWK, Dev Genc, FAU/R, Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes und Volksfront, haben sich am 3. August getroffen und sind eine Aktionseinheit eingegangen, die regelmäßig tagen und Aktionen durchführen will. Anfang September sind Informationsstände in verschiedenen Hamburger Stadtteilen geplant, auf denen das zentrale Flugblatt verteilt werden soll. In der Diskussion sind ferner die Durchführung einer großen und mehrerer Stadtteilveranstaltungen. Die Aktionseinheit, die die Unterstützung anderer linker Kräfte sucht, hat eine Presseerklärung herausgegeben, die sich mit dem Hungerstreik in türkischen Gefängnissen solidarisiert und gegen den Polizeiüberfall auf Wohnungen kurdischer Patrioten und den AGRI-Verlag am 27. Juli protestiert. – (wal)

### Nds. Landesregierung will weiter gegen DDR „erfassen“

**Hannover.** Die von der SPD regierten Bundesländer Saarland, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen stellen Ende des Jahres ihre anteiligen Zahlungen für die „Zentrale Erfassungsstelle“ in Salzgitter ein. Die niedersächsische CDU/FDP-Landesregierung als Hauptbetreiber dieser einmischend-reaktionären Registraturbehörde für „innerdeutsche Verbrechen“ hat diese Entscheidung durch Justizminister Remmers (CDU) bestätigen lassen. Auflösung der „Erfassungsstelle Salzgitter“ als Relikt des „kalten Krieges“ gegen die DDR haben neben vielen fortschrittlichen Organisationen

auch schon verschiedene SPD-Gremien gefordert. Die niedersächsische Landesregierung hält an der „Erfassungsstelle“ fest, sagte Regierungssprecher Hilmar von Poser am 12. August auf einer Pressekonferenz. Eine neue Situation könne entstehen, wenn „der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze auf Dauer aufgehoben werde“. – (mal)

### Faschistischer Lehrer kann wieder unterrichten

Der Studiendirektor Rudolf Koch war 1986 von einem Schöffengericht wegen Beleidigung und Volksverhetzung zu einem Jahr Haftstrafe mit Bewährung und zu drei Jahren Berufsverbot verurteilt worden. Der Lehrer für Latein und Ethik am Koblenzer Asterstein-Gymnasium hatte „Auschwitz als Erfindung der Amerikaner“ bezeichnet und geäußert, er wolle bei einer „Erschießung der Grünen das Kommando übernehmen“. Koch protzte gegenüber der Schulleitung mit Prominenten, die sich für ihn verwenden würden. Der vom Dienst suspendierte Studiendirektor kann jetzt nach einer Entscheidung des Koblenzer Landgerichts wieder lehren, die Freiheitsstrafe wurde auf neun Monate verkürzt. Im Berufungsverfahren war bekannt geworden, daß Koch in nur sieben Jahren alle Beförderungsstufen vom Assessor zum Studiendirektor erklimmen konnte. Unter anderem hatte die damalige Staatssekretärin im Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Laurien (CDU), eine negative Beurteilung aus seiner Personalakte entfernt. Bundeskanzler Kohl, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, ließ über seinen Staatssekretär beim Kultusminister Vogel (CDU) anfragen, wieso Koch im Kultusministerium als „faschistisch“ angesehen würde. (düb)

Hafenstraße

## Verhandlungslösung torpediert – Jetzt werden sie räumen wollen

Hamburg. Seit Oktober 1986 waren die Bewohner der Häuser in der Hafenstraße ständigen Angriffen des Polizei- und Behördenapparates ausgesetzt. Im November wurden von der Polizei mehrere Wohnungen ohne rechtliche Grundlage geräumt und fast alle anderen verwüstet. Gegen diese Zermürbungsstrategie entwickelte sich ein breites Bündnis. Am 20.12. demonstrierten 13000 Menschen für den Erhalt der Häuser. Mehrere Angriffe der Polizei wurden durch die Geschlossenheit der Demonstration zurückgeschlagen. Dieser Erfolg machte allen wieder Mut, viele nahmen die Unterstützung der Hafenstraße wieder auf oder fingen neu an. Der nächste wichtige Einschnitt war das Angebot von Jan Philipp Reemtsma, die Häuser zu kaufen. Die SPD ging auf das

partner zu gewinnen, nur noch die Möglichkeit von direkten Gesprächen mit den Bewohnern. Zu Verhandlungen waren diese aber nur unter der Voraussetzung bereit, daß der Senat verschiedene Garantien für den Erhalt der Häuser abgibt. Doch im Gespräch der Vertreter der Hafenstraße mit v. Dohnanyi am 29.7. wurde diese Forderung nicht erfüllt. In dieser Situation versuchten die Reaktionäre, die propagandistische Notbremse zu ziehen: Das gern seriös erscheinende „Hamburg Journal“, dessen Chefredakteur Siegloch über gute Verbindungen zur Innenbehörde verfügt, sendete am 3.8. einen Beitrag, in dem S. Borgstede, eine Vertreterin der Hafenstraße, als Mitglied der „legalen RAF“ denunziert wurde. Obwohl ihre Teilnahme an dem Gespräch mit

haben“, sondern auch dafür, daß „sie auch keinen Einfluß mehr auf die Bewohner der Häuser ausüben“. Dieses propagandistische Trommelfeuer stärkte den Verhandlungs-Gegnern genügend den Rücken, um zu verhindern, daß der Senat – wie geplant – am 11.8. einen Vertrag mit der Hafenstraße abstimmt. Stattdessen nahm er diesen Vertragsentwurf bloß zur Kenntnis. Außerdem hatten die Senats-Juristen den zwischen Vertretern der Hafenstraße und v. Dohnanyi ausgehandelten vierseitigen Text auf über zwanzig Seiten aufgeblättert. Über diesen Vertrag soll erst im September nach den Senats-Neuwahlen abgestimmt werden, wobei unklar ist, ob die Bewohner der Hafenstraße mit den Vertragsbedingungen einverstanden sind. Mit dieser Verzögerung ist wieder der Weg für Pawelczyks Horden frei, die jetzt jeden Muckser zum Anlaß für eine Eskalation nehmen können. Dann könnten die Räumungstitel vollstreckt werden. Und es sind mehr als Muckser im Gespräch: Am 16.8. soll von den Häuslern aus „Radio Hafenstraße“ den Sendebetrieb aufnehmen und dann fast überall in der Stadt zu hören sein. Eine erneute Aktionswoche wird vorbereitet. – (kam, FAU/R)



Der Reaktion ein Dorn im Auge: Die Hafenstraßenbewohner unterstützen die politischen Gefangenen in der BRD. Die Polizei läßt übermalen.

Angebot ein, um bei den Bürgerschaftsneuwahlen im Mai Stimmen zurückzugewinnen, die sie wegen des Hamburger Kessels und ihrer Politik gegen die Hafenstraße an die GAL verloren hatte. Doch verschiedene Kräfte, auch in der SPD, traten weiterhin gegen Verhandlungen auf. Auch hinter der Verhandlungslinie verbarg sich das Interesse, das politische Problem Hafenstraße aus der Welt zu schaffen. Es wurden keine Garantien für den Erhalt der Häuser abgegeben, sondern Reemtsma sollte als Handlanger der Senatsinteressen eingesetzt werden. Das gipfelte in der Aufforderung, daß er sich schützend vor Abrißarbeiter stellen sollte. Daraufhin zog Reemtsma sein Angebot zurück. Was sollte nun aus der von v. Dohnanyi beabsichtigten „friedlichen Lösung“ werden? Den Verhandlungswilligen in der SPD blieb nach einigen gescheiterten Versuchen, alternative Sanierungsträger als Verhandlungs-

v. Dohnanyi bereits seit fünf Tagen bekannt war, sollte diese Meldung weitere Verhandlungen für die SPD unmöglich machen. Sämtliche bürgerliche Tageszeitungen brachten drei Tage lang Aufmacher wie: „Dohnanyi verhandelte mit RAF-Frau“, „Stürzt Dohnanyi über die Hafenstraße?“. Gestützt auf Aussagen des Verfassungsschutzes und öffentliche Briefe des Innensenators Pawelczyk, gipfelte diese Kampagne in der ausführlichen Darstellung, wie der „legale Arm der RAF“ die Hafenstraße angeblich als „Ansatz für den politischen Kampf gegen das System“ nutze. Persönlich zugespielt auf S. Borgstede, von der große Fotos und eine Personenbeschreibung in allen Zeitungen erschienen, mutete das Ganze wie eine Fahndung an. Innensenator Pawelczyk forderte als Vorbedingung für weitere Verhandlungen nicht nur den Nachweis, daß „die Leute aus dem RAF-Umfeld die Hafenstraße verlassen

### Deutsche Volksunion

#### Weit mehr als tausend bei Gegendemonstration

Passau. Am 15.8.87 versammelte sich die faschistische Deutsche Volksunion (DVU) zum sechsten Mal in der Nibelungenhalle. 2500 „auffallend junge Zuhörer, die Mehrheit aus Österreich und Südtirol“ – so die „Passauer Neue Presse“ – hörten sich deutschnationale Reden an von H. Hertel (Liste D, Bremen), M. Mußgnung (NPD) und G. Frey (DVU).

Dieses Jahr hatten 31 Organisationen zur Gegenkundgebung aufgerufen. Von den Gewerkschaften waren IG DruPa (München) und GEW (Passau) Mitunterzeichner des Aufrufs, die DGB-Jugend von München organisierte Busse nach Passau.

Weit mehr als tausend Gegendemonstranten versammelten sich, unter ihnen auch der Passauer Bürgermeister Abelein (CSU) und verschiedene Stadträte – alle nur als „Privatpersonen“. Abelein: „Niemand von uns will die Nazis, aber die Stadt hat schon 25000 DM für verlorene Prozesse gegen die DVU zahlen müssen.“ Die Abschlußkundgebung fand direkt neben der Nibelungenhalle statt, in der die DVU – geschützt von Polizei mit Wasserwerfern – tagte. VVN-Redner Löwenberg nannte als Zielsetzung der VVN, durch mehr Aufklärung und Ausbildung ein antifaschistisches öffentliches Bewußt-

sein zu schaffen, aber auch rechtliche Maßnahmen gegen Neonazis seien erforderlich. Weitere Redner waren Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, der KPI, ein Parlamentsabgeordneter der Alternativen Liste Südtirol und eine Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Hamburg. VVN und Grüne betonten ausdrücklich die Notwendigkeit der Einheit, gerade im Hinblick auf die vielen anwesenden Autonomen. Die Geschwister-Scholl-Preisträgerin Rosmus-Wenninger aus Passau distanzierte sich von der Anwendung von Gewalt und meinte damit die Autonomen. Unter Protest verließen diese dann den Platz und blockierten den Hauptzugang zur Nibelungenhalle. Währenddessen lief die Kundgebung – allerdings mit erheblich weniger Beteiligten – weiter. Mindestens zwei Stunden lang konnte kein DVUler die Halle durch den Haupteingang betreten.

Am Nachmittag und Abend kam es in Passau dann noch zu Auseinandersetzungen zwischen DVUlern und Autonomen. Die Polizei verhaftete insgesamt 22 Personen vorübergehend. – Die Republikaner nutzten „die Gunst der Stunde“ und verteilten an parkenden Autos ihre Flugschriften und Zeitungen. – (uth)

## NH-Wohnungen

### **Mieterinitiativen protestieren gegen Stadtratspolitik**

*München.* Am 25. Juni beschloß der Kommunalausschuß des Stadtrats Mieterhöhungen für die 1164 ehemaligen Neue-Heimat-Wohnungen. Am 8. Juli stimmte in der Stadtratsvollversammlung OB Kronawitter, CSU, SPD, FDP und USD für die Mieterhöhung. Diese freifinanzierten Wohnungen wurden zusammen mit 929 Sozialwohnungen 1985 nach wochenlangen Protesten der Mieter von der Stadt gekauft. Dies war ein Lichtblick in der ansonsten recht trostlosen Münchner Wohnungspolitik, die gegen die extrem hohen Mieten noch kein wirksames Mittel gefunden hat. OB Kronawitter versteckt sich jetzt bei der Mieterhöhung hinter der bayerischen Gemeindeordnung, deren einschlägige Paragraphen eine Erhöhung verlangen. Der Beschuß des Stadtrats lautet: „Die Mieten der erworbenen freifinanzierten Wohnungen der Neuen Heimat werden jährlich um 10% erhöht, mit der Maßgabe, daß nach drei Jahren erneut beraten wird. Die Miete bei den freifinanzierten Wohnungen wird künftig Schritt für Schritt bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht. Der Mietbewertung wird der jeweils aktuelle Mietspiegel zugrunde gelegt.“

Die Mieterinitiative reagierte auf

diese Mieterhöhungen mit einem offenen Brief an OB Kronawitter: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Georg Kronawitter, mit Interesse und sehr aufmerksam haben wir die Sitzung des Kommunalausschusses vom 25.6.87 verfolgt. Vor allem diese Falschmeldung von 4 Mark pro Quadratmeter hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Sie betrifft wenige Wohnungen und dann solche ohne Bad und Zentralheizungen, Wohnungen der billigsten Qualität, die aber von den Bewohnern mit Eigenmitteln bis zu 40000 Mark wohnlich gemacht wurden.“

Mit dem Ergebnis des Kommunalausschusses sind wir nicht zufrieden und lehnen die jährliche Mieterhöhung ab. Begründung: Bei allen Wohnungen möchte die Stadt gern ins Volle greifen – 30 Prozent Mieterhöhung für die nächsten drei Jahre. Doch dabei soll es nicht bleiben! Schon jetzt wird erklärt, daß die Mieten auf das Vergleichsmietenniveau angehoben werden sollen, auf ein Niveau, welches das höchste in der Bundesrepublik ist und den Wohnungseigentümern traumhafte Mietträge sichert.

Mit der Politik, den Mietspiegel als mietenpolitische Richtschnur herzu nehmen, handelt die Stadt in höchstem Maße unsozial und finanzpolitisch töricht. Mit den Mieterhöhungen treibt sie selbst das Mietniveau hoch und schadet damit den sozial Schwächeren und auch den städtischen Finanzen. Sie muß höhere Mietbeihilfen aufwenden für die steigenden Mieten. Was sie mit der einen Hand nimmt, muß sie mit der anderen doppelt zurückzahlen. Lachende Gewinner sind die Miethaie, die immer mehr Miete verlangen können, weil die billigen, preisregulierenden Wohnungen immer weniger werden ...“

Quellenhinweis: Neues München – Zeitung der DKP-München Juli/August 1987. – (dil)

## Wissenschaftsstadt Ulm

### **Universitätsaufbau für private Konzerne**

*Ulm.* Für mindestens 100 Millionen DM soll ein ingenieurwissenschaftlicher Zweig an der Ulmer Uni aufgebaut werden, gleichzeitig wird parallel die Fachhochschule erweitert. Fünf Studiengänge sind geplant, die auf die Bedürfnisse der Konzerne ausgerichtet sind. Sie planen Forschungseinrichtungen am oberen Eselsberg: Hochfrequenz-, Medizin- und Energietechnik, Informatik und Technologieabschätzung. Zur Finanzierung soll eine Forschungsstiftung der Landesregierung aufgebaut werden, wozu der

Landtag seine Zustimmung zum Verkauf von 18% des Grundkapitals der Baden-Württembergischen Bank geben soll. Geschätzter Kurswert zur Zeit etwa 250 Millionen DM, die dann zum Aufbau einer Privatuniversität in Mannheim und für den Ausbau der Uni Ulm durch die Stiftung verwendet werden sollen. Die Planungen der beteiligten Konzerne laufen parallel. Bereits in Betrieb ist das Laser-Institut der Firmen Zeiss und Aesculap, die diese Einrichtung zusammen mit Uni und Land tragen. Die Baukosten trägt das Land, ebenfalls Teile der laufenden Kosten. Große Teile der laufenden Forschung dienen der Industrie, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, wie zum einjährigen Bestehen erläutert wurde. Gerade aufgebaut wird das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung („künstliche Intelligenz“), an dem Daimler, Mannesmann-Kienzle, IBM, HP, Nixdorf und Siemens beteiligt sind. AEG konzentriert die Hochfrequenztechnikforschung. Daimler denkt an die Errichtung eines Zentrums für Energie- und Stoffumwandlung (Schwerpunkt Wasserstoff, Antriebstechnik), sowie eines Zentrums für Informations- und Wissensverarbeitung (z.B. „intelligentes“ Leitsystem für Verkehr) und Technologiefolgeabschätzung zur Hilfe bei Unternehmensentscheidungen. Für den Mittelstand soll noch ein Technologiepark entstehen, um die Verwertung der Forschungsergebnisse auch mittelständischer Unternehmungen zu gewährleisten.

Die Infrastrukturmaßnahmen der Stadt Ulm werden auf die Forschungseinrichtungen ausgerichtet. Verbesserung der Verkehrsanbindung der Uni, Wohnbau für gehobene Ansprüche, Verbesserung der Stadtqualität durch bauliche Maßnahmen wie „Stadthaus“, Straßenuntertunnelung usw., Planung von „gehobenen“ Freizeiteinrichtungen, wie Golfplätze usw. Während die Parteien, außer den Grünen, in einer Gründereuphorie schwaben, wird erste Kritik aus dem universitären Bereich laut. Der Tübinger Uni-Präsident Theis erklärte, daß er bei einer derartigen Verquickung von Industrie und Lehreinrichtungen sein Präsidentenamt zur Verfügung stellen würde. Statt Grundlagenforschung wird eine anwendungsorientierte Forschung nach den Bedürfnissen der Industrie betrieben. Die Grünen sehen die Freiheit der Forschung und Lehre beeinträchtigt, kritisieren die Rüstungsforschung (AEG, Dornier, MTU, Zeiss) und die Zerstörung der Natur durch die umfangreichen Bau maßnahmen. Die DKP lehnt die Rüstungsforschung ab, plädiert aber für einen Ausbau der Uni. Die Kritik an der Unterordnung einer Uni unter Konzerninteressen steckt aber noch in den Anfängen. – (frm)

## Niedersächsische Landtagsdebatte

## Schnipkowitz will die Kuren auf den Jahresurlaub anrechnen

**Hannover.** Die Absicht, Kuren auf den Urlaub anzurechnen, wird schon seit geraumer Zeit durch den niedersächsischen Sozialminister Schnipkowitz (CDU) in der Öffentlichkeit verbreitet. Wessen Interessen dahinter stehen, verdeutlicht die Auskunft der LVA Niedersachsen zum Thema Lohnfortzahlung nach erfolgter Kur. Die sogenannte Nachkur (Schonzeit) wird z.B. von Telefunken voll auf den Tarifurlaub angerechnet, ebenso von Triangel-Spanplatten. Polygram zahlt nur für die erste Woche Schonzeit den Lohn fort. Varta rechnet die Nachkur ab dem elften Tag auf den Jahresurlaub an. Siemens zahlt während der Schonzeit keinen Lohn.

Hier geht es zunächst um den An-

Schnipkowitz, hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, Kuren und ärztlich verordnete Schonzeiten in Zukunft über eine Gesetzesänderung auf den Urlaub von Arbeitern, Angestellten und Beamten anzurechnen. Er sieht in diesem Vorschlag weder gesundheitliche noch familiäre noch beschäftigungspolitische Nachteile“.

**Schnipkowitz:** „Zunehmend wird ... über die notwendige Kostendämpfung im Gesundheitswesen diskutiert ... Es geht mir auch nicht darum, medizinisch notwendige Kurmaßnahmen einzuschränken. Der Kern meines Anliegens ist, den Zusammenhang zwischen Freizeitgestaltung und Gesundheitshaltung nachhaltig zu verdeutlichen. Es ist unbestritten, daß der Urlaub

Zahl der Kuren reduzieren, ist es in Ihrer Vorstellung also mehr ein ordnungspolitisches Ziel, das zu einer finanziellen Entlastung der Kostenträger führen würde, oder handelt es sich um das Ziel, über die Verminderung von Urlaub letztlich die Arbeitgeber zu entlasten? Wer soll nach ihren Vorstellungen finanziell entlastet werden? Zweitens. Ihre Ausführungen über den Urlaub und dazu, daß im Urlaub eigentlich für die Gesundheit gesorgt werden müßte, und die von Ihnen vorgeschlagene enge Verknüpfung von Kur und Urlaub veranlassen mich zu der Frage, ob Urlaub dann nur noch gewährleistet werden kann, wenn im Urlaub tatsächlich gesundheitsförderlich gelebt wird, und wie Sie sich gesundes Leben im Urlaub vorstellen. Gesundheit ist ja nicht nur das Freisein von Krankheit, sondern auch das Wohlbefinden.“

**Schnipkowitz:** „Ich meine, daß man, wenn wir im Durchschnitt sechs Wochen Urlaub haben (er wird die Ferien der Kinder mitgerechnet haben; Anm. d. Verf.), darüber reden können muß, ob man nicht einen Teil des Urlaubs für notwendige Kuren mit in Anspruch nimmt.“

**Groth (SPD):** „Sehen Sie denn nicht ein, daß sich Ihr Vorschlag weniger kostendämpfend, sondern urlaubsdämpfend und damit nachteilig für die Familien auswirkt ... Sie wirken also durch Ihre Initiative familenschädlich ...“

**Schnipkowitz:** „... Hier wird die Familie vorgeschoben. Ich wünschte mir – ich habe das schon einmal gesagt –, die Familien würden die Kur oder den Urlaub wirklich gemeinsam verbringen. Geschähe dies mehr als bisher, dann würde manches Unglück in unserem Volk vermieden.“

### Fazit der Debatte

Die SPD greift nicht die Breite des CDU-Vorstoßes an – wie sollte sie auch nach langer Kostendämpfungsverantwortung. Sie kritisiert außerdem „familiär“ und nicht von Lohnabhängigeninteressen aus. Die FDP hielt sich aus der Debatte vollständig raus und unterstützte die CDU-Positionen bedingungslos. Die Grünen griffen als einzige Fraktion die Einschränkung der Reproduktionsbedingungen an. Wobei die Ursachen und die Verursacher von Kurmaßnahmen von irgend einer Kritik verschont blieben. Wie wenig hart arbeitende Menschen sich tatsächlich erholsamen Urlaub leisten können, stand nicht zur Debatte. Sind die Belastungen der Produktion so vernichtend, daß der Urlaub oder die restliche Freizeit zur Wiederherstellung der Gesundheit nicht ausreichen, so braucht jeder Betroffene ausreichend Kuren. Quellenhinweis: Stenogr. Bericht, 27. Sitzung d. niedersächsischen Landtages – (mal)



In der niedersächsischen Öffentlichkeit wird Sozialminister Schnipkowitz (CDU) fälschlich als „Linker“ gehandelt. Sein Auftreten ist mit dem von Blüm vergleichbar.

griff gegen die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die Kapitalvertreter in den Krankenversicherungen wollen noch mehr soziale Absicherungen einreißen und das Verursacherprinzip (Kuren brauchen kaputtgemachte Lohnabhängige) erst gar nicht in die Erörterung bekommen. Der Angriff des niedersächsischen Sozialministers auf den gesetzlichen und tariflichen Jahresurlaub ist ein weitreichender Angriff auf die Gesundheit und die Regenerierung dieser durch zusätzlichen Genesungsurteil – Kur genannt.

### Landtagsdebatte

In einer Fragestunde des niedersächsischen Landtages am 22. Mai wurde die Anfrage der SPD zur „Anrechnung von Kuren und Schonzeiten auf den Urlaub“ behandelt. Der Abgeordnete Riege (SPD) trug vor: „Der niedersächsische Sozialminister, Hermann

auch der Erhaltung und der Wiederherstellung der Gesundheit dient ... Aber wir müssen auch sehen, daß nach wie vor viele Menschen diesen Aspekt überhaupt nicht beachten (Urlaub zur Gesunderhaltung; Anm. d. Verf.) und im Urlaub ihre Gesundheit sogar beeinträchtigen ... Die immer noch vorhandene Zweiteilung des Denkens, der Urlaub sei zum reinen Vergnügen und die Kur für die Gesundheit, sollte überwunden werden. Für Auslandsreisen haben die Bundesbürger 1986 ca. 45 Milliarden DM ausgegeben. Ich hielte es schon für einen Fortschritt, wenn nur einige wenige Prozent davon für die Nutzung der ... vorhandenen Kurangebote eingesetzt würden.“

**Dr. Hansen (Grüne):** „Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Erstens. Mir ist die Stoßrichtung unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung noch nicht ganz klar. Wollen Sie damit die

## Krankenhaus Barmbek

**Aktionen gegen „gefährliche Pflege“**

Hamburg. Auf der letzten Personalversammlung des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek (AKB) Mitte Mai, zu der auch die Gesundheitsministerin Maring geladen war, berichtete eine Kollegin der medizinischen Intensivstation über die unerträgliche Arbeitssituation und die Maßnahmen, die die Kollegen dagegen ergripen haben. Da sie nicht bereit sind, sich zur Verminderung des Pflegestandards durch Vorenthalten des nötigen Personals zwingen zu lassen, lehnen sie die Verantwortung für die durch zu wenig Personal bedingten Zustände ab. Jede Schicht, die Tätigkeiten „liegen lassen“ muß, die den Patienten direkt betreffen, schickt ein Formular an Pflegedienstleitung, Chefarzt und Personalrat, in dem vermerkt sind: der Patientenstand/-zahl (Intensivpflege, -überwachung, Beatmung), die Schichtbesetzung/-zahl (Fachkräfte, Azubis, Schwangere) und der Hinweis, daß unter diesen Voraussetzungen Überwachung, Pflege und Versorgung der Patienten von seiten des Pflegepersonals nicht mehr gewährleistet werden kann.

Auf der Versammlung direkt auf ihre Verantwortung angesprochen, erklärte die Pflegedienstleitung, sie könne diese ebenfalls nicht übernehmen, da sie keine Möglichkeit habe, Personal zu beschaffen und es unmöglich von anderen Stationen nehmen könnte. Die Senatorin versprach daraufhin, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und die Lage „prüfen zu lassen“. Die nötigen Unterlagen hat sie vor zwei Monaten erhalten, aber bisher nicht reagiert.

Die Intensivstation ist kein Einzelfall. Im ganzen Krankenhaus ist die Arbeit schwerer geworden und die Kollegen bekommen die Folgen der Budgetierung und der laufenden „Wirtschaftlichkeitsprüfung“ in Form von Überstunden und abenteuerlichen Diensten zu spüren. Einige haben auf der Personalversammlung aufmerksam zugehört und folgen nun dem Beispiel der Intensivstation. Mit dem konkreten Hinweis auf die „mangelnde Gewährleistung der Pflege“ lehnen sie z.B. zusätzliche Schichten und Schichtbesetzungen ab, wo nur eine examinierte Krankenschwester mit Auszubildenden, Medizinstudenten und Praktikanten arbeitet.

Die Pflegedienstleitung traktiert die Kollegen mit der Leier von den geizigen Krankenkassen und ihren begrenzten Mitteln und zieht die Sparmaßnahmen durch. Dafür müssen erkämpfte Schranken, wie das Beharren auf geregelter Freizeit und Zugehörigkeit zu einem festen Arbeitsteam, fal-



Müssen gefährlich pflegen: Beschäftigte auf den Intensivstationen.

len. Wie die nötige Schichtbesetzung zur Wahrnehmung der anfallenden Aufgaben auszusehen hat, muß jeden Tag neu geklärt werden, wenn ein Kollege zur Aushilfe auf die Nachbarstation springen soll.

Im Pflegebereich geht heute jede freigehaltene Stelle an die Haut der verbliebenen Kollegen und gefährdet Leib und Leben der Patienten. Einzelne Stationen beginnen, ihre Forderungen resolut zu stellen, legen fest, wo ihre „Hutschur“ aufhört und lehnen die Verantwortung ab. Diese Taktik ist eine Möglichkeit, sich gegen Verschlechterungen zu wehren, statt mit schlechtem Gewissen zu arbeiten. Man darf auf die Reaktion der Behörde und der Senatorin Maring gespannt sein. – (flm)

## Kostendämpfung

**„Kostentransparenz“ ist gegen die Versicherten**

Mannheim. Bereits 1984 startete das baden-württembergische Sozialministerium einen Modellversuch zur „Leistungs- und Kostentransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung“. Das Projekt wurde im Bereich Heilbronn begonnen; beteiligt waren dort neben dem Sozialministerium die AOK, alle anderen in diesem Bereich zuständigen Krankenkassen, die Kassenärztliche Vereinigung, die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft mit 16 Krankenhäusern der Region Heilbronn und der Landesapothekerverein. Im letzten Jahr wurde der Modellversuch um die Region Ravensburg erweitert. Das mehrjährige Projekt, bei dem jetzt eine Reihe von Zwischenergebnissen vorliegen, wird „wissenschaftlich begleitet“ durch die Dornier-System-GmbH aus Friedrichshafen sowie das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung in Westberlin.

Der Staatssekretär im Stuttgarter Sozialministerium, Hermann Mühlbeyer, feierte als ersten Erfolg u.a. die Weiterentwicklung der Datenverarbei-

tung in diesem Bereich. Schließlich wurden allein in Heilbronn Angaben von über 220000 Versicherten, über 526000 Rezepten und mehr als 100000 Krankenhausbehandlungen erfaßt.

Das ganze Projekt wurde laut Staatssekretär Mühlbeyer ins Leben gerufen, um „... die Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung bei gleichbleibender oder besserer Qualität zu verbessern“. Bei Betrachtung der vorliegenden Ergebnisse bestätigt sich rasch die Vermutung, daß es hier ausschließlich um die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, also um Kostensenkung geht. So wird z.B. die seit Jahren durchgesetzte Politik der immer kürzeren Krankenhaus-Verweildauer jetzt als Ausdruck geringer Wirtschaftlichkeit gewertet: Da die Verweildauer bei 20% aller Krankenhausfälle nur ein bis drei Tage betrage, hätte ja wohl auch bei vielen Patienten eine ambulante Versorgung gereicht. Da auf der anderen Seite 40% (inklusive Psychiatrie 50%) aller abgerechneten Pflegetage auf Patienten mit einer Verweildauer von vier Wochen und mehr entfielen, sei das wohl ein Indiz dafür, daß Pflegefälle betreut würden, die nichts im Krankenhaus zu suchen hätten. Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt bei der Auswertung waren offensichtlich die „Kosten durch Frührentner“. So würden 2,3% Frührentner in der Altersgruppe zwischen 35 und 44 J. 8,6% der Ausgaben verursachen. Die Gesundheitsprogramme, die auf dieser Grundlage laut Staatssekretär Mühlbeyer erarbeitet werden sollen, kann man sich vorstellen: In all den Betrieben, in denen es noch nicht geschehen ist, werden dann endgültig olympiareife Belegschaften zusammengestellt oder anders formuliert: ohne Kondition keine Arbeit. Die Versicherten wie die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben einiges zu befürchten. – (kab)



## Hochschulalltag

## „50% Abbrecherquote in den ersten Semestern fördern eine frühe Korrektur der Studienentscheidung“

Hamburg. Im Gebäude der *Wirtschaftswissenschaften*, gemeinhin auch „Bunker“ genannt, sind zunehmend Studenten zu beobachten, von denen man meinen könnte, es ginge ihnen darum, schon per Kleiderordnung geforderte Führungsambitionen und dynamisches Engagement an den Tag zu legen. Aber auch im übertragenen Sinne ist der Studiengang groß in Mode; als „Mode“-Studiengang platzt er aus allen Nähten. Ein Student erzählt, daß am Anfang eines Semesters ein heftiger Kampf um die begrenzten Seminarplätze entbrennt. Nach dem Motto „Wer zuerst kommt, malt zuerst“ bilden sich schon um 7 Uhr morgens Schlangen vor den Seminarräumen, Studentinnen verkleiden sich sogar als Putzfrauen, um im Bunker nachts eingeschlossen zu werden und damit die Aussichten auf einen der begehrten Plätze zu vergrößern. Bei praktizierten Losverfahren müssen die Seminarbewerber anwesend sein, auch bei Todesfällen in der Familie wird keine Rücksicht genommen. Oft lassen Professoren sogar Eingangsklausuren schreiben.

In den knüppelvollen Vorlesungen kleben die Studenten den Professoren an den Lippen, Skripte fehlen oder sind hundsmiserabel. Die Bibliothek ist völlig unterentwickelt. Dabei haben die Vorlesungen etwas Faszinierendes: Ein Professor legt in seiner Vorlesung ein Glaubensbekenntnis für den Weltmarkt ab, ein anderer stellt erstaunliche Zusammenhänge her: von der Theorie der Verknappung natürlicher Ressourcen unter dem Lichte von Angebot und Nachfrage zu den „Negern in Afrika“, die dank Tourismus (Nachfrage), die natürliche Ressource Elefant nicht mehr erledigen, sondern für Safaris (Angebot) bereithalten, zu seinem letzten Wochenende, an dem er nach einem Waldspaziergang einen alten Freund besuchte, der sich um die vom Aussterben bedrohten Vögelchen kümmert, bis dahin, was er eigentlich schon immer mal sagen wollte: Marx hat sowieso unrecht. Solche genialen Erkenntnisse stoßen bei dem dynamischen Fan-Club auf pure Begeisterung: „Uiuih, wie praktisch“. Der Rest weiß nicht, was er davon halten soll. Pauken müssen den Stoff jedenfalls alle, folgt doch im Grundstudium Klausur auf Klausur.

Mit „Argumenten gegen die Volkswirtschaft“ und Veranstaltungen zur Kritik dieser Wissenschaft versucht die Marxistische Gruppe (MG), die Widersprüche der Studenten zu der gelehrt Wissenschaft zu schüren.

Besonders pfiffig: Gelegentlich macht die MG Tonbandmitschnitte von Vorlesungen mit anschließender Kritik in ihrer Zeitung. Der MSB hingegen findet den Studiengang eigentlich „interessant“. Er werde bloß durch die Konkurrenzfachung und durch das Klausurunwesen „degradiert“, wobei es Studenten, die nebenbei arbeiten müssten und ausländische Studenten besonders schwer hätten. Bei den Fachschaftsratswahlen kann sich der MSB damit aber nicht durchsetzen; die Wählerinitiative des RCDS erzielt hier Erfolge, indem sie Veranstaltungen zusammen mit der FAZ zum Thema „Wie bewerbe ich mich richtig?“ durchführt und ein Antiquariat für alte Wirtschaftsbücher organisiert.

Der *Fachbereich Mathematik* befin-

(Leistungsdruck fördere eine frühe Korrektur der Studienentscheidung), zu der hohen Abbrecherquote der Studienanfänger, die auf 50% geschätzt wird.

In der Tat stopfen die Professoren die sog. Anfängerausbildung mit Themen voll; Beweis folgt auf Beweis, Lehrsatz auf Lehrsatz, als ginge es darum, heimliche Rekorde zu brechen. Gleichzeitig versuchen einige Professoren am Fachbereich, durch Erhöhung des Schwierigkeitsgrades der Aufgaben und mit der Abschaffung der Gruppenabgabe von Aufgaben zugunsten von Einzelabgabe die Scheinkriterien und den Druck auf die Studenten zu verschärfen. Der Fachschaftsrat hat im letzten Semester daraufhin angefangen, einen Ordner mit



Burschenschaften im Aufwind – Zu Beginn des Semesters konnten Burschenschaftschafter bei den Wirtschaftswissenschaften und am Jurafachbereich in vollem Wuchs auftreten.

det sich im Geomatikum. In den 70er Jahren erbaut, wurde das Geomatikum nach neuesten psychologischen Erkenntnissen gestaltet. Der Farbton in den Vorlesungsräumen ist grün. Er soll beruhigend auf die Psyche wirken. Gleichzeitig hat man in den Vorlesungsräumen aber den Einbau von Fenster vergessen, so daß die günstige Gelegenheit mit entspannter Psyche aus dem Fenster zu schauen und zu dösen, falls der geneigte Nachbar keine Lust auf ein Schwätzchen hat, dahin ist. Spätestens dann wird aber einem klar, daß der grüne Psychofarbton irgend etwas mit dem zu tun haben muß, was hier stattfindet. Und vor allem mit dem Menschen, der in diesen Räumen etwas stattfinden läßt, dem Professor.

Es „... ist die Frage erlaubt, ob eine Abbrecherquote in den ersten Semestern, nicht der Durchfallquote (im Diplom, d. Red.) vorzuziehen ist“, so ein Professor der RCDS-Logik folgend

Musterlösungen anzulegen, und besonders die vom MSB initiierte Erstsemester-AG konnte bisher weitere spürbare Verschärfungen abschwächen. Auch gegen die Stoffmenge gibt es von Seiten der Studenten Widersprüche. Viele Studenten meinen, lieber weniger Stoff, dafür aber gut verständlich und interessant dargeboten. Über die diesbezügliche pädagogische Unfähigkeit und Ignoranz der Herren Wissenschaftler wird gespottet. Z.B. in der *Mathematik-Studenten-Zeitung „Integrix“*, die ein fiktives Interview mit einem fiktiven Professor führt (Auszug):

„Integrix: ... Waren sie nicht etwas verwundert, wie wenig Erstsemester anwesend waren? Schniedelhuber: Wieso? Immerhin waren Horatius, Anastasia, Melchior, Apfelsine und Feudel da. Das sind schließlich fünfmal soviele wie in meiner Übungsgruppe. Und es gibt nur fünf Übungsgruppen.“

Integrix: Welches pädagogische Ziel

verfolgen sie denn mit ihrer Anfänger- ausbildung?

Schniedelhuber: Das ist eine sehr gute Frage.

Integrix: Ja?

Schniedelhuber: Ja.“

„Wozu das ganze Studium – um später in einer Versicherung auszu- rechnen, wie man die Versicherten noch besser übervorteilen kann?“ – solche und ähnliche Fragen werden unter den Studenten kaum noch thematisiert, das Interesse an gesell- schaftlichen Vorgängen geht vielfach nur soweit, daß das „Hamburger Abendblatt“ gelesen wird, das als libe- rale Variante des Springer-Konzerns verstanden wird. Stattdessen kann man sich aber endlos unterhalten über Computer, bits and Bytes, über Mathematik und nochmals Mathematik. Allenfalls über Themen wie „Umweltschutz und Gesellschaft“ und „Verantwortung der Wissenschaftler vor der Gesellschaft“ wird diskutiert. Diese Themen haben die Diskussion über den Sinn und Zweck der Wissen- schaft für die gesellschaftlichen Ver- hältnisse, insbesondere in bezug auf die Interessen der Arbeiter, quasi ab- gelöst. Eine Unterstützung aktueller Arbeiterkämpfe findet an der Univer- sität nicht mehr statt.

Der traditionelle zweistufige *Jura- fachbereich* stellt sich vom äußeren Erscheinungsbild bürgerlich-elitär dar: Die Mehrzahl der Studenten und Studentinnen läuft in seinem Zwirn und exquisiten Aktenköfferchen herum. In den drei wichtigsten Bibliotheken, „Seminare“ genannt, für Strafrecht, Bürgerliches Recht und Öffent- liches Recht herrscht ständiger Hoch- betrieb. Wird eine Hausarbeit ge- schrieben, stehen bereits eine halbe Stunde vor Öffnung des Seminars Studenten Schlange, um die relevante Literatur zu ergattern. Ist eine für das zu bearbeitende Thema wichtige Schrift dann in Besitz genommen, wird sie bis Bibliotheksschluß gebun- kert. Überhaupt treibt die ständig schärfer werdende Konkurrenz um die Noten immer übler Sumpfblüten hervor: Mittlerweile ist es fast üblich geworden, daß Aufsätze aus Zeitschriften, die für die Hausarbeit ge- braucht werden, herausgerissen werden, möglichst gar in mehreren Bibliotheken. Bücher werden verstellt, damit sie niemand anders in die Finger bekommt.

Die Vorlesungen werden vorwie- gend in den ersten Semestern besucht. Da der juristische Lehrstoff durchaus etwas Trockenes, Langweiliges hat, sind bei der Mehrheit der Studenten Professoren beliebt, die ihre Monolo- ge durch Witzchen auflockern. Her- vorstechend ist hier Ingo v. Münch (nebenbei Hamburger FDP-Vorsitzen- der). Für die Qualität des dargereichten „Humors“ ein kleines Beispiel: In den Erstsemestervorlesungen lässt v.

### Fachhochschulstudium: Die reinste Paukerei

An der Fachhochschule Hamburg werden hauptsächlich technische Fächer gelehrt. Die Studenten wer- den an diversen Fachbereichen zu Diplom-Ingenieuren ausgebildet.

Pro Semester werden z.B. 80 Fahr- zeugbaustudenten zugelassen. Die meisten Studenten haben vorher ei- ne Lehre als Kfz-Mechaniker ge- macht und dann die Fachoberschule besucht, z.T. haben sie auch mehrere Jahre als Geselle gearbeitet, studieren also über den zweiten Bildungs- weg.

Das Studium selbst ist fast wie Schule. Mathematik wird in den ersten beiden Semester mit je acht Wochenstunden gelehrt, es wird der Stoff aus der Oberstufe Gymnasium durchgenommen. Die Vorlesung ist so: Der Dozent doziert, rechnet Auf- gaben vor, die Studenten schreiben mit. Am Semesterende hat man so 200-300 Seiten mitgeschrieben, dann kommt eine Klausur. Dafür empfiehlt es sich, viele übungsaufgaben zu rechnen, um sicher zu werden. Das Ganze hat mit wissenschaftli- cher Arbeit nichts zu tun, sondern nur mit Büffeln und ist zeitintensiv. Im Schnitt hat man 30 Stunden Vor- lesung die Woche, das gleiche noch- mal zuhause, macht eine 60-Stun- den-Woche. Vor den Klausuren kommt man leicht auf 70 Stunden. Da bleibt keine Zeit mehr, nebenbei zu arbeiten, geschweige denn, sich politisch z.B. in der Studentenvertretung zu betätigen. Wenn doch, wer- den Vorlesungen und damit die Klausuren auf spätere Semester ver- schoben, das Studium verlängert

sich. Aber die Zeit drückt, weil es höchstens sieben Semester BAFÖG gibt, und nach dem vierten Semester nur weiterbezahlt wird, wenn man alle Klausuren für das Vordiplom hat.

Diese Verhältnisse führen dazu, daß durchschnittlich 50% der Studenten das Studium bis zum vierten Semester abbrechen. Von den ande- ren Studenten sind mindestens die Hälfte mit den Klausuren im Rück- stand. Großvorlesungen, die an an- deren Fachbereichen schon gang und gäbe sind, wurden bei Fahr- zeugbau erstmals letztes Semester eingeführt: In der Mathematikvorlesung wurden einfach zwei Erstseme- stergruppen zusammengelegt. Da der Raum überfüllt war, wurden Wieder- holer (Studenten, die die Klausur im Semester vorher nicht bestanden oder mitgeschrieben haben) kurzer- hand rausgeschmissen.

Unter den Studenten wird diskutiert, daß gegen solche Zustände et- was unternommen werden müßte, v.a. Großvorlesungen müssten abge- schafft werden. Ebenso sollte BAFÖG mehr und für die ganze Studiendauer gezahlt werden, um den Zwang zum Zuverdienen zu be- seitigen. Im Rahmen eines vom Fachschaftsrat organisierten Aktions- tages protestierten die Studenten ge- gen die schlechten Studienbedingun- gen. Dabei gab es unter den Studen- ten eine Strömung, die unter dem Motto „Appelle an die Wirtschaft“ die Kapitalisten überzeugen wollte, doch mehr Geld für „ihre zukünfti- gen Ingenieure“ locker zu machen und die Kapitalisten aufforderte, für die Freisetzung von Steuergeldern zugunsten der Ausbildung Druck auf den Hamburger Senat auszuüben.

Münch die Studenten Skripte von ihm selbst bei Buchhandlungen käuflich erwerben. Bei den Vorlesungen sagt er dann jeweils was „wichtig für das Ex- amen“ oder „sehr wichtig für das Ex- amen“ ist. Die Studenten sollen es folgendermaßen abgekürzt im Skript vermerken: Ersteres „ex“, letzteres „sex“. Witzig. Witzig!

Aber v. Münchs Art kommt bei der Mehrheit der Studenten an. Für den dümmsten Witz gibt es schallendes Gelächter, nach der Vorlesung Beifall. Natürlich ist „Ingo“, wie er von sei- nen Anhängern liebevoll genannt wird, nicht einfach nur Entertainer, die Politik kommt bei ihm auch beim Witzeln nicht zu kurz. Gleich in den ersten Vorlesungsstunden jubelt er den meist noch recht verschüchterten Studenten seine Ansichten von „Deutschlands Rechtslage“ unter. Klar doch, das Deutsche Reich besteht fort. Gern wendet v. Münch den Scherz gegen die, die aus der Rolle fallen: Da

gibt es doch welche, die tragen „Ara- fat-Feudel“ – tosendes Gelächter der popperraft gekleideten Studenten- mehrheit. Ein Beispiel zum Thema „innerbetriebliche Zensur“: Das des- potische Regime der Alice Schwarzer bei „Emma“ – allgemeines Grinsen, vor allem bei den „Herren“.

Die Hochschulpolitik am Fachbe- reich ist unter solchen Bedingungen naturgemäß schwierig. Die vertretenen politischen Gruppierungen sind MSB-Spartakus, Juso und GAL, sowie ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik. Diese Gruppen bilden den Zusam- menschluß „Liste demokratischer Ju- risten“, die den Fachschaftsrat stellt. Demgegenüber steht der RCDS und die ULH (Liberale). Daß die Rechten den Fachschaftsrat nicht haben, ist wohl eher ihrer politischen Inaktivität und dem politischen Desinteresse ihrer potentiellen Kundschaft zuzu- schreiben. – (stg, anw, deb)

### Krankenpfleger fordern Übernahme

Bremen. 20 angehende Krankenpfleger haben am 7. August mit einem „Sit In“ nebst Transparent vor den Toren des Krankenhauses Ost ihre Übernahme in unbefristete Arbeitsverhältnisse gefordert. In diesem Jahr seien so viele Einstellungen vorgenommen worden, daß nicht mehr der gesamte Examenskurs übernommen werden kann. Viele Auszubildende müßten deshalb befürchten, nach dem 23. September arbeitslos zu werden, obwohl sie auf den überfüllten Stationen dringend als Fachkräfte benötigt werden. – (mal)

### IGM-Vertrauenskörper gegen Steuerreform

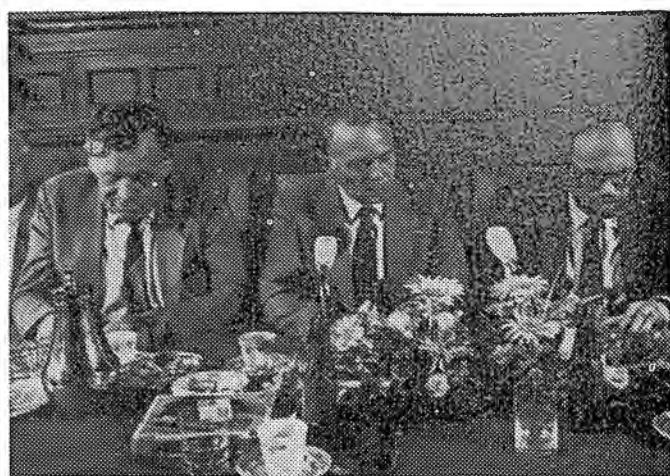
Heidelberg. In einer Resolution der Vertrauensleute von Graubremse vom 11.8. an Stoltenberg, Blüm und Süssmuth gegen die Steuerreform u.a. Vorhaben heißt es: „Mit großer Empörung mußten wir nun aus Presseberichten entnehmen, daß Bundesregierung und Koalition ... auch die Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit planen. Die Besteuerung der Nachtzuschläge hätte z.B. für unsere Kollegen in der Spätschicht

Uslar. 400 demonstrierten am 6.8. mit Transparenten „Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze“ und „Den Großen beschenkt man – den Kleinen hängt man“ für die sofortige Wiederaufnahme der Produktion bei Spänex (170 Beschäftigte), die in den letzten drei Jahren 6,1 Millionen DM öffentliche Mittel vom Land Niedersachsen, dem Landkreis Northeim und der Stadt Uslar bekommen hat und jetzt pleite ist. Seit dem 7.8. ist der Betrieb besetzt, seit Juni stehen Löhne und Gehälter aus. – (kek)

nach eigenen Berechnungen folgende Auswirkungen: Zum Dank für zusätzliche gesundheitliche Belastungen würden durchschnittlich verdienende verheiratete Kollegen im Akkord in St.Kl. III/2 netto pro Jahr 936 DM weniger haben. In St.Kl. I/IV wären es sogar 1494 DM. Bei einigen Kollegen gingen die Nettohonorarverluste bis zu 1832 DM, bei ständiger Spätschicht sogar bis 2522 DM im Jahr. Wir halten dies für eine Ungeheuerlichkeit und ersuchen Sie deshalb um eine umgehende Erklärung, daß derartige Vorhaben nicht in die Tat umgesetzt werden.“ (Fraktionen zur Kenntnis) – (aro)



So „demokratisch“ wie auf dem Propagandafoto von Daimler Südafrika führen sich die Kapitalisten mitnichten auf. Daimler-Benz Südafrika hat nach einem Streik von 2800 Arbeitern 188 Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA entlassen. Die Arbeiter hatten für einen Mindeststundenlohn von 4,80 DM gestreikt. Die Betriebsführung verweigerte zunächst der Gewerkschaft die Anerkennung. Die 2600 Arbeiter setzten ihren Streik fort und verlangten die Wiedereinstellung. Am Freitag erklärte die Konzernleitung in der BRD, den Entlassenen sei die Wiedereinstellung angeboten worden und mit der NUMSA solle ein Tarifvertrag verhandelt werden. (uld)



### Graubremse: Lohn verteidigt

Heidelberg. Seit dem 1.1.87 wurden die Akkordarbeiter um ca. ein Drittel ihrer tariflichen Erholzeiten betroffen. Mehrere Protestaktionen, eine Betriebsversammlung über zwei Tage und eine mehrstündige Arbeitsniederlegung haben dem Spuk jetzt ein Ende gemacht. Die Verluste bis über 1400 DM müssen nachgezahlt, Anrechnungen von Leistungszulagen auf die 3,7%-Tariferhöhung bei Angestellten, zum Teil sogar in der Alterssicherung, ebenfalls zurückgenommen werden. Personalchef Voßberg mußten die Echlin-Konzernherren aus dem Betrieb entfernen. – (aro)

### Bergbau: 29 Monate, Flexi

Essen. Am 4.8.1987 sind die Verhandlungen über Lohn- und Gehaltstarife der 120000 Beschäftigten des Steinkohlebergbaus NRW abgeschlossen worden. Zwar konnte die Ruhrkohle AG durch zahlreiche Protestaktionen von der Aussetzung der Verhandlungen bis zur „Kohlerunde“ im September abgebracht werden. Der Tarifabschluß kommt ihr jedoch weit entgegen: Ab 1.8.1987 werden die Löhne und Gehälter um 2,8% erhöht, ab 1.11.1988 um weitere 2%, die Laufzeit des Vertrages beträgt 29 Monate. Als Ergänzung zu Kurzarbeit gibt es 1988 und 1989 je fünf Freischichten. Mit dem Abschluß hat die Ruhrkohle AG bis 1990 den Rücken frei für die geplanten „Anpassungsmaßnah-

men“. Der Ecklohn wird 1990 ganze 4,86% höher liegen als jetzt. Durch die Freischichten für zwei Jahre wird ein Exempel statuiert für „Arbeitszeitverkürzung“ entsprechend Geschäftsinteressen. – (wof)

### Neue Kündigung gegen BMW-Betriebsrat

Nach dreijährigem Rechtsstreit mußten im Mai drei BMW-Betriebsräte wieder eingestellt und die BR-Wahl wiederholt werden. Ihre Liste erhielt 43%, die BR-Mehrheit blieb bei dem konzertreuen „Vernunftsbetriebsrat“. Während der Urlaubszeit stimmte dieser der 8. Kündigung gegen den Betriebsrat Vollmer zu. Er habe bei seiner Einstellung als Montagearbeiter verschwiegen, daß er Architekt ist. Außerdem sei er „Millionär“, mit 1,2 Mio. DM Kommanditist bei einem Verlag und einer Druckerei. Vollmer erklärte, es handele sich um Erbe, von dem er seit 15 Jahren nicht profitiere. – (maw)

### Noch kein Abschluß im Einzelhandel Schles.-H.

Kiel. 3,7% mehr Lohn und tarifliche Festschreibung des Arbeitsendes, das sind Hauptforderungen von HBV im Einzelhandel Schleswig-Holstein, letzter Einzelhandelsbezirk ohne Tarifabschluß. Am 31.7. lief die Friedenspflicht ab. Eine größere Kundgebung fand in Horst bei Elmshorn statt. Es muß zumindest eine Lohnerhöhung im Bundesdurchschnitt erreicht werden, damit der Lohn z.B. gegenüber Hamburg nicht weiter sinkt. – (sah)

„Internationale BAYER-Coordination“

## Enthüllungen kratzen am Lack des Konzerns

Die Internationale BAYER-Coordination (IBC) hat ihren Hauptsitz in Solingen und tritt für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER ein. Sie versteht sich als internationales Selbsthilfe-Netzwerk, wurde 1983 gegründet und verfügt über 2000 Gruppen aus 40 Ländern. Ihre Zielsetzung: „Umwelt- und menschenverträgliche Produktionen und Produkte bei Erhalt aller Arbeitsplätze bei BAYER weltweit durchzusetzen.“

### BAYER reagiert gereizt

BAYER hat im Mai des Jahres beim Landgericht Köln Klage gegen die IBC eingereicht. Gegenstand der Klage ist der Aufruf „Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze weltweit“, der von mehr als 100 Organisationen aus 12 Ländern unterstützt wird. Der Chemiereise BAYER steigerte in den letzten zehn Jahren allein den offiziell ausgewiesenen Gewinn nach Abzug aller Steuern und Abgaben um mehr als 200 % von 471 Mio. DM auf ca. 1,4 Mrd. DM (Umsatz 1988 voraussichtlich 40 Mrd. DM). In seinen Methoden ist der Konzern nicht gerade wählervisch, meint die IBC und schreibt denn auch in ihrem Aufruf unter dem Abschnitt „Gefahren für die Demokratie“: „In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairness. Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfährige Politiker werden unterstützt und finanziert.“ BAYER verlangt gerichtlich den Widerruf und eine Verurteilung zu Ordnungsgeldern in Höhe von DM 500000.

### Wie arbeitet die Internationale BAYER-Coordination?

Ihre Mitglieder sind „Umweltschützer, Gewerkschafter, Friedensfreunde, Christen, Mitglieder von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen“. Sie arbeiten in Projektgruppen zu Themen wie Pharma und Tierversuche. Die bekannteste Projektgruppe sind die „Kritischen BAYER-Aktionäre“. Auf der BAYER-Hauptversammlung vom 24. Juni 1987 stellten sie Anträge auf Ausschüttung einer Dividende von lediglich 3 DM, Nichtentlastung des Vorstands, Nichtentlastung der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat und auf Wahl zweier Mitglieder der IBC in den Aufsichtsrat. Die Anträge wurden alle nicht zugelassen.

Die Arbeit der „Kritischen BAYER-Aktionäre“ ist Teil der Informationspolitik der IBC. Nach eigener Aussage wird damit zwar nichts durchgesetzt, aber moralisch und politisch gewirkt. Die Politik der IBC schwimmt auf der Umwelt-Welle, auf der viele „über alle weltanschaulichen Grenzen hinweg“ (Hintergrundinfo) mitschwimmen können. Ausgebeutet wird vor allem die Dritte Welt, die „Beschäftigten“ in der BRD werden gefährdet, und das nicht einmal, von Störfällen abgesehen, so sehr bei BAYER selbst, als in den Zulieferbetrieben. Dennoch ist die IBC unterstützenswert. Sie verspricht Enthüllungen, und das nicht zu knapp. Einige sind in dem Aufruf angedeutet, den wir hier in Auszügen abdrucken:

### Gefährdung menschlicher Gesundheit

Unsere Gesundheit, die Gesundheit der Menschen in aller Welt, wird gefährdet durch ungenügende Produktionssicherheit und die Giftigkeit von BAYER-Produkten wie z. B. Pestiziden (BAYER ist hier Marktführer). So treten nach Schätzungen der WHO jährlich 1,5 Mio. Vergiftungen weltweit durch Pestizide ein, ca. 30000 davon verlaufen tödlich.

### Gefährdung der Beschäftigten

Nicht nur durch Störfälle und eventuelle Katastrophen sind die 176000 offiziell ausgewiesenen BAYER-Kolleginnen und -Kollegen sowie die rund 200 Tausend Beschäftigten bei Minderheitsbeteiligungen und Zulieferern des

Konzerns besonders gefährdet. Zwar werden heute nicht mehr krebsfördernde Chemikalien in offenen Bottichen gerührt, aber die – ohnehin zu schwachen – gesetzlichen Arbeitsschutzauflagen werden vielfach nicht eingehalten bzw. unterlaufen. Gewerkschaftliche Rechte werden, ob 1904 in Leverkusen oder 1984 in Brasilien, immer wieder mit Füßen getreten, zumal ein ausgeklügeltes System von „Befriedung“ in der BRD BAYER seit sechzig Jahren vor Streiks schützt.

### Ausbeutung der „Dritten Welt“

Der ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Macht des BAYER-Konzerns können insbesondere die Länder der „Dritten Welt“ kaum Widerstand entgegensetzen. Dementsprechend beutet BAYER dort Menschen und Umwelt besonders rücksichtslos aus. Die Standards der hochindustrialisierten Länder bleiben in Ländern der „3. Welt“ oft gänzlich unberücksichtigt.

### Stützung faschistischer Regimes

... Auch heute scheinen Zweifel an der demokratischen Einstellung von BAYER berechtigt, war doch der amtierende Vorstandsvorsitzende H. J. Strenger noch 1984 zusammen mit dem berüchtigten Foltergeneral Idalio Mitglied des Aufsichtsrates von BAYER do Brasil ...

### Entwicklung und Produktion

#### von Chemiewaffen

Der Konzern gab sich mit der Planung von Kriegen nicht zufrieden. Im I. G. Farben-Verbund profitierte BAYER auch an der Produktion von „Kriegsgütern“, besonders von chemischen Kampfstoffen. Der Vietnam-Krieg ließ erneut die Kasse klingeln und auch die US-amerikanischen V-Kampfstoffe wurden von BAYER entwickelt ...

### Konzernspitze und Banken

#### tragen Verantwortung

Zu verantworten haben all dies Vorstand, Aufsichtsrat und die großen Kapitalgeber des BAYER-Konzerns, insbesondere Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank. Die Hunderttausenden von Beschäftigten sind Betroffene der umwelt- und menschenfeindlichen Konzernpolitik. Viele der ca. 300000 Kleinaktionäre sehen nur ihre Dividende und schweigen in falscher Billigung bzw. folgen den Vorschlägen ihrer Hausbanken.

### Gegenwehr ist nötig

BAYER ist scheinbar allmächtig. Was der Konzern nicht selbst und direkt durchsetzen kann, das erreicht er durch die von ihm gesteuerten Verbände und Politiker. Organisierte Gegenwehr fehlt weitgehend. Seit 125 Jahren stehen Verbraucher, Beschäftigte, in der „3. Welt“ ganze Völker, in Auseinandersetzung mit diesem Konzern.

Seit 1983 besteht die Internationale BAYER-Coordination. Wir sammeln Informationen, versuchen nationalen und internationalen Widerstand zu koordinieren und organisieren Aktionen. Wir klären auf und ermutigen – wo immer möglich – zum Widerstand gegen den BAYER-Konzern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- \* Menschen- und umweltfreundliche Produktion bei BAYER – weltweit!
- \* Umfassende Umgestaltung der Produktion – für menschen- und umweltfreundliche Arbeitsplätze bei BAYER – weltweit!

Anlässlich des voraussichtlich mit größtem Rummel veranstalteten BAYER-Jubiläums 1988 rufen wir auf:

- \* Organisiert mit uns die „Alternative 125-Jahr-Feier“ zum Jubiläum des Konzerns im August 1988!
- \* Unterstützt die Vorbereitungen dazu durch die Unterzeichnung dieses Aufrufs! Diskutiert diesen Aufruf in Umweltschutz-, „Dritte-Welt“, Gesundheits-, Gewerkschafts- und politischen Gruppen und gewinnt viele Unterstützer und Unterzeichner!

\* Organisiert Veranstaltungen und informiert über BAYER und unsere Arbeit! Fordert unsere Referentenliste und unsere Materialien an! ...

(BAYER-Coordination, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11, Tel. 0212/ 33 49 54) - (gar)

## Romane und Novellen

## Seuchen und wie die Gesellschaft sie behandelt

### Daniel Defoe: Die Pest zu London

Defoe schrieb 1722 seinen Roman in der Form eines Augenzeugenberichtes über die Pest 1665. Eine neue Pestepidemie drohte. Er wollte das brutale und nutzlose Absperren der Häuser verhindern. Er begründet durch seine eindringliche Schilderung seuchenpolitische Vorschläge: Maßnahmen gegen Hunger und Elend; wer nicht fliehen kann, soll Vorräte anlegen, um öffentlichen Umgang einzuschränken; Krankenanstalten zur optimalen Pflege der Kranken; Unterbringung von Kontaktpersonen in Quarantäne-Häusern; kein Einsperren mit den Kranken.

Erst 1894 wurde das Bakterium *Pasteurella pestis* entdeckt. Flöhe übertragen es von Ratten auf Menschen, die an sehr schmerzhaften Lymphknotenschwellungen erkanken. Bei geschwächten Kranken befallen die Bakterien den ganzen Körper. Die großen Pestepidemien setzten immer erst nach dem Auftreten von menschlicher Lungenpest ein.

Schon durch das genaue Studium der Epidemie 1665 konnte Defoe viele Gesetzmäßigkeiten der Pest darstellen. Für das plötzliche Abebben der Epidemie läßt er Gott danken. Er schließt aber nicht aus, daß – die Ärmsten hingerafft – die Pest keine Opfer mehr fand. – (sul)

### Unterdrückung, Glaube Hunger, Krieg, Pest

Wir befinden uns in Norditalien um 1630, Hauptpersonen der Handlung: Renzo und Lucia, mit ihnen erlebt der Leser zwei Jahre, die durch Hungersnot, Krieg und Plünderungen und eine Menschen dahinraffende Pest geprägt sind. Einem für die Armen in Mailand erfolgreichen Brotaufstand folgt eine schwere Hungersnot. An Hunger und Krankheiten sterben Tausende.

Um der Lage Herr zu werden, ordnen die Stadtoberen die zwangsweise Einlieferung der Hungernden, Bettler und Kranken in das städtische Lazarett an. Die Folge: eine rasant steigende Sterblichkeit im Lazarett, da die Versorgung der Leute nicht gesichert wird und die hygienischen Verhältnisse dort in kurzer Zeit miserabel sind. Kaum daß sich die Lage durch die einsetzende Ernte auf dem Land bes-



sert, wird die Bevölkerung durch Kriegszüge erneut gedrückt. Die Städte müssen Kriegssteuern zahlen, die Landgebiete haben vor allem unter verheerenden Plünderungen zu leiden. Der ansteckende Pestvirus kommt mit den Heerscharen und findet unter der geschwächten Bevölkerung schnell Verbreitung, erst in den Vorstädten und zunächst unter den Armen. Erst als die Pest sich in alle Schichten des Volkes verbreitet, beginnt die Stadtverwaltung, die rechtzeitig von der Pestgefahr unterrichtet war und die Verbreitung hätte verhindern können, Maßnahmen zu ergreifen. Quarantäne von Verdächtigen, bis dahin, daß Leute, deren Haustüren zugenagelt wurden, einfach vergessen werden, die Organisierung der Beseitigung der Toten durch angeheuer-

te Pesthelfer, offenbar oft Kriminelle, und dann die Betreibung der Mystifizierung der Ursachen der Pest und ihrer Verbreitung, die zunehmend Hexen und Einschmierern angelastet werden, und die vehemente Verfolgung solcher, mehr bringt die Stadtregierung nicht zustande und hilft durch unsinnige Maßnahmen, wie z.B. Massenprozessionen gegen die Pest auch noch bei ihrer Verbreitung. Zur Versorgung der Kranken sieht sie sich gar nicht in der Lage, diese überträgt sie den Mönchen. Eine Eingabe der Stadt beim Gouverneur, von den Kriegssteuern befreit zu werden und Gelder aus dem Staatsschatz zur Verfügung gestellt zu bekommen, wird von diesem mit dem Hinweis abgelehnt, der Krieg sei gegenwärtig wichtiger. An der Pest sterben somit zwei Drittel der Bevölkerung Mailands, und sie breitete sich über ganz Italien aus. „Die Verlobten“ von A. Manzoni ist mit seinen über 900 Seiten und vielen Illustrationen anschaulich und spannend. (dtv 2142, 19,80 DM – gug)

### Soldaten gegen die Cholera

Eine Episode, mit der Ricarda Huch das verkomme, verfaulte und reaktionäre Wesen des kaiserlichen Österreich nach den Siegen der Allianz über Napoleon illustriert, ist die Cholera-Epidemie, die zu dieser Zeit in Europa wütete. Der Roman berichtet das Leben eines Adeligen aus Mailand, der wegen revolutionärer Umtriebe vom habsburgischen Kaiser zu lebenslanger Haft in der Festung Spielberg verurteilt ist. Im Laufe seiner Festungshaft bricht die Cholera in Rußland aus. Die erste Maßnahme des Kaiserhauses ist, Soldaten an die östlichen Grenzen zu senden, um die Cholera aufzuhalten. Die Maßnahme ist ungeeignet, die Cholera breitet sich aus. Der Adelige erucht in Anträgen an die Festungsaufsicht und den Kaiser um bessere Verpflegung, Erlaubnis für regelmäßigen Aufenthalt in frischer Luft und ärztliche Versorgung für die politi-

schen Häftlinge, weil er sich von diesen Maßnahmen die beste Vorsorge gegen die Cholera verspricht. Seine Eingaben werden abgelehnt, sie werden allgemein als ungeeignet erachtet. Die politischen Häftlinge bemühen sich, trotz schlechter Kost die Ratschläge des Adeligen zu befolgen, nur wenige von ihnen erkranken an der Epidemie. Von der Festung aus beobachten die Häftlinge, wie die Tote und Bewußtlose nachts in Massengräbern verscharrt werden. (Ricarda Huch, Das Leben des Grafen Federigo Confalonieri, 1. Ausgabe 1910 – uld)

### Von der wertsetzenden Kraft des einzelnen

Der Roman „Die Pest“ des Franzosen Albert Camus (1913-60), erschienen 1947, erreichte allein in der BRD eine Auflage von über 1,1 Mio. Exemplaren. Camus erhielt 1957 den Nobelpreis. Der fiktive Roman spielt in der algerischen Stadt Oran in den vierziger Jahren unter französischer Kolonialherrschaft und schildert in der Form einer Chronik den Verlauf der Pest. Im Vordergrund steht die persönliche Läuterung von Einzelpersonen, alleamt französische Kolonialisten. Sie finden im freiwilligen Hilfsdienst zusammen, um gegen die Ausbreitung der Seuche und für die Heilung der Kranken zu wirken. Da ist die Hauptperson, der Arzt Rieux, der bereits frühzeitig auf die Pest hinweist; ein Jesuitenpater, der anfangs über die Pest als Gottesgericht, als gerechte Strafe für menschliche Sünden predigt; ein Verbrecher, der mit den Deutschen kollaborierte; ein kleiner Büroangestellter; ein Pariser Journalist sowie ein Pazifist. Nach Erscheinen des Romans wurde z.B. von Sartre kritisiert, daß die Pest als unabänderliche Schicksalsmacht und nicht in ihren historischen und sozialen Grundlagen dargestellt wird. Hiervon bleibt nur ein Hinweis in einem Gespräch zwischen Rieux und dem Journalisten über die schlechten Lebensbedingungen der Algerier und ihren dement sprechenden Gesundheits-

zustand. Der von den Kolonialbehörden verzögerte Einsatz von medizinischen Gegenmaßnahmen und der fehlende Impfstoff dienen allenfalls als Kulisse für die Kraftentfaltung der einzelnen Akteure. – (sie)

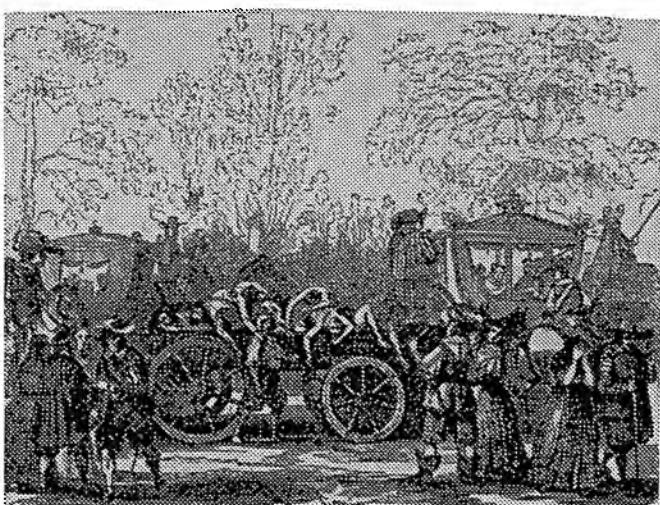
### Poe, „Die Maske des roten Todes“

Der amerikanische Journalist und Dichter Edgar Allan Poe (1809–49) ist ein Klassiker der Kurz- und Schauergeschichte; deren Schauplatz ist in der Regel Europa. „The Masque of the Red Death“, erschienen 1842, beginnt mit einer Beschreibung der Krankheitssymptome und des Verlaufs der Seuche des „roten Todes“: Ansteckungsgefahr, blutrote Flecken im Gesicht, Blutung aus den Poren, Tod innerhalb einer halben Stunde. Der ebenso wie die Krankheit als historisch vorgestellte Prinz Prospero will diese Seuche aus seiner (wohl in Italien, einem der klassischen Orte des Schauerromans, gedachten) Burg verbannen – zu einem Zeitpunkt, als sein Land schon halb ent-

Schilderung von Prosperos Versuch, dem Unausweichlichen zu entkommen. Der Prinz ist wie der Held im Märchen die Hauptfigur; von Interesse an klassenbezogenen Unterschieden ist keine Rede. Die Prunk- und Machtentfaltung des Prinzen stellt Poe als ebenso attraktiv wie wirkungslos dar angesichts der allgegenwärtigen Macht der Krankheit. – (mfr)

### Ein Afrikaner kann heilen

Constance Gluyas ist eine zeitgenössische Autorin, die historische Liebesromane veröffentlicht. Ihre Geschichten spielen in Großbritannien. Sie erzählt über arme, aus den Slums stammende Frauen, denen durch Heirat in den Adel die Flucht aus der Armut gelingt. Im Roman „Das Stundenglas von Westminster“ beschreibt sie die Pest in London als Ergebnis der Vergnügungssucht des Königshofes um Charles II., der Staatsgelder für eine luxuriöse Hofhaltung verprasst, statt sie für Verbesserung von Kanalisation und



und Heilkunst nach Großbritannien verschleppter afrikanischer Sklaven. Die Afrikaner haben Kenntnisse von Arzneien und Pflegemethoden, die die Gesellschaft aber nicht zur Kenntnis nimmt. (Constance Gluyas, Das Stundenglas von Westminster, in: Irrwege des Glücks, Knaur TB Nr. 1408, 10,- DM – uld)

### Schöner Schauder von Liebe und Tod

Ein Marschall von Frankreich genießt für eine Nacht die Liebe einer schönen Krämerin. Als er zum zweiten Treffen kommt, findet er in der Kammer fremde Menschen, die den Putz von den Wänden gekratzt haben und das Bettstroh verbrennen. Auf einem Tisch an der Wand liegen zwei nackte Leichname. Es bleibt im dunkeln, ob es die schöne Krämerin und ihr Mann sind, hingerafft von der Pest. Dies schildert der Marschall von Bassompierre (1579–1646) in seinen Memoiren. In seiner Erzählung „Das Erlebnis des Marschalls von Bassompierre“ hat Hugo von Hofmannsthal 1900 die Geschichte neu geschrieben.

Er setzt die Hingabe der Frau in Kontrast zur Haltung des Aristokraten, der ihre Liebe als merkwürdiges Abenteuer erlebt. Die Pest bildet in der Erzählung den düsteren Hintergrund. In der Liebesnacht verbildlicht das aufflammende Kaminfeuer die Leidenschaft; das Unheimliche dringt ein mit dem kühlen Morgenhauch, der die Stimmen der Totengräber und das Knarren des Pestkar-

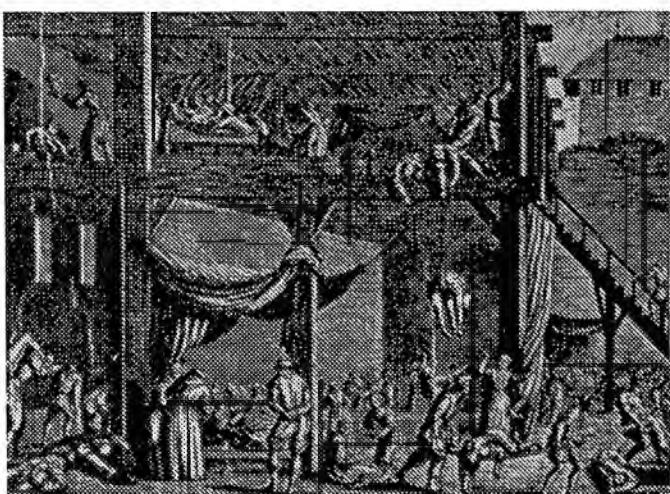
rens ins Zimmer trägt. Dem Marschall erhöht die unheimliche Krankheit den Sinneskitzel; Hofmannsthal zeichnet mit ihrer Hilfe sein morbides Bild von Liebe und Tod. – (ulk)

### Die Pest in Bergamo

Jens Peter Jacobsen schrieb die Novelle 1881. Die Bewohner von Alt-Bergamo waren der Pest ausgeliefert. Zunächst habe sich das „Volk in Einigkeit und Eintracht zusammengeschlossen“, die Leichen begraben, die Feuer unterhalten, Wacholder und Essig verteilt, Prozessionen, Gottesdienste, Fastentage abgehalten, Glocken geläutet, Reliquien ausgestellt, die Heilige Jungfrau zur Bürgermeisterin erklärt.

Wie das Volk begriff, daß da nichts war, was half, wurde die öffentliche und kirchliche Ordnung zerstört, Hilfsbereitschaft oder Mitleid seien aus den Gemütern geschwunden und jeder wollte wenigstens selber gut leben.

Da kamen fanatische Gottgläubige nach Bergamo. Angesichts der Gotteslästerung geißelten sie sich blutig im Rausch von Selbsterneidigung vor Gott. Die Leute von Bergamo merkten auf: „In ihren Hirnen gab es einen kleinen Punkt, wo der Wahnsinn nistete, der verstand diese Tollheit.“ Ein Mönch sprach von der Hölle, Christus sei nicht am Kreuz gestorben, alle Hoffnung auf Erlösung vergeblich. Als die Menge schrie „kreuziget ihn“, lachte der Mönch. Gott war gerettet. – (sul)



völkert ist. Er schließt sich mit eintausend Freunden, reichlich bevorratet, auf seiner Burg ein. Nach fünf oder sechs Monaten feiert er einen Maskenball, bei dem Punkt zwölf Uhr ein ungeladener Gast erscheint, der rote Tod. Ihm fällt als erster mit sofortiger Wirkung Prinz Prospero zum Opfer, dann einer nach dem andern die gesamte Festgesellschaft. Der Kitzel der Erzählung besteht in der mit kühler und schauderhafter Präzision betriebenen

Wohnverhältnissen in den Londoner Slums zu verwenden. Die Pestkranken gelten als unberührbar und werden in Pesthäusern kassiert und isoliert. Die britischen Ärzte sind machtlos, ein Heilmittel kennen sie nicht. Ausführlich beschreibt Gluyas die Qualen, die die Krankheit hervorruft. Die Kranken denken daran, sich selbst umzubringen. Die Hauptpersonen des Romans werden durch die Pest infiziert, ihre Rettung ist die Pflege

Iran

## Entwicklung der Klassenkämpfe und Klassenverhältnisse

Der folgende Aufsatz ist der Zeitschrift „Résistance“ vom Juni 1987 entnommen, die herausgegeben wird von der Organisation der I.S.O. in der BRD und Westberlin – Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans. Er schließt mit der Untersuchung des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak an den im vorigen Heft der Politischen Berichte abgedruckten Aufsatz an.

### Der reaktionäre Krieg dauert an

Der reaktionäre Krieg zwischen dem iranischen und dem irakischen Regime dauert jetzt schon sieben Jahre. Das islamische Regime kündigt mit viel Schreiereien die „große Offensive“ an. Aber die Wahrheit ist, daß weder die „große Offensive“ erreicht wird, noch dieser Krieg beendet wird.

Die Propaganda des islamischen Regimes kann den Krieg nicht mehr neu beleben. Der Krieg hat sowieso nicht mehr seine Anfangsbelebtheit. Der Krieg beschränkt sich nicht nur auf Propaganda und Drohung, sondern praktisch wird ein Stellungskrieg an der Front und die Bombardierung der Wohngebiete und Industriezentren von beiden Seiten durchgeführt.

- Obwohl der Krieg alle materiellen und menschlichen Potentiale unserer Gesellschaft für sich in Anspruch nimmt, und
- obwohl der Krieg zur Hauptachse der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsfraktionen geworden ist, und
- obwohl die Weiterführung des Krieges ein zentrales Problem des Regimes geworden ist,

ist aber der Grund für das Andauern des Krieges nicht in einer Brisanz des iranisch-irakischen Konflikts zu suchen, sondern er dient dem Verdecken der katastrophalen Lage und des täglich zunehmenden Bankrotts des islamischen Regimes.

Die jetzige Situation und die Zukunft des Krieges ist mit der Zukunft des Regimes eng verbunden. Das Kriegsgesicht ist das zerstörte Gesicht des islamischen Regimes selbst. Die Krise des Krieges ist auch gleichzeitig die Krise des Regimes und seiner instabilen Macht.

Die Weiterführung des Krieges und die Aufrechterhaltung dieses Regimes als Kriegsführer sind jedoch im Inter-



Sturz des Schahs! Demonstration 1978

esse des Weltkapitalismus. Um auf die Frage zu antworten, weshalb der Krieg in einer Krise steckt und welche Zukunft er hat, wohin dieser Krieg führt, müssen wir zwangsläufig einen Blick darauf werfen, wem dieser Krieg dient und welche Vorteile er bringen soll. Das militärische Gleichgewicht zwischen Iran und Irak wird künstlich aufrechterhalten.

Die Parolen des islamischen Regimes wie z.B. „Krieg bis zur Wiederauferstehung“ (gemeint ist der Tag nach dem Weltuntergang, an dem alle Toten wiederauferstehen und zur Rechenschaft gezogen werden) oder „dieses Jahr ist das Entscheidungsjahr, und die große Offensive erfüllt das Endziel“ sind nur Parolen, die der Bevölkerung ein nahes Kriegsende vorgaukeln.

Das ständige Beschwören dieser Parolen zeigt, daß das Regime bankrott ist und keinen Rückhalt in der Bevölkerung mehr findet. Immer wenn innerhalb der Regierungsfraktionen die Auseinandersetzung über den Krieg einen Höhepunkt erreicht, redet jeder auf eigene Art von „großer Offensive“ und wird dies zum neuen Propagandathema.

Die eine Fraktion verkündet weiterhin die alten Parolen, hält aber die Durchsetzung dieser Parolen im Grunde nicht für möglich. Die andere Fraktion versucht mit der Zwangsmobilisierung von hunderten und tausenden „Freiwilligen“bataillonen die Bereitschaft des Regimes zur „entscheidenden Offensive“ zu behaupten.

Bei dieser Offensive geht es um das Überleben des Regimes. Aber auf jeden Fall ist diese Offensive kein Zeichen von Stärke, sondern zeigt insgesamt die Ohnmacht und Hilflosigkeit des Regimes. Das Regime versucht mit allen Mitteln sich aus dieser Sackgasse herauszuholen. Wenn die Herrscher weiter nach Krieg schreien, kann es nur ein Zeichen ihrer Ohnmacht sein.

Der Krieg mit seiner Sinnlosigkeit sollte aber für die Kriegsführer doch einen Sinn haben. Er sollte die Menschen in beiden Ländern von ihren alltäglichen Problemen ablenken und vor allem die Klassenkämpfe und die Autonomiekämpfe der nationalen Minderheiten in den Schatten stellen.

Doch der Krieg hat im Iran sein Ziel einer Gegenrevolution nicht voll erreichen können und ist selbst zusätzlich ein Problem geworden.

Einige Teilerfolge konnten die Kriegsführer allerdings verbuchen, z.B.: Das Revolutionsfeuer der Massen ist umgeleitet und eingedämmt worden, um für das Kapital Ruhe und Stabilität zu schaffen.

Nach sieben Jahren unkontrollierter Fortsetzung des Krieges hat die Krise ihren Höhepunkt erreicht. Die freie Atmosphäre, die der Krieg für das Regime schaffen sollte, ist nicht eingetreten, sondern im Gegenteil ist sie angespannter denn je geworden. Der Krieg ist nun zum Hauptproblem der verschiedenen Regierungsfraktionen und der iranischen Bourgeoisie geworden, und jetzt dreht sich alles um den Krieg.

Nicht nur die iranische Bourgeoisie, sondern alle reaktionären Kräfte am Golf und darüber hinaus der US-Imperialismus und seine Unterstützer in der ganzen Welt, für die der Krieg eine wesentliche Bedeutung hat, werden von jeder Änderung der Kriegspolitik des Regimes beunruhigt. Sie versuchen mit allen Mitteln sich auf die neue Situation einzustellen. Sie bringen ihre Angst vor einem Kriegsende, das auch ein Ende des islamischen Regimes bedeuten würde, zum Ausdruck. Weil sie dies genau wissen, versuchen sie den Stellungskrieg aufrechtzuerhalten als einzige Lösung, das islamische Regime an der Macht halten zu können.

Der Krieg hat trotz der hysterischen Parolen der islamischen Regierung nicht die gewünschten Erfolge für die iranischen Kapitalisten gebracht.

Die Wahrheit ist, daß der Krieg von Anfang an gezielt gegen die Februar-Revolution (1979) der iranischen Arbeiter und Werktätigen gerichtet war und ist. Er ist das Resultat des Kalküls der Bourgeoisie, die durch den Februaraufstand ihre Interessen in Gefahr sah und Todesangst bekommen hatte, und deshalb nach einer Lösung suchte. Der Krieg ist die Fortsetzung der Entwaffnung des Februaraufstandes – gegen diesen Aufstand und seine Fortsetzung war die kapitalistische Welt natürlich von Anfang an tätig.

Als der Grenzkrieg ausbrach, hatte das Regime keine andere Möglichkeit, seine Herrschaft zu sichern, außer das Volk in kürzester Zeit zu entwaffnen. Das Volk hatte eine richtige Revolution hinter sich, deren Stimme nach einem Jahr und mehreren Monaten noch immer die Erinnerung an kämpfende Arbeiter und werktätige Massen ins Leben rufen konnte und auf dem Fortbestand der Revolutionserungenschaften beharrte. Das schwache Wesen der mittelalterlichen islamischen Regierung war durch dieses Bestreben der Massen bedroht. Die Revolution war noch nicht außer Atem. Sie zeigte sich hier und da noch sehr lebhaft.

Die Arbeiterräte wurden zerschlagen, die Arbeiter wurden in den Schlachthof des Kapitals geschleppt, aber die „Sklaven“ waren nicht mehr gehorsam.

Das kurdische Volk war niedergeschlagen, aber aus jedem Blutstropfen der Werktätigen und Bauern erhob sich eine Hand, die die Kampfesflagge hochhielt.

Das turkmenische Volk war niedergeschlagen, aber kein Turkmen verkaufte die Lehren der Bauernräte gegen den Islam und dessen Republik.

Im Zuge der Universitätsschließungen wurden die Studenten niedergeknüppelt, denn die Herrschaft von Hezeb-Allah (Partei Gottes) konnte an den Unis nicht hergestellt werden.

Das kapitalistische System konnte trotz allem Geschrei und aller Gewalt des Gottesherrschers nicht ruhig aufatmen und in seinen normalen Takt zurückfinden.

Im Laufe der Zeit wurden die Klassenkämpfe gnadenloser und zeigten ein offenes Gesicht. Diese Kämpfe haben die Errungenschaften des Aufstandes vom Februar verteidigt. Zwischen den Klassen wurde mit der Zeit eine klare Linie sichtbar. Die durcheinandergemischten Reihen haben sich in nie dagewesener Art auseinanderkristallisiert. Diejenigen, die sich gestern als zusammengehörig dachten, haben gegeneinander einen Kampf auf Leben und Tod begonnen. Die Kämpfe schafften ein klares Klassenbewußtsein. Die Konterrevolution wurde von Tag zu Tag brutaler und die revolutionären Kräfte hatten immer weniger Angst. In so einer Situation kam der Krieg als „Gnade Gottes vom Himmel“ der islamischen Regierung zur Hilfe.

Der Grenzkrieg wurde aufgegriffen, um den Klassenkampf zu beeinflussen, um die Gesellschaftsgegensätze durcheinander zu bringen, um den Freiraum der Revolution soweit als möglich einzusengen.

Der Krieg hat diese Arbeit schnell geleistet. Der Krieg hat mit seinem vernichtenden Lauf – bevor die Widersprüche innerhalb der Regierung beseitigt waren und ein Teil des Regimes den anderen besiegt hatte, bevor der Riß innerhalb des Regierungslagers zum Hauptproblem wurde und im Laufe seiner Entwicklung von Gegensätzen die Polarisierung hergestellt hatte – das eigentliche Ziel erreicht: Er hat die Grundlage geschaffen, mit Hilfe derer Teile der Bevölkerung, die immer noch an die Regierung glaubten, unter der Nationalflagge und dem Islam gesammelt werden konnten.

Die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde gnadenlos fortgesetzt. Die Mittelschicht schwankte nicht mehr hin und her. Ihr nationales Gefühl war durch den Krieg verletzt. Sie entschied sich für



Iranische Bauern unter dem Schah-Regime

den Krieg und die Regierungspolitik. Aber die Revolution war trotz allem gelehrt und wurde nicht in die Krise gezogen. Es dauert nicht lange, bis der Staub des Kriegswirbels sich auflöst. Obwohl der Krieg am Anfang die Krise der Gesellschaft verdrängte, wurde er bald selbst zur Krise. Er hat immer mehr sein schreckliches Gesicht gezeigt. Er hat die Finanzkraft des Landes ausgeschöpft, die Produktion unterbrochen, die Armut der Bevölkerung ins Unendliche gesteigert, die Ausbeutung der Arbeiterbevölkerung beschleunigt, große Teile der Bevölkerung des Landes zum Schlachthof gezogen, das Leben in der Gesellschaft in eine Todesfront verwandelt und den Schwarzmarkt aufleben lassen.

Bevor der Krieg dies alles ausrichtete, hat er für die islamische Regierung die Möglichkeit geschaffen, ihre Raubhände um den Hals der Bevölkerung fester zuzudrücken und damit ihre Machtstellung zu festigen.

Die Kriegssituation, Kriegsmobilisierung, Raub und Unterdrückung für den Krieg sind alltäglich geworden. Alles, wie z.B. die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Werktätigen, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, wird mit dem Krieg begründet. In einem Wort: Der Grenzkrieg hat die Krise nicht gemildert, sondern seine tägliche Fortsetzung hat das Dasein des islamischen Regimes für kurze Zeit verlängert. Aber der Krieg wird ihnen selbst zum Verhängnis. Der Februaraufstand hat das Schah-Regime, diesen Gendarmen des Weltimperialismus in der Region beseitigt. Dies hat nicht nur das inländische Kapital, sondern den Weltimperialismus, vor allem den US-Imperialismus, in allen Bereichen mit unkontrollierbaren Situationen konfrontiert.

Die Doktrin, die die Unterdrückung mit regionalen Kräften befürwortet, ist seit der Niederlage im Vietnamkrieg die Hauptstrategie der US-Imperialisten gewesen. Mit dieser Strategie sollten die revolutionären Bewegungen durch Militär des eigenen Landes oder des Nachbarlandes niedergeschlagen werden. Dies ist praktisch fehlgeschlagen.

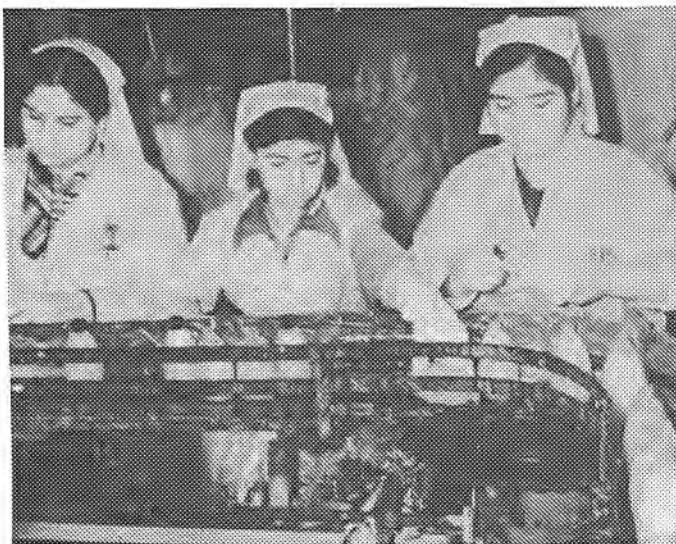
Die Gefahr, daß die Regierungswaffen wie bei der Pahlawi-Diktatur gegen den Imperialismus selbst verwendet werden – wie es z.B. im Iran bei dem Sturm auf die Kasernen und andere Unterdrückungsorgane der Fall war –, wurde von den Imperialisten stärker mit in die Planung aufgenommen. Die Revolution hatte innerhalb weniger Monate die „ruhige Insel“ der Imperialisten in Trümmer verwandelt. Die Friedhofsruhe der Pahlawi-Diktatur wurde Schauplatz von blutigen Kämpfen für Freiheit. Das

„Durcheinander“ hat den Hütern der Sklaverei in der „freien Welt“ den Schlaf genommen.

Obwohl der Februarauftand wie ein Taifun auf dem Weg war, das Gesicht der Region zu verändern und eine große Wirkung auf die Welt auszuüben, wurde er gebremst und vor den Mauern der Kapitalpaläste entwaffnet und durch den Krieg zum Tode verurteilt. Aber das „Durcheinander“ vom Februar reichte aus, um die aufgestellten Rechnungen durcheinander zu bringen.

Die Erfahrungen aus den 70er Jahren und der iranischen Revolution zwangen die Imperialisten, vor allem die USA, nach neuen Wegen zu suchen, um Revolutionen zu verhindern. Regionale Kriege hatten sich als nicht ausreichend erwiesen, und die Doktrin der regionalen Kriege zur Absicherung des Weltimperialismus ist seitdem umstritten. Nun sicherten die härtesten Vertreter des Imperialismus ihre inländische Machtstellung ab.

– Da die Krise kein Ende hat und nicht unter Kontrolle zu bringen ist,



Arbeiterinnen in einer britischen Schampon-Fabrik in Teheran

- da das Wesen der kapitalistischen Welt Fäulnis ist und sie sich ihrem Ende nähert,
- da die Krise die Ruhe ins Gegenteil verwandelt hat,
- da durch die Krise das Leben des Kapitals nicht mehr gesichert ist,

ist das „Leben mit der Krise“ und der mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Veränderung (breite Militarisierung, hohe Arbeitslosenrate ...) selbst der letzte Versuch, die Krise zu überwinden.

Mit dieser Politik der Schaffung von breiter Akzeptanz der krisenbedingten gesellschaftlichen Veränderungen als „Normalzustand“ beschäftigen sich die Kapitalisten seit langem.

Der Krieg und die Militarisierung sind für sie nicht nur Heilmittel gegen die Krise, sondern dadurch soll vor allem von der Krise abgelenkt werden.

Die Destabilität wird in ihren politischen Rechnungen als Stabilität dargestellt. Als einziger Weg für die Schaffung von Stabilität wurde der Kampf gegen „das Durcheinander“ (damit sind für die Bourgeoisie nicht zu kontrollierende politische Verhältnisse gemeint) angesehen. Dieser Militarismus ersetzt die alten Pläne der Schaffung von „Ruhe-Inseln“ in verschiedenen Teilen der Welt.

Das ist das Geheimnis des nackten Militarismus, mit dem die USA als internationaler Pirat ihre Politik durchzusetzen versuchen. Diese Politik hatte unter anderem die

Möglichkeit eines Krieges zwischen zwei reaktionären und kapitalistischen Regimes (z.B. Iran/Irak) vorgesehen.

Der Militarismus ist eine Krisenpolitik und deren Ausdruck. Obwohl der Militarismus das Leben des Kapitals nicht langfristig sichern kann, ist er kurzfristig gesehen möglich. Der Militarismus hat Auswirkungen auf die Krise der gesamten kapitalistischen Welt und ermöglicht es, die schwachen Glieder der „freien Welt“ zu unterdrücken und zu versklaven.

Die Entwicklung und Verbreitung der Revolution in den unterdrückten Ländern zwingt ihre Regierungen, die letzten Mittel, militärische, zu ergreifen, um das kapitalistische Regime zu retten. Die Vielzahl der Krisen in diesen Ländern steht im direkten Zusammenhang mit der weltweiten Krise des Kapitalismus. Sie unterstützen den Militarismus in den Metropolen des Kapitalismus. Dieser Militarismus ist ein natürlicher Mechanismus des Kapitals; nicht nur in den abhängigen Ländern, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt. Seine jeweilige Form ändert sich mit der Situation des Kapitals, z.B. hatte die islamische Republik keine andere Wahl, als eine Entwicklung zum Vorteil des iranischen Kapitals einzuleiten; oder z.B. die Installierung der türkischen Junta durch die Nato-Generalität. Die leitenden Militaristen der US-Kriegsmaschinerie werden zu Befehlshabern über die Menschheit ernannt.

Das ist der Lauf der kapitalistischen Krise, die ihr Gesicht überall und unterschiedlich zeigt. In diesem Zusammenhang ist der iranisch-irakische Krieg zu verstehen. Er ist in der jetzigen Situation der Ersatz für die gestrige Stabilität des Pahlawi-Regimes. Die Kriegspolitik der Hezeb-Allah (Partei Gottes) und ihr Panislamismus, d.h. die Fortsetzung des Krieges zur Verbreitung der islamischen Republik in der ganzen Region, hat direkt oder indirekt das gleiche Ziel wie das ehemalige Schah-Regime: die Verhinderung sozialistischer Revolutionen.

Der Schah als Gendarm am Golf stellte damals die „Ruhe“ in der Region her, was nur als Ruhe im Sinne der Kapitalisten zu verstehen ist.

Gestern noch reichte die relativ ruhige Situation in der Region für die Zerschlagung der Dhofar-Revolution in Oman durch den Einmarsch der Truppen des Schahs aus.

Gestern noch hatte für die Unterdrückung der Palästinenser-Bewegung und für die Stabilität der imperialistischen Interessen in der Region die eine oder andere normale Beziehung zwischen Regierungen ausreichende Wirkung.

Doch ist das in der jetzigen Situation, in der die Krise die ganze Region erzittern lässt, nicht mehr ausreichend. Die Lage wird unkontrollierbar.

Während das Schah-Regime bei relativ ruhiger Situation im Iran und in der Region in Zusammenarbeit mit den kapitalexportierenden Ländern die Interessen des Kapitals sichern konnte, kann das islamische Regime mit seinem Charakter und seiner Stellung in den Klassenkämpfen der Gesellschaft diese Aufgabe nicht so wie das vorherige Regime erfüllen.

Der durch den CIA geplante Einmarsch in Dhofar/Oman durch Truppen des Schahs wurde in ähnlicher Weise durch die islamische Regierung fortgesetzt, nämlich durch die Entsfachung eines Grenzkrieges.

Die Kriegspolitik der islamischen Republik hat die Festigung der reaktionären Kräfte in der Region zur Folge: z.B. die Amal-Bewegung und Hezeb-Allah im Libanon und die Zerstreuung und Zerschlagung der palästinensischen Bewegung, die sogenannte Sicherheitspolitik der USA in der Region, die Stärkung der Stellung Israels in der Region, die Lieferung von Kriegsschiffen, Waffen und vielen anderen militärischen Ausrüstungen, der Ausbau der Geheimdienste in der Region, die Besetzung und Kontrolle wichtiger

ger strategischer Punkte durch Imperialisten, die Unterdrückung von Freiheitsbewegungen und viele andere ähnliche Unternehmungen.

Der Panislamismus des islamischen Regimes ist trotz seines hysterisch-reaktionären Antikommunismus und seines Vorgehens gegen revolutionäre Bewegungen ein zweischneidiges Schwert: Einerseits erfüllt er die Ziele und Interessen der imperialistischen Politik in der Region, z.B. Vernichtung von fortschrittlichen Menschen und Kräften; andererseits ist er in all den Punkten im Widerspruch mit den Interessen des Imperialismus und der Reaktionäre in der Region, wo er versucht über die Vorstellungen der Imperialisten hinaus den Krieg auszubreiten, um die „islamische Revolution“ auf andere Länder auszudehnen.

Ein weiterer Zweck des Krieges ist also die Erfüllung der panislamischen Pläne. Dieser Panislamismus kann die Bedürfnisse des Regimes im Inland erfüllen.

Dieser Krieg hat aber die Regierung der islamischen Republik nicht stabilisieren können, sondern ist selbst zum destabilisierenden Faktor geworden, und er hat das Regime zum Bankrott geführt. Er hat dem Regime im Inneren oder Äußeren im Grunde genommen keinen Gewinn gebracht. Jeder Gewinn des Regimes im Krieg steht mit den Interessen der Imperialisten im Widerspruch. Deshalb wird die sogenannte „große Offensive“ keinen Erfolg haben, sie kann sogar für das Regime zum Selbstmord werden. Die Angst des Regimes ist die Angst vor der eigenen Zukunft.

Der Ausgang des Krieges wird nicht an der Grenze entschieden, sondern durch Faktoren im Inneren, gegen die dieser Krieg zustande kam. Das derzeitige Gleichgewicht im Inneren wird sich ändern, und der Krieg wird als Krieg gegen das islamische Regime sein Ende erreichen. Nur dadurch wird der Grenzkrieg beendet und Frieden geschaffen werden können.

Die USA und die bürgerliche Opposition im Iran versuchen das zu verhindern. Sie versuchen die Zügel des Krieges in die Hand zu nehmen und ihn zu kontrollieren.

Das Regime wird dem Grenzkrieg nur dann ein Ende setzen,

- wenn die Arbeiterbewegung niedergeschlagen ist,
- wenn die Proteste der Bevölkerung gegen ihre elende Lebenssituation verstummt sind,
- wenn die Kampfmoral der Bevölkerung gebrochen ist
- und wenn sie sich der Regierung unterwerfen.



Demonstration in Teheran gegen westdeutsche Kapitalniederlassung

Aber dies wird nicht mehr möglich sein, da die Kämpfe der Bevölkerung täglich anwachsen. Genau wegen dieses Pulverfasses unter den Füßen der islamischen Regierung sind die USA für die Fortsetzung des Krieges. Die bürgerliche Opposition propagiert den Frieden unter Beibehaltung der islamischen Republik. Sie will durch die Beendigung des Krieges die Zerschlagung der Arbeiterbewegung erreichen, wozu der Krieg unter anderem begonnen wurde. Diese Art Frieden ist auch im Interesse der Imperialisten. Aber dieses Ziel ist im Moment nicht erreichbar. Alle kleinbürgerlichen Oppositionellen sind mit ihrer Friedensvorstellung im Grunde genommen für die großbürgerliche Politik. Alle Leute mit unterschiedlichen Vorstellungen, die die Massen zum akzeptablen islamischen Regime ohne Krieg einladen, versuchen in Wahrheit die Massen zu entmutigen, damit sie nicht für ihre Klasseninteressen eintreten: die Klasseninteressen, gegen die der Krieg zustande gekommen ist.

Sie propagieren einen Frieden, ohne die Gründe für den Krieg anzutasten, und versuchen dadurch die bestehende gesellschaftliche Herrschaft des Kapitals zu retten. Sie versuchen die Beziehungen zwischen den revolutionären Klassenkämpfen der Massen und dem Krieg zu leugnen und die Massen zu täuschen.

Der Krieg und die islamische Regierung haben auf das Leben der Massen eine verheerende Wirkung; ein Friedensvorschlag muß diese Zusammenhänge beinhalten, um durchsetzbar zu sein.

Das islamische Regime und die Imperialisten werden nur dann auf Friedensangebote der Bourgeoisie eingehen, wenn sie ihre Ziele weiter und besser durch Frieden durchsetzbar sehen. Dies würde der Arbeiterklasse nicht weniger schaden als der Krieg selbst. Ein Frieden, der die Interessen der Arbeiter und Werktätigen erfüllen würde, der zugunsten der revolutionären Massen wäre, der die Arbeitslosigkeit und die gruppenweise Arbeitslosigkeit der Massen verhindern würde, der die Ausbeutung und Ausraubung der Massen verhindern könnte, der die Kriegsurachen mit dem Krieg selber begraben könnte, ist von der islamischen Regierung und allen anderen bürgerlichen Kräften nicht zu erreichen.

Dieser Frieden kann nur durch den Willen der Massen der iranischen Bourgeoisie und der jetzigen Regierung diktiert werden.

So ein Friede wird nur dann möglich sein, wenn die Arbeiter und Werktätigen beider Länder nicht mehr ihre Waffen auf ihre Kollegen aus dem anderen Land richten, sondern gemeinsam auf die Kriegstreiber zielen.

Es geht darum, nicht nur die Massenproteste und Arbeiterstreiks gegen die Regierung zu steigern, sondern auch darum, auf den Straßen Barrikaden zu bauen, die Fabriken zu schließen, die Produktion lahmzulegen und somit die Regierung und deren Krieg zu beseitigen.

Die Kommunisten haben die Aufgabe, die Arbeitermassen für solche Gedanken und solche Taten vorzubereiten, um gegen den Krieg und die islamische Regierung gerüstet zu sein und den Frieden durchsetzen zu können. Sie müssen die Proteste der breiten Massen in diese Richtung organisieren.

Es muß der wirkliche Krieg, der in der Tiefe der Gesellschaft schon lange existiert, für ein Ende des reaktionären Grenzkrieges verstärkt und angefacht werden.

Diese Aufgabe ist vor allem die Aufgabe der Arbeiterklasse. Die jetzige Steigerung und Entwicklung der Kämpfe der iranischen Arbeiterklasse zeigt sehr gut die Rolle und Stellung dieser Klasse in der kommenden Entwicklung im Iran. Die Arbeiterklasse muß weiterhin im Kampf gegen die Regierung die Schlüsselrolle spielen, weil sie die Hauptlast des Kriegselends und -schadens getragen hat.

Peru

## Ein Jahr nach dem Massaker an den politischen Gefangenen – Interview mit einer Rechtsanwältin und einer Angehörigen –

Im Juni 1986 ermordeten Spezialeinheiten des peruanischen Militärs mehrere hundert politische Gefangene, zumeist Mitglieder der Kommunistischen Partei Perus („Sendero Luminoso“ – leuchtender Pfad). Die genaue Zahl der Toten ist nicht bekannt, die Schätzungen liegen bei über 250 bis 350. Noch immer gelten Dutzende von Gefangenen als „verschwunden“. Anlässlich des Jahrestages des Gefängnismassakers sprachen Marta Guatai, Präsidentin der Vereinigung demokratischer Anwälte Perus, und Nestora Camacho, Repräsentantin des Komitees der Angehörigen von politischen Gefangenen, Kriegsgefangenen und Verschwundenen, auf Veranstaltungen während einer Rundreise durch verschiedene europäische Länder. Die Politischen Berichte führten am 25. Juli in Bochum ein Interview mit ihnen. – (sie, für die Übersetzung: H.Sch., H.R., M.D.)

*Der Anlaß Eurer Rundreise durch europäische Länder ist, über die Massaker an den Gefangenen der PCP im Juni letzten Jahres durch die García-Regierung aufzuklären. In der westlichen Presse wurde die Rebellion der Gefangenen dafür verantwortlich gemacht. Was waren die wirklichen Gründe?*

Um das zu erklären, muß ich – so glaube ich – etwas über die Gefangenen erzählen, seitdem sie in El Frontón angekommen sind. Im April 1982 entschied sich die Regierung Belaúnde (bis 1985, Red.), die Gefangenen aus den verschiedenen Gefängnissen des Landes nach Lima zu verlegen und die Strafinsel El Frontón wieder zu eröffnen, die 1976 durch die Militäregierung geschlossen worden war, weil es eine Gefängnisinsel ist, die schlimmer als die Hölle ist. Die Gefangenen wurden in El Frontón konzentriert, und sie erhielten keinen Besuch von ihren Angehörigen. Man gab ihnen ein Essen namens „Paila“, das man nicht einmal Schweinen geben würde. In Peru benutzt man diesen Ausdruck, weil das Schwein alles frisst, Abfälle eingeschlossen. Also sagt man bildlich: Essen nicht einmal für Schweine. Darüber hinaus gab man ihnen diese „Paila“ mit zermahlenem Glas, mit toten Mäusen. Man vergiftete sogar zwei Gefangene, die starben.

Angesichts dieser Situation begannen die Angehörigen, die Gefangenen selbst und die Anwälte zu kämpfen. Die Anwälte forderten, daß die Rechte respektiert werden, daß sie die Gefangenen besuchen können. Man erreichte zunächst Besuchsmöglichkeiten für die Angehörigen, den Zutritt der Anwälte und daß die Regierung das Geld, welches sie für die Nahrungsmittel der Gefangenen ausgibt, ihnen direkt übergibt. Es wurde auch erreicht, daß die Regierung das Recht der Gefangenen auf Arbeit im Gefängnis anerkannte, damit sie für ihre Lebensmittel produzieren und verkaufen konnten.

Die Gefangenen erreichten einige Rechte, aber die Regierung machte einen Schritt rückwärts und erkannte

sie nicht an. Also beschlossen sie zu kämpfen, alle drei Gefängnisse zusammen ... Und am 13. Juli 1985 begann ein Kampf, der am 16. mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Gefangenen und der Regierung Belaúnde endete. In diesem Abkommen wurde ihnen wegen der Art des Deliktes der Status von besonderen Gefangenen zuerkannt. Dies war der erste Schritt, um als politische Gefangene, als Kriegsgefangene, anerkannt zu werden, und auch für eine Reihe von Rechten. Dieses Abkommen bestand aus 24 Punkten, darunter Meinungsfreiheit, die durch die Verfassung garantiert ist, aber heute negiert wird, die Freiheit, dem Gefangenen Bücher aller Art zur Verfügung zu stellen, was für sie verboten war – das heißt ideologische Freiheit. Darüber hinaus das Recht zu arbeiten, Angehörige zu empfangen, bei der Einlieferung nicht drangsaliert zu werden, nicht in die pure faschistische Strafanstalt von Canto Grande verlegt zu werden. Dies war eine neue Strafanstalt, in die sie verlegen wollten, um sie zugrundezurichten, und die Gefangenen hatten dagegen Widerstand geleistet. All dies und weitere Rechte sind in der Acta. So auch einige Ansprüche, in deren Genuß die Verurteilten ebenfalls kamen, Ansprüche, die bis dahin von der Regierung ohne gesetzliche Grundlage verweigert wurden: Für je zwei Tage Arbeit ist ein Tag bei der Haftdauer zu berücksichtigen. All diese Rechte erkannte die Regierung Belaúnde an.

Am 28. Juli 1985 kam die Apra an die Regierung, und im Monat August fing sie an, das von Belaúnde unterschriebene Abkommen nicht mehr anzuerkennen. Das Geld für die Nahrungsmittel wurde nicht mehr übergeben, das Wasser, das die Gefangenen eine halbe Stunde pro Tag erhielten, wurde abgestellt und auf zehn Minuten reduziert oder auch für einige Tage ganz abgestellt. Man schaltete den Strom ab und fing an, für einige Wochen die Besuche der Angehörigen einzustellen, die Beziehungen erneut demütigend zu machen und mit einer Reihe

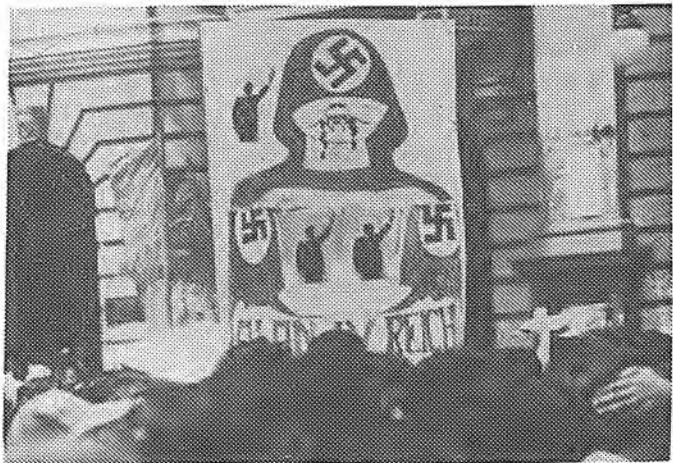
von ungerechtfertigten Einwänden den Zutritt der Anwälte zu verbieten. Das heißt, sie begannen den Völkermord zu planen, und zuletzt schlugen sie die Gefangenen, wenn sie wegen der gerichtlichen Verfahren von den Gefängnissen zum Justizpalast überführt wurden. Man konzentrierte die Gefangenen aus anderen Gefängnissen – politische Gefangene, die dort noch waren oder als Verurteilte dort einsaßen – im Pabellón Británico von Lurigancho. So hieß der alte Pavillon. Und am 4. Oktober 1985 beging die Apra-Regierung ihr erstes Massaker. Dort in dem Pabellón Británico wurden 30 Gefangene ermordet; 34 blieben äußerst schwer verbrannt oder angeschossen zurück, und mehr als 250 waren mit einigen Verbrennungen minder schwer verletzt.

*Wie organisierten die politischen Gefangenen ihren Kampf für ihre Rechte und für die Einhaltung des Abkommens mit der Regierung in den Gefängnissen?*

... die Apra-Regierung brach das Abkommen und nahm den Gefangenen alle Rechte weg. Diese begannen zu kämpfen. Was bedeutete dies? Erstens organisierten sie sich drinnen (im Gefängnis) politisch, sie planten ihr Leben, sie hatten ihre Lieder, ihre Parolen; und in der Nacht, um zwei Uhr morgens, um drei Uhr morgens, um vier Uhr morgens, wenn das Personal der Polizei, das sie bewachte, und das zivile Personal schliefen, fingen sie an zu singen und ihre Parolen zu rufen. Dieses gefiel dem Personal nicht, denn die Geräusche weckten sie. Das war eine Art des Kampfes. Eine andere, eine wichtigere, da durch sie verschiedene Sachen gemacht wurden, war die Geiselnahme von Polizeipersonal und von Zivilisten, die sie bewachten, sowie von Kommissionen, die ankamen. Zum Beispiel kam am 30. Oktober, also im gleichen Monat, in dem das Massaker durchgeführt wurde, eine Richterin mit hohen Autoritätspersonen des Gefängnisses von Lurigancho. Die Gefangenen beschlossen, die Richterin und die Autoritätspersonen als Geisel zu nehmen. Und sie forderten die Erfüllung des von Belaúnde unterzeichneten Abkommens ...

Nun, nach Verhandlungen unterzeichnete die Apra-Regierung ein neues Abkommen mit vier Punkten. Darin erkannte sie die von Belaúnde unterschriebene Acta und drei weitere Punkte an; sie ratifizierten auch, daß die Gefangenen nicht in dieses neue Gefängnis von Canto Grande verlegt werden.

... Seit dem 15. November 1985 be-



Am 19. Juni 1987, dem Jahrestag des Massakers, konnte die PCP eine öffentliche Massenveranstaltung mit über 5000 Teilnehmern in Lima organisieren, auf der Vertreter der PCP-Leitung sprachen. (Bilder: Demonstrationen gegen die Regierung und zur Unterstützung der Gefangenen, „Nieder mit den Konzentrationslagern“, „Alan IV. Reich“)

gann die Apra-Regierung, das Abkommen nicht einzuhalten und die Gefangenen zu behindern, das heißt, sie zu unterdrücken. Noch einmal Abstellen des Wassers, des Stroms, Schlagen der Gefangenen im Justizpalast. Man bedrohte sie mit dem Tod. Man wollte das Fluchtgesetz anwenden, d.h. man wollte sie töten mit dem Vorwand, daß sie aus dem Justizpalast, nachdem sie dorhin überführt waren, fliehen wollten. Noch einmal hörten sie auf, das Geld für die Lebensmittel auszugeben. Sie erließen ein Gesetz, das versigte, daß die in Lima einsitzenden Gefangenen in ihre ursprünglichen Orte, in denen sie festgenommen worden waren, zurückkehren sollten, damit sie dort abgeurteilt werden. Am 15. Januar 1986 wollte man sie wieder einmal in das Staatsgefängnis von Canto Grande verlegen. Die Angehörigen leisteten Widerstand und kämpften. Im Tor vom Gefängnis von Canto Grande stellten sie sich der Polizei entgegen. Die Polizei ermordete einen Angehörigen. Aber dies zwang die Regierung zuzugestehen, daß sie nicht nach Canto Grande verlegt werden. Wieder einmal verbot sie die Besuche ... Auch die von der Regierung kontrollierte Presse begann, die öffentliche Meinung vorzubereiten, in dem sie sagte, daß die Gefangenen eine befreite Zone wollten ... Die Gefangenen hatten ihre Fahne in dem Gefängnis, im Pavillon, mit ihrer roten Fahne zeigten sie auf, daß es ein befreites Gebiet war.

Am 13. Mai 1986 unterzeichneten die Gefangenen aller Gefängnisse, d.h. von El Frontón, Lurigancho und die Frauen von El Callao, eine Eingabe bzw. einen legalen Antrag. Er wurde einem Gericht präsentiert, damit ihr Leben garantiert würde. Nun, dieser Antrag wurde geltend gemacht gegenüber dem Justizminister, dem Innenminister, dem Marineminister und dem Direktor der Gefängnisse, d.h. dem Gefängnischef ... Der Mari-

neminister, weil er im April öffentlich den Gefangenen gedroht hatte, indem er sagte, daß er die subversiven Elemente kennen würde, die León (peruanischer Konteradmiral) verschleppt hatten, weil Sendero Luminoso einen Konteradmiral der Marine ... hingerichtet hatte. Deshalb also bedrohte er öffentlich die Gefangenen, die nichts mit dieser Tat, die von Sendero Luminoso draußen ausgeführt worden war, zu tun hatten. Dieses wurde von den Gefangenen öffentlich dargestellt, und die Aktion bezüglich der Garantien für die Gefangenen hatte am 18. Juni Erfolg. Das war aber zu dem Zeitpunkt, als die Regierung schon damit angefangen hatte, die Gefangenen zu ermorden. Die Regierung machte die Resolution der Gefangenen am 20. bekannt, als schon 51%, d.h. die Mehrheit der Gefangenen ermordet worden war.

Während der Garcia-Regierung die Gefangenen ermordeten ließ, fand zur gleichen Zeit in Lima der Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. Zwei Mitglieder der westdeutschen Delegation verließen aus Protest den Kongreß. Welche Reaktionen gab es von Seiten der SI und welche von Seiten der politischen Opposition Perus?

Um ihr Leben, das schon bedroht war und das die Regierung angreifen würde, zu verteidigen, entschlossen sich die Gefangenen zu rebellieren, und sie nahmen in den drei Gefängnissen Geiseln. Die Apra-Regierung begann ... mit der Durchführung ihres Plans, indem sie die Gefangenen an die Streitkräfte übergab. In der Sozialistischen Internationale gab es Empörung, denn z.B. der Delegierte der schwedischen Regierung ging nicht, der Delegierte der italienischen Regierung ging auch nicht. Einige blieben nicht, zwei der Delegierten aus Deutschland zogen sich zurück ...

In der Nacht des 19. Juni berief unsere Vereinigung eine Pressekonferenz ein, um das Massaker mit Bewei-

sen bekanntzumachen. Nun, Willy Brandt blieb, und Willy Brandt unterstützte die Regierung. Er versuchte, die kriminelle Aktion, die Völkermordaktion der Apra-Regierung des Alan García zu rechtfertigen ... Und sie versuchten, die Gefangenen dafür verantwortlich zu machen, weil sie diese Tat provoziert hätten. Aber das war nicht so. Es ist so, daß es keine Provokation gab, sondern daß es einen Kampf um die Respektierung ihrer Rechte gab.

Am 19. erfuhr man, daß es in Lurigancho keinen einzigen Überlebenden gab. Die 125 Gefangenen waren ermordet. Man erfuhr, daß von den Frauen in El Callao zwei ermordet worden waren, daß drei sehr schwer verletzt und die übrigen weniger verletzt waren. Aber dort geschah es, daß die Presse und viele Leute sich z.T. mit den Gefangenen solidarisierten, denn dieses Gefängnis befand sich im Herzen der Stadt. Deshalb wurden sie, die Frauen von El Callao, gerettet.

Als das Massaker bekannt wurde, machte die Leitung der IU (Vereinigte Linke) einige schwache Anzeigen, danach versuchte sie, beim Ministerrat zu interpelliieren, und es kam auch eine Interpellation. Aber diese diente nur dazu, daß die Apra ihre Version von der Provokation der Gefangenen bekräftigen konnte ... Und die Parlamentarier der IU waren unfähig, die Regierung für den Völkermord zur Verantwortung zu ziehen.

Ein Parlamentarier der Christlichen Volkspartei, namens Borrea, verurteilte die Aktion, und er sagte der Apra-Regierung im Parlament, daß es tatsächlich einen Völkermord gegeben habe und daß es weder ein Motiv noch einen Grund gegeben habe, die Gefangenen an die Streitkräfte zu übergeben. Auch eine Parlamentarin der „Acción Popular“ sagte das gleiche. Und zwei unabhängige Abgeordnete sagten, daß die Regierung es geplant habe, daß es ein Völkermord

sei, und einer nannte Alan García einen Völkermörder. Nur weil er dies zu Alan García gesagt hatte, wurde er für sechs Monate als Parlamentarier suspendiert.

*Was ist der Stand der offiziellen Untersuchung des Massakers seitens der Regierung? Wie ist die Lage der überlebenden politischen Gefangenen heute?*

In der Tat, da die Verantwortung bei der Regierung von Alan García liegt, weil er das Amt des Präsidenten der Republik innehat, gab es keine Organisation der Staatsgewalt, die ihre Funktion erfüllen und eine Untersuchung durchführen müßte, um die Verantwortlichen festzustellen.

Die staatlichen Institutionen, die für die Respektierung der Menschen- und Bürgerrechte und den Schutz des Lebens zuständig sind und die die Vorgänge hätten untersuchen müssen, taten dies nicht. Im Gegenteil ...

Das Ergebnis dieses Massakers war, daß in Lurigancho keiner überlebte. Von den Frauen überlebten 59. Sie wurden in das Gefängnis von Canto Grande überführt. Von den 170 oder 180 Überlebenden von El Frontón wurden nur 34 herausgegeben, von den anderen, d.h. 130 oder mehr Gefangenen, weiß man nicht, ob sie am Leben sind oder „tot“; denn es wurden nur sieben Leichname gefunden. Mit diesen Überlebenden und inzwischen neu Verhafteten befinden sich heute etwa 300 politische Gefangene in Canto Grande, das ist der Stand unseres Besuchs dort. Ihre Anzahl muß angestiegen sein in Lima. Aber in den Provinzen gibt es noch weitere 300 politische Gefangene, es gibt insgesamt 600 im ganzen Land, das ist ein Näherungswert.

Nach dem Massaker haben die Gefangenen alles verloren. Alles. Sie hatten überhaupt keine Rechte mehr, keinen Besuch, keine Anwaltsbesuche. Die Frauen wurden sogar in ein Provinzgefängnis, Cachichi, gebracht, das ist ein Gefängnis für die als „gemeingefährlich“ eingestuften Gefangenen, männlichen Gefangenen. Dorthin haben sie die Frauen gebracht.

Und die Behörden wollten verhindern, daß die Prozesse weitergeführt würden bzw. verschleppten sie. Und dann begannen die Familienangehörigen, die Anwälte und die Gefangenen – Frauen und Männer – ihren Kampf, weil die Regierung die getroffenen Vereinbarungen völlig leugnete und sich überhaupt nicht daran hielt. Da die Gefangenen all ihrer Rechte beraubt waren, nahmen sie wieder ihre Kämpfe auf: die Gefangenen, die Angehörigen und die Anwälte. Als erstes erkämpften sie, daß sie Besuche bekommen, anfangs in besonderen Sprechräumen mit Trennscheibe, dann ging der Kampf weiter. Heute, nach vier Monaten ohne Besuchserlaubnis, können die Angehörigen zu ihnen. Jetzt haben sie Besuch, auch

die Anwaltsbesuche. Sie haben es geschafft, gemeinsamen Hofgang zu bekommen, ein paar Stunden in der Sonne zu sein. Denn sie waren zu zweit in jeweils einer Zelle isoliert, und sie durften nicht zusammen sein. Heute haben sie das erkämpft. Die Gefangenen kämpfen weiter, sie sind dabei, die Gefängnisse wieder zu dem zu machen, was sie früher „leuchtende Schützengräben des Kampfes“ genannt haben. Heute sind sie auf dem Weg, das zu erreichen.

Aber erneut besteht die Gefahr eines weiteren Massakers. Man muß hinzufügen, daß es bis zum vergangenen Jahr 15000 Tote, unter ihnen 8000 Verschwundene, gegeben hat. Es ist nicht so, wie ai (amnesty international) behauptet, daß es 2000 Verschwundene gäbe. Das stimmt nicht. Die Anzahl betrug – bis zum letzten Jahr – 8000, jetzt werden es wohl noch mehr sein, denn der „antisubversive“ Kampfplan der APRA-Regierung ist nichts anderes als das, was Belaúnde gemacht hat, das heißt, Massenverhaftungen, Folter, Mord an Einzelpersonen und Massenmord an Bauerngemeinden und in den Dörfern. Dieser Plan besteht nach wie vor und wird durchgeführt.

*Worin besteht die Arbeit der Angehörigenkomitees und der Anwälte? Mit wem arbeiten sie zusammen?*

In bezug auf die Vereinigung Demokratischer Anwälte in Peru: Das ist eine unabhängige Organisation, man könnte sagen, eine Front von Anwälten. Wir arbeiten auf der Grundlage von Statuten und einer Grundsatzklärung seit 1977. Wir finanzieren uns selbst durch unsere Mitgliederbeiträge, und wir haben Verbindungen zu Organisationen in Peru wie Gewerkschaften, der Anwaltskammer von Lima, mit anderen Anwaltskammern, denen wir Informations- und Protestschriften schicken, Verlautbarungen usw. Auf internationaler Ebene auch, mit ai, mit dem Roten Kreuz verschiedener Länder und auch dem Internationalen Roten Kreuz von Peru (denn in Peru gibt es das Peruanische Rote Kreuz und das Internationale Rote Kreuz von Peru, eine Einrichtung, die aufgrund des Bürgerkriegs nach Peru gekommen ist). Aber von keiner Organisation bekommen wir finanzielle Unterstützung. Die Organisationen der Linken – denen schicken wir Dokumente, Unterlagen, Protestbriefe (Anklagen), aber wir haben keine politische Verbindung mit einer dieser Organisationen.

Die Angehörigenorganisation bekommt von keiner Partei der Vereinigten Linken Unterstützung, sondern nur von den Massen von Volksorganisationen wie Gewerkschaften, und wir als Angehörigenkomitee verkaufen auch die Dinge, die die Gefangenen hergestellt haben, in Gewerkschaften und in den Elendsvierteln, und so un-

terstützen wir die Gefangenen mit Nahrungsmitteln. Wir machen auch Anklagen und Proteste, wir wenden uns damit an die Presse, verteilen Flugblätter in den Rand- und Elendsvierteln, in Gewerkschaften; das ist die Aufgabe des Angehörigenkomitees: Aufklären und anklagen, was mit den politischen Gefangenen in den Knästen geschieht.

In jüngster Zeit haben wir eine Kampagne begonnen, da ein neues Massaker abzusehen ist im Gefängnis Canto Grande, so wie es in El Frontón, Lurigancho und Callao passiert ist ...

Angehörige von Kriegsgefangenen, die während des Massakers umgebracht worden sind, sind verfolgt worden und auch ihre Anwälte. Sie haben sogar unsere – zum Teil minderjährige – Kinder verhaftet, ob es Männer oder Frauen sind, das interessiert sie nicht. Es handelt sich um eine totale Verfolgung der gesamten Familie.

Wir machen diese Anklage, ich persönlich als Angehörige und Mutter, die durch das Massaker zwei Söhne verloren hat, einen in Lurigancho und den anderen in El Frontón. Sie sind für mich verschwunden. Danach haben sie meine anderen beiden Söhne verhaftet: der eine ist 19, der andere 14 Jahre alt. Den anderen Angehörigen geht es ähnlich. Es gibt Hausdurchsuchungen, Razzien in den armen Stadtvierteln, Verhaftungen von Angehörigen. Bei den Hausdurchsuchungen klauen sie, was sie finden können.

*Wie hat sich die Situation der arbeitenden Klassen unter der Regierung García entwickelt?*

... In bezug auf die Frage, wie das peruanische Volk lebt: Das Volk wird täglich ärmer, hat weniger Einkommen. Sehen Sie, das Durchschnittseinkommen der Arbeiter liegt zwischen 2000 und 3000 intis monatlich, das bedeutet ein Einkommen von 100 Dollar oder 50 oder 75 Dollar monatlich, und davon soll eine Familie mit durchschnittlich fünf bis sechs Personen leben. Aber die Mehrheit des peruanischen Volkes besteht aus Familien von sechs bis zehn Personen, folglich ist ihr Leben äußerst erbärmlich. Die Lebenshaltungskosten sind sehr gestiegen.

Zunächst einmal wird García hauptsächlich unterstützt von, bzw. repräsentiert er, die herrschende Klasse Perus: Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer, die vor allem unter dem Einfluß des Yankee-Imperialismus handeln und in Peru einen bürokratischen Kapitalismus aufbauen, d.h. sie verwalten das imperialistische Kapital.

Die Apra-Partei, eine mehr als 50 Jahre alte Partei, hat Massen hinter sich gehabt. Diese Massen entfernen sich ständig mehr, weil sie auch Hunger und Elend erleiden. Darum hat die Apra-Regierung offizielle Organi-

sationen geschaffen, die Unterstützung geben soll, wie z.B. „El Pai“, eine Organisation, die Arbeitslose einstellt, d.h. die Ärmsten der Stadt, und ihnen das Existenzminimum bezahlt, was ein Elendslohn ist, etwa 1000 intis, ungefähr 30 US-\$/Monat, aber sie zahlen ihnen nicht alles in Geld aus, sondern die Hälfte in Naturalien, die andere Hälfte in Geld. D.h. sie sind die Überausgebeuteten der Stadt, und man zwingt sie, sich mit den Gewerkschaften auseinanderzusetzen, wenn diese sich im Arbeitskampf befinden. Es gab einen Streik der Ärzte, und die Ärzte gehören zur Kleinbourgeoisie, und sie gingen auf die Straße, um zu protestieren. Jene Gruppen von „El Pai“ traten ihnen, den Ärzten, entgegen, und das geschieht mit den übrigen Organisationen, die für wirtschaftliche Verbesserungen kämpfen. Es gibt noch eine andere offizielle Organisation, PROEN, eine Institution, die ebenfalls Arbeitslose einstellt. Da sind Fabrikarbeiter, denen sie den Mindestlohn zahlen, und die keinerlei Rechte haben, keine Sozialleistungen und keinerlei Schutz erhalten, nicht einmal auf feste Anstellung, weil man ihnen Verträge für drei oder fünf Monate gibt, und dann gehen sie. Sie werden auch überausgebeutet, und sie dienen dazu, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, weil die Festangestellten für die Unternehmer zu teuer werden, also entlassen sie sie, um dieses überausgebeutete Personal einzustellen, und um, sagen wir, weniger Kosten bei der Produktion zu haben. Dieses sind also die Leute, die statt arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung haben, um nicht zu sterben. Folglich werden sie genötigt, die Apra-Regierung zu unterstützen. Aber in letzter Zeit hat die Organisation „Pai“ Probleme bekommen, weil sie nicht verlangt, daß man ihr Rechte zugesteht, darum unterstützen die Massen in der Stadt die Regierung zunehmend weniger.

Was das Kleinbürgertum betrifft, so unterstützt es in gewisser Weise den Volkskrieg und den Sendero. Aus welchem Grund? Weil Alan García, die Regierung, gesagt hat, sie würde die Kleinbourgeoisie zerstören (durch Privatisierung von Staatsbetrieben, Entlassungen usw. Red.). Das Kleinbürgertum ist die Angestellenschicht, es sind die Angestellten in Funktionen der Staatsmacht, in der öffentlichen Verwaltung. Also haben sie zunehmend weniger Einkommen, zum Beispiel die mehr als 200000 Volksschullehrer. Sie gehören zur Kleinbourgeoisie. Das ist der Teil, die am meisten ausgebeutete Schicht des Kleinbürgertums. Sie verdienen 4000 intis im Monat, das sind ungefähr 120 US-\$/Monat, die am besten bezahlten bis zu 150 Dollar im Monat. Sie führen ständig ihre Kämpfe ...

Das „CI“ ist eine Organisation, ein

Bündnis von Mitarbeitern aller Ministerien, eine mächtige Vereinigung, die diverse Streiks durchgeführt hat ... als Klasse wollen sie in gewisser Hinsicht Veränderungen, weil sie ausgebeutet werden, die Intellektuellen.

*Inwieweit sind die EG-Imperialisten, insbesondere die BRD-Imperialisten an der Unterdrückung und Ausbeutung der dortigen arbeitenden Klassen beteiligt?*

Was den europäischen und speziell den deutschen Imperialismus anbelangt, so unterstützt zunächst einmal die Sozialdemokratie, die in Deutschland regierte, die Apra-Partei ... Die Apra-Regierung und Alan García sind jedoch nicht sozialdemokratisch, sondern heute faschistisch und korporativ.

Bezüglich der Unterstützung gegen den Volkskrieg: Der peruanische Justizminister ist gekommen, um die deutschen Gefängnisse zu besichtigen mit den politischen Gefangenen, sicherlich, um das System zu kopieren und nach Peru zu bringen, d.h. die Gefängnisse noch repressiver zu machen, als sie es heute schon sind.

Sie wissen, daß die deutsche Bourgeoisie wirtschaftliche Interessen in Peru hat, z.B. die Bayer AG, die die pharmazeutische Industrie in Peru beherrscht, dann Volkswagen, und es gibt noch verschiedene imperialistische Unternehmen, die sich in Peru befinden. Also unterstützen sie die Regierung. Wir wissen auch, daß Reisen unternommen werden von Mitgliedern der Streitkräfte, der mit Untersuchungen im Kampf gegen den Terrorismus beauftragten Polizei, die in die BRD reisen, um sich hinsichtlich der Repressionsmethoden perfektionieren, und um auf diese Weise besser die Guerilla bekämpfen zu können. Vor kurzem sagte in Peru der Ex-Wirtschaftsminister Alba Castro, daß ihm die deutsche Regierung ein Darlehen gegeben habe, aber dann gab der Botschafter, die deutsche Regierung, eine Erklärung ab, in dem Sinne, daß sie dabei wäre, eine Darlehenvergabe zu prüfen ...

*Wie entwickelt sich der bewaffnete Kampf in Peru? Gibt es Beziehungen der PCP zu anderen Organisationen, die auch den bewaffneten Kampf führen?*

Tatsächlich gibt es heute in Peru einen Bürgerkrieg, der am 17. Mai 1980 begann – das sind inzwischen sieben Jahre, in dem der peruanische Staat, oder vielmehr der alte peruanische Staat, mit dem „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) oder vielmehr mit der Kommunistischen Partei Perus konfrontiert wird. Denn dies ist der richtige Name, auch wenn die Partei sowohl in Peru als auch im Ausland mehr als Sendero Luminoso bekannt ist ... Sendero hat sich entschieden, mit Waffen zu kämpfen, aus dem Grund, weil das peruanische Volk seit vielen Jahrhunderten an Hunger, Elend, Unterdrückung und Ausbeu-



Inhaftierte Frauen im Frauengefängnis El Callao in Lima

tung leidet. Zuerst waren es die Spanier, danach die unterdrückenden, ausbeutenden Klassen. Denn in Wirklichkeit diente die Unabhängigkeit von Spanien einzig den Klassen, die die Peruaner, d.h. die ursprünglichen Peruaner oder, in anderen Worten, die Indios ausbeuteten. Für sie also erhob sich Sendero Luminoso mit Waffen, um dieses System der Ausbeutung zu beenden ...

Ich sagte, daß sich in Peru ein Volkskrieg entwickelt, gleichzeitig auf dem Land und in der Stadt. Aber vorrangig spielen sich die Aktionen auf dem Lande ab, ergänzt durch solche in den Städten. Der Volkskrieg wächst quantitativ und qualitativ. Wie drückt sich dieses Wachstum aus? Es drückt sich darin aus, daß er sich heute in ganz Peru, in allen Bezirken der Küste, von Tumbes bis Tacna, auch in den Bezirken der Sierra, von Cajamarca bis Puno, oder, anders gesagt, von der Grenze Ecuadors mit Kolumbien bis Bolivien und im peruanischen Urwald an der Grenze zu Brasilien entwickelt. Im ganzen Land gibt es viele Volkskomitees und eine größere unterstützende Basis, die schon den neuen Staat, die neue Staatsform von Sendero Luminoso bilden. Es gibt eine größere Anzahl. Hunderte sind gewachsen, haben sich entwickelt. Und es gibt sie in verschiedenen Bezirken.

Es gibt andere Gruppen, die sich gebildet haben und den bewaffneten Kampf führen. Aber es gibt keine Beziehungen, keine Verbindung zwischen diesen Gruppen ...

*Worin sieht Ihr den Beitrag, den wir zur Unterstützung Eures Kampfes hier in Westdeutschland leisten können?*

Wir glauben, daß eine Unterstützung für den Volkskrieg in Peru, der in anderen Worten die Befreiung der Unterdrückten von Peru bedeutet, darin bestehen kann, über die Realität in Peru zu informieren. Und dann die wenigen Nachrichten, daß Sendero terroristisch ist, daß Sendero mordet, was alles nicht wahr ist. Terroristen, das ist der Staat, das ist die Apra, das ist Alan García, der den Staatsterror anwendet, um zu versuchen, den Volkskrieg zu beenden.



168

### Vor dem Honecker-Besuch

Im September wird der Staatsratsvorsitzende der DDR, Honecker, zu einem Besuch erwartet. Von der Bundesregierung ist der Besuch als „Arbeitsbesuch“ eingestuft, um das diplomatische Protokoll so niedrig wie vertretbar zu halten, ohne eine erneute Absage zu riskieren. Die Reaktionäre machen Stimmung. Die „Menschen-

rechte in der DDR“ müßten bei dem Besuch von Honecker eingefordert werden, der Schießbefehl an der Grenze zurückgenommen werden usw. Dagegen haben die SPD-Länder verlauten lassen, sie würden ihre Zahlungen an die Erfassungsstelle Salzgitter einstellen. Welche Ziele verfolgen die Reaktionäre bei dem Honecker-Besuch, welche Kräfte stellen sich ihrem Revanchismus entgegen?

### Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen

Über 1000 politische Gefangene, die verschiedenen türkischen und kurdischen Widerstandsorganisationen angehören, führen gegenwärtig in mehreren türkischen Gefängnissen Hungerstreiks durch. Die Gefangenen protestieren mit ihrer Aktion gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die ständigen Folterungen, bei denen allein in den letzten Wochen wieder mehrere Gefangene umgebracht wurden. Die Angehörigen der Gefangenen versuchen, mit öffentlichen Protestaktionen den Kampf der Gefangenen zu unterstützen. Auf einer Pressekonferenz in Istanbul legten sie Materialien über die unmenschlichen Haftbedingungen und die Folterpraktiken des Regimes der Öffentlichkeit vor.



### Landtagswahl Schleswig-Holstein

Die CDU propagiert, daß sie Schleswig-Holstein nach dem Muster Späths zu einem Zentrum der Hochtechnologie entwickeln werde – weltoffen, modern. Zweifelhaft ist aber, ob sie damit die durch Strukturkrisen in der Landwirtschaft und bei den Werften erschütterten Anhänger beim alten Mittelstand gewinnen kann – was hat



schließlich selbst ein großer Bauer vom Flughafen fürs Management der High-Tech-Konzerne. Jeder rechnet damit, daß die FDP Nutznießer dieser Propaganda sein wird. Die Entwicklung des konservativen Lagers wird aber auch davon abhängen, wie die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWSH), eine rechtskonservative Sammlungsbewegung mit vielen ehemaligen CDUern, abschneidet.

### Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes

Mehrere Presse in letzter Zeit den bewaffneten Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen die türkische Kolonialherrschaft mit dem Vorwurf des „Terrorismus“ überzogen. Bilder von getöteten Frauen und Kindern liefern durch die Presse, während Aktionen der Befreiungskämpfer gegen türkische Militäreinrichtungen verschwiegen wurden. Der kolonialistische Terror, den das türkische Militär in den kurdischen Gebieten entfaltet, sollte so ebenso gerechtfertigt werden wie die Verfolgung kurdischer Organisationen durch BRD-Staatsorgane. Welche Ziele verfolgt der kurdische Befreiungskampf, und wie hat er sich in den letzten Monaten entwickelt?



#### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2.50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0.50 DM  
– Handel, Banken, Versicherungen 0.80 DM

#### Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel 0221/21 64 42

Se erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1.20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0.50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1.20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik 1.20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45.50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91.- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1.- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein / Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen / Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldf parkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter, für Auslandsberichterstattung Siegmar Elieghausen, Wolfgang Müller für Aus Verbanden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft-Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kustler Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP